

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. Dezember 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Kreisende Unstimmigkeiten im Regierungslager.

Vom Etat wurde heute nur noch so nebenbei geredet. Aber persönliche Anpassungen hagelte es nur so von rechts nach links hinüber und von links nach rechts. Die schlimmsten Zusammenstöße gab es aber merkwürdigerweise zwischen den Nationalliberalen und den Völkern von der Rechten.

Den Reigen eröffnete Herr Kreth, ein konservativer Beamter, den Stallpöner in den Reichstag geschickt hat. Den trodenen Ton, den man sonst bei konservativen Rednern gewohnt ist, suchte er durch allerschönste Spätsätze zu ersetzen, mit denen er wahrcheinlich am Stammtisch in Stallpöners in den Ruf eines gewaltigen Sozialistenübersetzt gefehlt hat.

Auch dem junckerlichen Geschmaack im Reichstage scheinen die Kreth-Spätze zu behagen. Welchen Eindruck sie aber auf Leute von größeren geistigen Ansprüchen machen, ging aus der Abfertigung hervor, die später Herr Gothein dem Herrn Kreth zuteil werden ließ, den er wegen der Kleinlichkeit seiner Auffassung und der Verschwendung seiner Ausführungen als einen „Detailreisenden in politischen Korinthien“ charakterisierte. Material zur Vernichtung der Sozialdemokratie hatte Herr Kreth offenbar aus alten Schmäclern des Reichstagesverbands zusammengelaubt. Bezeichnend für die Urteilsfähigkeit dieses Mannes, der sich rühmt, bei einer preussischen Regierung Vezernent für sozialpolitische Angelegenheiten gewesen zu sein, ist, daß er dem Hinweis Vebels auf die mangelhafte Ernährung vieler Arbeiterfamilien den Rat entgegengesetzt, die Arbeiter sollten nur ihr Budget für Gewerkschafts- und Wahlvereinsbeiträge kürzen, dann würden sie sich auch satt essen können. Diese Leuchte der Bureokratie weih also noch nicht einmal, daß nur durch Ausnutzung des Koalitionsrechts die deutschen Arbeiter überhaupt sich eine einigermaßen erträgliche Existenz verschaffen haben. Sie würden weit schlimmer daran sein, wenn sie nach krethischen Rezepten sich einrichteten. Sonst ist noch zu vermerken, daß Herr Kreth im Namen seiner Partei einen Antrag auf Verschärfung des Strafgesetzes gegen Verleumdungen ankündigte. Das ist offenbar ein Nachhall der Bülow'schen Betrachtungen über den Strafprozeß. Wie recht hatten wir also, daß in dieser Ära der Reaktion solche Anregungen nur zu Unheil führen würden!

Herr Gothein, der einzige Liberale im Hause, der neben Herrn Theodor Barth dem Reichskanzler noch als Lustwörter anrühlich sein kann, glaubte versichern zu können, daß der Liberalismus der Linkenliberalen allen Verfassungen standhalten würde, und ging auch für seine Person scharf genug gegen die Agrarier vor. Er glaubte den Reichskanzler mehr zu seiner Seite herüberziehen zu können, indem er ihm zurief: „Weniger Rheinboden, weniger Vieber, aber mehr Umland!“ Als ob nicht der gefällige Bülow selbst bereit gewesen wäre die freihandlungsfähigsten Verfe zu stützen, aber stets damit reaktionäre Taten zu verbinden verstanden hätte. Unter den schöngeistigsten Bülow'schadel ist auch viel leerer Raum für alle möglichen Ungereimtheiten.

Zwischen Kreth und Gothein suchte dann Herr Paasche den goldenen Mittelweg nationalliberaler Blodpolitik hindurchzusteuern. Aber gerade diesem agrarisch-liberal-kerikal-konstitutionell-schauvinistisch schillernden Vizepräsidenten, dem sein leicht durchgehendes Mundwerk schon so oft in Mißlichkeiten geführt hat, war es beschieden, den erbittertesten Zusammenstoß mit der Rechten herbeizuführen. Nachdem er des längeren die Meinung seiner Partei für eine Reichsvermögenssteuer dargelegt hatte, verlas er sehr feierlich eine schriftlich aufgesetzte Polemik gegen den Kriegsminister wegen dessen Erklärungen im Reichstage zu den Fällen Lhner und Hohenau. Den Bemühungen des Kriegsministers, die Verfehlung jener hohen Offiziere als noch immer nicht klar erwiesen hinzustellen, stellte er verschiedene Ausagen in dem Prozeß Rolke-Garden entgegen. Aber sein Haupttrumpf war ein Brief des Generaladjutanten Grafen Hohenau aus dem kaiserlichen Hoflager in Wilhelmshöhe an den bekannten „Zeugen Vohhardt“ und eine Photographie, die jener Hohenzollernspröch seinem lieben Vohhardt geschenkt hatte.

Als Herr Paasche diese sorgfältig vorbereitete Darlegung machte, die mit den Ausführungen des Herrn Kriegsministers v. Einem in einem unlöslichen Widerspruch steht, besetzte sich bei den Zuhörern der Eindruck, daß der Reichskanzler vor einigen Tagen schon durch den auch hier erwähnten beiläufigen Seitenhieb gegen Herrn v. Einem diesen Kriegsmann als „künftig wegfallend“ hatte figurieren wollen.

Der sensationelle Vorgang wurde keineswegs dadurch abgeschwächt, daß der General Sigl v. Armin den Kriegsminister wegen seiner Abwesenheit in wenigen Worten mit dem Zusatz entschuldigte, er selbst wisse über alle die Dinge auch nicht Bescheid. Verschlimmert wurde die Sache für Herrn v. Einem aber noch durch das unglaublich ungeschickte Eingreifen des antisemitischen Abg. Lattmann, der zum Unglück für die Rechte als nächster Redner auf der Tagesordnung stand und mit Wier die Gelegenheit ergriff, sich als aufopferungsvoller Ministerführer in empfehlende Erinnerung zu bringen. Er zog gegen Paasche alle Register der Entrüstung und bezichtigte ihn sogar, daß er „aus Familieninteresse“ gegen Herrn v. Einem in dessen Abwesenheit losgegangen sei. Zum Verständnis dieses Hiebes muß man wissen, daß ein Sohn Paasches mit einer Tochter des Geheimrats Witting, des Bruders von Maximilian Harden, verheiratet ist. Die Rechte, die vorher schon ihre volle Zustimmung

zu den Erklärungen des Herrn v. Einem durch Liebermann von Sonnenberg und Kreth hatte erklären lassen, brach bei Lattmanns Ausfällen gegen Paasche in tosenden Weisfall aus.

Lattmann selbst legte dann noch sofort neue Beweise dafür ab, mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit er seinerseits Behauptungen aufstellt. Den Spuren Kreths folgend, zog er gegen die Sozialdemokratie vom Leber. Er verlas einen Satz seiner Behauptung nach aus der Mannheimer „Volksstimme“. Nähere Besichtigung dieses Blattes ergab, daß es ein Flugblatt irgendeiner christlich-sozialen Gewerkschaft war, das jene Behauptung beweislos vorträgte. Dann versuchte er der Sozialdemokratie eins auszuweisen, indem er verlas, was, wie er sich ausdrückte, „Herr Parteigenosse Heine“ über König Demos gesagt hatte. Mit wachsendem Erstaunen merkten die Sozialdemokraten, daß das bekannte Sätze waren, die einmal der Dichter Heinrich Heine geschrieben hat, der ja in Deutschland außerhalb des Kreises antisemitischer Unkultur nicht unbekannt zu sein pflegt. Die schallende Geiterteil, die dieser gräuliche Hereinsatz des antisemitischen Schwärzers bei und erweckte, pflanzte sich zu den anderen Parteien fort, er besiegelte Lattmanns Schicksal.

Es folgte eine Fülle persönlicher Bemerkungen. Herrn Kreth gelang es nicht, sich in der schwierigen Technik dieses Diskussionsmittels zurechtzufinden; stotternd verhebberte er sich jedesmal. Genosse Vebel wies Paasche gegenüber aus dessen Stenogramm nach, daß er davon geredet hätte, man könne in Betracht der Wohlthatigkeit weniger Rehl in die Prädikaten boden. Paasche selbst wies gegenüber Lattmann darauf hin, daß der Kriegsminister bei der Etatsdebatte sowieso hätte am Platze sein müssen; er hätte ihm aber obendrein persönlich Kenntnis davon gegeben, daß er gegen ihn im Reichstage reden würde. Lattmann hämperte sich darauf durch einige unsinnige Ausreden noch mehr in die Patzche.

Morgen muß der Kriegsminister vor die Front. Da können die kreisenden Unstimmigkeiten im Regierungslager sich noch merkwürdig auswaschen.

Der Waffenfund in der Pankstraße.

Gegen unsere gestrige Abschüttelung der polizeilichen Verdächtigungen unseres Parteivorstandes und der Geschäftsleitung des Vorwärts-Betriebes veröffentlicht heute Wolffs Telegraphen-Bureau folgende neue

Amtliche Mitteilung:

Berlin, 3. Dezember 07. Zu unserer Darstellung über den Waffenfund und Papierfund in dem Hause Pankstr. 32b erklärt der heutige Vorwärts, daß nach seinen Ermittlungen weder der Parteivorstand noch das Vorwärts-Geschäft oder dessen Geschäftsleitung mit dem „Fund“ beziehungsweise mit dieser ganzen Angelegenheit irgend etwas zu tun haben. Mit dieser Erklärung scheint folgendes erstes Bestellschreiben an die beteiligte Papierfabrik nicht im Einklang zu stehen:

„Berlin, den 22. November 1906. Mein Ergebnis vom gestrigen Tage schäme ich in Ihrem Bestiz und sucht die Verlagsbuchhandlung Vorwärts ein latiniertes weißes Handpapier, welches aus lauter Hanffasern bestehen soll und bei welchem Papiere noch folgende Vorschriften gemacht worden sind: Stärke des Papiers 66/67 Gramm pro Quadratmeter 0,08 Millimeter Dide, 8.000 Meter mittlere Wehlänge, 6 Proz. mittlere Dehnung, 0,4 Proz. Aschenrückstand. Sie haben vielmehr ein ähnliches Papier gearbeitet, welches Sie vermehren können, auch bitte den Preis für einen solchen Stoff anzugeben. Gebrauch wird eventuell eine größere Anfertigung.“

Aus der weiteren Korrespondenz zwischen den Beteiligten sei vorläufig noch folgender Bericht hervorgehoben:

Schöneberg, den 28. Mai 1907. Wilhelm Günsel fragt loeben an, wann das Papier für den „Vorwärts“ zur Abendung gelangt? Sie möchten das Wasserzeichen doch recht schwach auf das Papier zum Abdruck bringen.“ Interessant ist auch, daß Herr Günsel sich 10 Pf. Provision per Kilogramm Papierbestellung ausgeben hatte. Beliefert sind 206 Kilogramm Papier an Herrn Wilhelm Günsel am 1. Juli 1907.

Inwiefern die deutsche Sozialdemokratie sonst noch die „russischen Freiheitskämpfer“ unterstützt hat, geht u. a. aus Nr. 39 des „Vorwärts“ vom 15. Februar 1907 hervor, wonach bis 15. Februar allein für diese Zwecke unter der deutschen Arbeiterchaft 889 612,39 M. gesammelt worden waren. Ob aus diesem Fonds die 3850 Fr. für die gefundenen Waffen und die 1001 M. für das beschlagnahmte Papier geflossen sind, entzieht sich vorläufig noch amtlicher Feststellung.

Darauf erhalten wir folgende Erklärung: Wenn Günsel die Papierbestellung für die Verlagsbuchhandlung Vorwärts gemacht hat, dann liegt einfach ein großer Betrug vor. Weder die Buchhandlung Vorwärts noch die Buchdruckerei und Verlagsanstalt Vorwärts hat, sei es direkt oder indirekt, mit dieser Bestellung irgend etwas zu tun. Zu seiner Stellung als Buchhalter in der Buchhandlung Vorwärts war Günsel nicht in der Lage, derartige Bestellungen zu machen, zumal die Buchhandlung Vorwärts seit ihrem Bestehen überhaupt noch kein anderes Papier als Packpapier zu bestellen hatte; und für Bestellungen der Buchdruckerei und Verlagsanstalt Vorwärts kam Günsel niemals in Frage, da er ja gar nicht Angestellter derselben war.

Run dünkt uns aber, die amtliche Polizeibeweisführung spreche selber gegen ihr Bestreben, die Vorwärtsbetriebe doch mit dem Verdachte der Beteiligung an dieser Papierbestellung zu belegen. Wenn nämlich die Behauptung wahr

ist, daß Herr Günsel sich pro Kilo 10 Pf. Provision ausgeben hat, so liegt doch damit auf der Hand, daß es sich um ein Privatgeschäft Günsels handelt, denn für eine von Gesellschaft wegen und für das Geschäft aufgegebenen Bestellung wird eine Papierfabrik nicht in der Lage sein, einem Buchhalter Provision zugestehen zu können; in den Vorwärtsbetrieben ist das System schmutziger Schmiergelder seitens der Angestellten nicht üblich und die Geschäftsleitung hat keine Beziehung zu Firmen, die derartige Praktiken pflegen.

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer.
B. Bruns.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.
R. Fischer.

Wir denken, diese Erklärung sei deutlich; keine „amtliche Mitteilung“ wird die Tatsache aus der Welt wegberichten können, daß weder Parteivorstand noch Vorwärts-Betriebe irgend etwas mit dem sogenannten Waffenfunde zu tun haben. Und der Versuch, die für die Opfer des russischen Freiheitskampfes gesammelten Unterstützungsgelder der deutschen Arbeiter mit diesem Fund in der Pankstraße in Verbindung zu bringen, ist so dumm, daß man ihn nicht mal der Polizei sollte zutrauen dürfen.

Freilich ist sie in der Lage des betrübten Lohgerbers: wie diesem die Felle, so sieht sie ihre Hoffnung wegschwimmen, Parteivorstand und Parteimitglieder mit dem „Waffenfund“ in Verbindung zu bringen.

Daher die dumme Verdächtigung am Schluß der „amtlichen Mitteilung“.

Starker Rückgang der christlich-nationalen Arbeiterorganisation.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Zwischen dem Vorstände des christlichen Bergarbeitergewerksvereins und dem Zentrumsabgeordneten Brust ist ein erbitterter Kampf im Gange. Der Bergarbeitergewerksverein hat sich bekanntlich mit dem „alten“ Bergarbeiterverbande über die Reform des hiesigen Knappschaftsstatuts verständigt. Die Knappschaftsältesten beider Organisationen haben die Werkvorschläge abgelehnt, weil sie eine schwere Schädigung vieler Invaliden bedeuten. Der Zentrumsabgeordnete Brust, der im Landtage gegen den Willen der Arbeiter für die schlechten Vergesege gestimmt hat, steht aber in der Statutfrage auf der Seite der Werkbesitzer. Er agitierte in seiner „Querschen Zeitung“ für die Werkbesitzer, damit auch gegen den christlichen Bergarbeitergewerksverein, dessen Vorsitzender Brust zehn Jahre war. Um die Beschlässe des Werkvereinsvorstandes zu durchsetzen, hat sich der Abg. Brust einen ihm treu ergebenen Teil der Werkvereinsältesten heimlich zusammengetrommelt. Wenn der Werkvereinsvorstand nach links dirigierte, deckelte der Redenregierer Brust nach rechts. Ihm wurden von Zwischenträgern stets die internen Verhältnisse in der Gewerksvereinszentrale mitgeteilt. Dadurch hatte er Trümpe in die Hand bekommen, mit denen er drohte.

Der Zwist blieb lange latent, ist aber nun zum offenen Ausbruch gekommen. Eine Gewerksvereinskonferenz für den Verbreitungsbezirk der „Querschen Zeitung“ (Zentrumsorgan) hat beschloffen, den Abgeordneten Brust kalt zu stellen. Er schädige als Gesetzeschmied (!) mehr die Arbeiter, wie ein Werkbesitzer. Wenn der Verleger der „Querschen Zeitung“ den Herrn Brust nicht abschüttelte, würden die Gewerksvereinsmitglieder die Zeitung boykottieren! Der Zeitungsverleger hat sich darauf mit Herrn Brust solidarisch erklärt. Er selbst ergreift nun das Wort in der „Querschen Zeitung“ und beginnt mit Enthaltungen über die inneren Verhältnisse des christlichen Bergarbeitergewerksvereins.

Ueber die moralische und intellektuelle Qualität der Gewerksvereinsführer urteilt Brust in der denkbar wegwerfendsten Weise. Er wirft ihnen Unfähigkeit, Grobmannschaft, Patschawirtschaft, Verleumdungssucht, Betrug der Deffentlichkeit vor. Auf dem Gewerksvereinsbureau saullenzten die Beamten umher, die Außenbeamten würden am schlechtesten bezahlt und mühten am meisten arbeiten. Geprügelt hätten sich die Beamten auch schon, wohl um ihren „Kampfesmut“ zu beweisen. Dem Gewerksvereinsvorsitzenden Köster wirft Brust unverblümt Dummheit und Trunksucht vor.

Die Leser des „Vorwärts“ werden sich erinnern, daß in der christlich-nationalen Presse nach dem Streik 1905 den Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, sie hätten 20 000 M. Streikgelder nach Rußland geschickt, während die Bergleute Rot litten. Die gerichtliche Klarstellung dieses Schwindels wurde von den Verbreitern der Lüge verhindert. Nun erzählt der Zentrumsabgeordnete Brust aus dieser Zeit Intimitäten. Er teilt mit, in der Zeit, als viele Bergleute infolge des Streiks noch hungerten, habe der christliche Bergarbeiter-Gewerksverein keine Unterstügungen mehr ausgezahlt, aber die Beamten auf dem Zentralbureau hätten sich damals ihre Gehälter am monatlich bis zu vierzig Mark erhöht! Seit Mitte 1905 bezögen eine ganze Reihe der Beamten an der Zentrale, damit meint Brust die Gewerksvereinssekretäre Köster, Effert, Wehrs, Zmbusch, Kärup usw., einen Jahresgehalt von 2700 Mark, jährlich um 60 Mark steigend. Diese Gehaltsverhöhung habe man zu der Zeit vorgenommen, als viele Gewerksvereinsmitglieder infolge ihrer Beteiligung an dem Streik noch gehungert hätten. Für diese Leute habe der Gewerksverein kein Geld mehr gehabt.

Die interessanteste Mitteilung des „Minenlegers“ Brust betrifft die Mitgliederzahlen des Gewerkschaftsvereins. Der Gewerkschaftsverein habe jetzt bei 70 000 Mitgliedern an 40 Kreisen. Auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin wurden 80 000 Mitglieder angegeben. Ende 1904 habe der Vergarbeitergewerkschaftsverein im Ruhrgebiet rund 39 000 Mitglieder gehabt, diese Zahl sei aber jetzt nicht mehr vorhanden! Während des Streiks 1905 habe der Gewerkschaftsverein 40 000 Neuaufnahmen gemacht, noch mehr seien bis jetzt wieder verloren gegangen! Brust erklärt also, der Gewerkschaftsverein habe in den letzten zwei Jahren rund 41 000 Mitglieder im Ruhrgebiet verloren! Da Brust selbst noch Gewerkschaftsmitglied ist und durch Zwangsbeiträge über die internen Verhältnisse in der Gewerkschaftszentrale ständig auf dem laufenden gehalten wird, ist seine Mitteilung kaum als eine bloße Behauptung anzusehen. Seine Angaben werden auch gestützt durch den Anstieg der Knappschaftsbeiträge am 23. November. Von den 15 neugebildeten Sprengeln eroberte der „alte Verband“ 10, der christliche Verband bekam nur drei (einen erhielten die Polen, einen die Jesuitenpartei), obwohl die meisten Sprengel in den Bezirken liegen, die man allgemein als die besten für den Gewerkschaftsverein angesehen hat. Der Wahlausfall hat denn auch allgemein überrascht. Man erklärt Brust, der christliche Verein habe seit dem großen Streik 41 000 Mitglieder eingebüßt. Er sei heute weniger stark wie vor dem Streik! Das sei ein so starker Rückschlag der christlich-nationalen Arbeiterorganisation, wie ihn auch die schlimmsten Schwärzer nicht geträumt hätten. Brust erzählt weiter, im Saargebiet stehe es ebenfalls sehr schlecht mit dem Gewerkschaftsverein. Wenn man ihn „zur Notwehr“ zwingt, will Brust noch weitere Mitteilungen über die Desorganisation des Gewerkschaftsvereins machen. Die Zeitung ruiniere durch ihre „sozialdemokratische Taktik“ den Gewerkschaftsverein. Sie wolle die Sozialdemokraten im Radikalismus noch übertrumpfen.

In der „sozialdemokratischen Taktik“ kann der von Brust behauptete Rückgang des christlich-nationalen Vereins nicht liegen, denn der von Brust als die „Ausgeburt der Hölle“ bekämpfte „sozialdemokratische Verband“ macht gute Fortschritte. In den letzten beiden Geschäftsjahren hatte der „sozialdemokratische Verband“ 2 777 000 M. Einnahme an Mitgliederbeiträgen, der christliche Vergarbeitergewerkschaftsverein nur 1 234 000 M. In den ersten drei Quartalen 1907 nahm der „sozialdemokratische Verband“ 1 251 000 M. Mitgliederbeiträge ein, das sind über 100 000 M. mehr wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das Vermögen des „sozialdemokratischen Verbandes“ erhöhte sich in den ersten drei Quartalen 1907 schon um 511 000 Mark. Seine „sozialdemokratische Taktik“ kann also den christlichen Vergarbeiterverein nicht so zurückgebracht haben. Woran es liegt, wird nun wohl die Gewerkschaftsleitung aufklären. Da der christliche Vergarbeitergewerkschaftsverein die christlich-nationale Arbeitergewerkschaft in Deutschland ist, ist den Mitteilungen des Abgeordneten Brust über die rapide Desorganisation dieser Vereinigung eine zeitgeschichtliche Bedeutung nicht abzuspüren. Mag auch Brust übertrieben haben, so viel steht doch fest, er weiß Bescheid über die Lage der Dinge in der christlich-nationalen Arbeiterorganisation. Man darf gespannt sein auf die Antwort der Angeeschuldigten. Sie können zu den Angeklagten nicht mehr schweigen.

Der Wahlrechtskampf.

Der 1. Dezember hat das Werk des 26. November fortgesetzt. Zahlreiche Orte und Bezirke, wo die Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht am Dienstag nicht abgehalten werden konnten, haben am Sonntag ihre Kundgebungen gehabt. Von ihnen gibt daselbst, was von denen des Dienstags gesagt werden konnte. Sie sind glänzende Demonstrationen entschlossener Kampfbereitschaft gewesen. Dichte Massen füllten die Säle und eine gewaltige Erbitterung gab sich in dem Verhalten der Zuhörer kund und der feste Wille, die Dreiklassenwahlreform abzuschütteln. Durchweg wird von starkem Besuch und begeistertster Aufnahme der Referate berichtet. Immer höher schwillt die Flut des Zornes gegen die Entscheidung.

Besonders imposante Massenkundgebungen sind aus dem Ruhrgebiet zu melden. In Dortmund waren vier Säle überfüllt, im Wahlkreis tagten neun große Versammlungen, wovon die zu Linen 2000 Besucher umfasste. Im Ruhrwahlkreis Bochum-Gelsenkirchen fanden 17 außerst stark besuchte Volksversammlungen statt, im Wahlkreis Hamm-Sooet sieben Versammlungen, wovon die in Unna 500 Demonstranten vereinigete.

Auch im übrigen Westfalen sind große Kundgebungen zu verzeichnen; in Hagen-Schwelm tagten 13 imposante Versammlungen. In Hagen selbst hatten sich 800 Demonstranten eingeschrieben. In Schleswig-Holstein war für den Wahlkreis Kiel der Sonntag der Demonstrationstag. In Kiel selbst tagten fünf gewaltige Versammlungen, von denen zwei polizeilich abgeperzt wurden, im Wahlkreis waren zwölf Versammlungen veranstaltet.

Eine große Anzahl von Versammlungen hat in Pommern stattgefunden, im Reichstagswahlkreis Randow-Greifenhagen allein zehn, außerdem hatten noch sieben Orte der Provinz Kundgebungen.

In der Provinz Sachsen fanden im Wahlkreis Nordhausen neun stark besuchte Versammlungen statt, bei Halle vier, im Bezirk Nordhagen drei; in Nienburg waren 1000 Zuhörer versammelt.

Außerdem werden noch Versammlungen aus einzelnen Orten Brandenburgs, Hannovers und des Rheinlands gemeldet, in Westpreußen hatten Ebing, Graudenz, Marienwerder, Thorn, in Schlesien Freiberg, Grünberg (500 Besucher), Wallwitz (Kreis Sprottau), Peterswaldau und Sagan stark besuchte Kundgebungen.

Vergarbeiter und Landtagswahlrecht.

In dem größten Saale des Industriezentrums Gelsenkirchen-Alstadt fand am Sonntag eine von 2000 Vergarbeitern besuchte Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Vergarbeiter und der preussische Landtag“. Reichstagsabgeordneter Hute hielt das Referat; die Versammelten stimmten ihm lebhaft zu. Erschienen waren auch zahlreiche christlichorganisierte Vergarbeiter, das Referat fand indes keinerlei Widerspruch. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Vergarbeiterversammlung erklärt: Der Streit um ein besseres Knappschaftsgesetz hat uns erkennen lassen, daß der preussische Landtag bei der Aenderung des Knappschaftsgesetzes (Titel VII des Allgemeinen Berggesetzes) durchaus arbeiterverschuldig handelt, als er nicht nur alle auf eine Erhöhung des Arbeiterlohnes auf die Kostenverwaltung hinzielenden Anträge der allgemeinen Vergarbeiterkongresse ablehnt, sondern auch noch die Regierungsvorlage verschlechtert. Dieses traurigen Erfahrungen haben die preussischen Vergarbeiter mit dem Landtag gemacht, als er 1892 und 1905 ein wirkliches Vergarbeiterlosgesetz schaffen sollte. Da sind den Vergarbeitern Steine statt Brot gegeben worden.

Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn die Arbeiter auf die Befreiung des Landtages von dem Einfluß hätten. Das in jeder

Beziehung ungerechte Dreiklassenwahlrecht verhinderte die Vergarbeiter, in den Landtag eine Vertretung ihrer Interessen zu entsenden.

Diese empörende Tatsache erkennend, fordert die heutige Versammlung alle preussischen Vergarbeiter auf, sich in die erste Reihe der Bewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht, für das Reichstagswahlrecht zum preussischen Landtag zu stellen. Da die gewerkschaftlichen Organisationen als solche nicht den Wahllampf führen können, so fordert die Versammlung alle Vergarbeiter auf, in ihren politischen Parteien die maßgebenden Führer und Körperschaften zu nötigen, unabweislich Stellung für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Landtagswahlrechts zu nehmen.

Diese Angelegenheit ist nun zu einer Lebensfrage der ganzen Vergarbeiterklasse geworden. Denn nicht eher werden die Vergarbeiter auf die Erfüllung ihrer wohlverdienten Lebensbedürfnisse rechnen dürfen, als bis durch Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts das arbeitende Volk Einfluß auf die Landesgesetzgebung gewonnen hat.

Die „Vergarbeiterzeitung“ fordert alle preussischen Vergarbeiter auf, in gleicher Weise wie ihre Kameraden in Belgien und zu der Wahlrechtsbewegung Stellung zu nehmen. Wenn man die Unfallsziffern ansieht, dann weiß man, wie schwer der Vergarbeiterstand in Preußen durch die Schuld des Landtages vernachlässigt sei. Es seien innerhalb der letzten fünf Jahre von 1000 Vergarbeitern unter Tage tödlich verunglückt in Frankreich 1,18—1,24, in Belgien 1,150—1,333, in Preußen 1,998—2,177. Von 1000 Vergarbeitern der Gesamtarbeiterklasse seien tödlich verunglückt in England 1,231—1,358, in Preußen 1,799—1,989. Vergleiche man längere Zeiträume, so ergibt sich, daß von 1000 Kohlenbergarbeitern tödlich verunglückt in

	England	Preußen
1824/64:	3,570	1,650
1861/65:	3,240	2,656
1881/90:	1,928	2,984
1891/95:	1,524	1,891/1900: 2,474
1896/1905:	1,294	1,901/1905: 1,975

Im preussischen Landtage seien vor zirka einem halben Jahrhundert die arbeiterverschuldigenden Bestimmungen der alten Vergordnungen aufgehoben worden. Statt Brot habe der preussische Landtag den Vergarbeitern Steine gegeben. Darum sei für die Vergarbeiter die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts eine Lebensfrage.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Dezember 1907.

Direkte Reichsteuern.

In seiner Rede, mit der Herr v. Stengel die Staatsverhandlungen im Reichstage einleitete, hat er behauptet, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Verfassung doch sicherlich auf einer durchaus liberalen und freisinnigen Grundlage aufgebaut sei, niemand auch nur daran denke, die direkten Steuern auf das Vermögen und das Einkommen ganz oder teilweise den Einzelstaaten zu entziehen und auf den Bund zu übertragen. Dort habe man längst erkannt, daß man die direkten Steuern den Einzelstaaten belassen müsse, wenn die föderativen Grundlagen der Verfassung jener Staaten keinen Schaden leiden sollen.

Nun herrscht in der nordamerikanischen Union trotz mancher demokratischen Verfassungsbestimmungen die Plutokratie, und deshalb kann selbst dann, wenn die Behauptungen des Herrn v. Stengel richtig wären, das dortige Steuersystem keineswegs ohne weiteres als Muster für Deutschland gelten. Tatsächlich aber plant man, wie die „Voss. Ztg.“ feststellt, auch in Amerika die Einführung einer Bundes-Einkommen- und Einkommensteuer:

Präsident Roosevelt empfiehlt in seiner Botschaft an den Kongress vom 4. Dezember 1906 für die demnächstige Revision des Bundessteuersystems die Einführung einer vor allem die Reichtümer treffenden progressiven Erbschaftsteuer und einer progressiven Einkommensteuer als Bundessteuern. Danach scheint also der Präsident der Vereinigten Staaten, der doch wohl nicht beabsichtigt, an dem föderativen Charakter der Union zu rütteln, über die Wirkung, die in dieser Hinsicht von direkten Steuern ausgehen könnte, wesentlich anders zu denken als die deutschen Staatsmänner.

Dernburgs Pläne.

Nach der Information des Scherblattes verlangt Dernburg an Eisenbahnbauten:

1. Die Eisenbahn Daresalam—Morogoro nach Tabora, 2. die Usambara-Bahn bis zum Nilmandscharo weiterzubauen, 3. das Rufidji-Ulangua-Schiffahrtsprojekt zu betreiben, wenn die Untersuchung dieses Projektes, die im Gange ist, günstig ausfällt.

Daran schließt er noch das Südbahnprojekt von Kilwa an, jedoch hat sich Dernburg noch keineswegs für einen bestimmten Ausgangspunkt entschieden.

Diese Bahnbauten, fährt das Scherblatt fort, würden zirka 150 Millionen kosten, doch werde die Bauzeit 10—15 Jahre betragen, so daß sich pro Jahr nur eine Summe von 12 bis 18 Millionen ergebe. Die Bewilligung dieser Summe hoffe Dernburg von der Reichstagsmehrheit wohl erwarten zu können.

Mit Dernburgs Kolonialbauplänen steht es genau so wie mit den Flottenbauplänen des Herrn v. Tirpitz. Die Kosten sollen sich auf eine Reihe von Jahren verteilen, so daß pro Jahr nur so und soviel erforderlich sei. Klarer aber stellt sich heraus, daß die Baukosten ganz wesentlich höher sind als der Vorschlag. Und dann wird plötzlich ein bescheidenes Budgetumverteilungsvorschlag gemacht — was nur zu wahrscheinlich ist — in Ostafrika wieder ein größerer Eingeborenenaufstand auszubrechen und der Bahnbau wird beschleunigt. Die Jahresraten verdoppeln und verdreifachen sich dann!

Aber was Herr Tirpitz kann, wird ja auch Herr Dernburg noch können! Die Flottenmehrheit wird bewilligen — das Volk kann ja nachher die Suppe auslöffeln! —

Amerikanische Agrarpolitik.

Das „Bayrische Vaterland“ nagelt die „Aölnische Volkszeitung“ auf eine Inkonsequenz fest, die der weiteren Beachtung wert ist. In Nr. 1025 vom 26. November bringt nämlich das rheinische Zentrumblatt die Rede des ultramontanen Abgeordneten Herold anlässlich der Interpellation über die Lebensmittelsteuerung. Darin gibt Herold unter dem Beifall seiner Gefinnungsgenossen der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Aufhebung der Zölle nicht den Zweck erreichen werde, die Preise für Lebensmittel herabzusetzen, denn der Zoll übe seine Wirkung nur bei billigeren Preisen aus. In derselben Nummer, eine Seite weiter, bringt die „Aölnische Volkszeitung“ einen Artikel im Handelsstil über die Krisis im türkischen Wirtschaftsleben. Darin heißt es:

„Um der gewaltigen Erhöhung der Weizenpreise zu begegnen, hat die türkische Regierung nun vor einigen Wochen ein Verbot, Getreide zur Ausfuhr zu bringen, erlassen. Ob dieses Mittel hinreicht, um die schlimmsten Folgen der Verteuerung des Brotes von der Bevölkerung abzuwenden, darf billig bezweifelt werden. Zu dem einzig durchgreifenden Mittel einer Ermäßigung oder gar zeitweisen Aufhebung der Einfuhrzölle für Weizen kann sich die otto-

manische Regierung offenbar nicht entschließen.“

In Deutschland hat also die Herabsetzung oder Abschaffung der Getreidezölle keinen Einfluß auf die Weizenpreise, in der Türkei dagegen ist sie das „einzig durchgreifende Mittel“ zu diesem Zweck. Wunderbar! —

Agrarische Wahlstatistik.

Daß die Zahlen der Agrarier nicht zu stimmen pflegen, wenn die Herren durch ihre Gelehrten ihren Lesern vorrechnen lassen, daß die Getreidezölle, Viehzölle und Grenzsperrn Brot und Fleisch nicht verteuern, ist ja eine bekannte, aber immerhin erklärliche Tatsache. Die Herren Agrargelehrten müssen ja mit falschen Zahlen operieren, da ihnen sonst der Beweis nimmermehr gelänge.

Daß aber die Herren von der „Deutschen Tageszeitung“ auch die Zahlen der Wahlstatistik in ungläublichster Weise entstellen, läßt sich höchstens aus der Gewohnheit und dem Prinzip erklären, Zahlen niemals richtig wiederzugeben.

Die „Deutsche Tagesztg.“ gibt — sie ist ja die Berufsstelle dazu! — der Sozialdemokratie den Rat, „etwas bescheidener“ aufzutreten. Die Sozialdemokratie habe dazu alle Veranlassung, habe sie doch bei den letzten Reichstagswahlen sehr schlecht abgeschnitten. Und nun verzeichnet das Viertelblatt folgende sozialdemokratische Stimmenverluste:

Beispielsweise verloren sie im Kreise Leipzig-Land 14 440, in Dresden d. G. 9183, in Zittau 8553 und in Stollberg und Zettow-Beeskow über 6000 Stimmen. Bedenkt man nun, daß gerade in diesen Kreisen die Arbeiterbevölkerung bei weitem überwiegt, so kann man behaupten, daß viele Arbeiter, die noch im Jahre 1903 den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verholfen, die Schädlichkeit der Bewegung mindestens einigermaßen erkannt und ihr den Rücken gekehrt haben.“

In den genannten fünf Wahlkreisen soll also die Sozialdemokratie 44 156 Stimmen verloren haben! In Wirklichkeit verlor sie gegenüber 1903 nur in drei dieser Wahlkreise Stimmen, nämlich in Dresden rechts der Elbe 1921 (nicht 9183!), in Zittau 540 (nicht 8553!) und in Stollberg 1096 (nicht 6000!) Stimmen. Dafür gewann sie in Leipzig-Land 1883 und in Zettow-Beeskow 30 250 Stimmen! Die Sozialdemokratie verlor also in den aufgezählten fünf Wahlkreisen 3357 Stimmen und gewann 32 133 Stimmen, sodaß sie einen Reingewinn von 28 776 Stimmen zu verzeichnen hatte, statt des von der „Deutschen Tageszeitung“ behaupteten Verlustes von 44 156 Stimmen.

Der Himmel mag wissen, woher das Agrarierblatt seine Zahlen bezogen hat! Und das wagt sich an statistische Berechnungen heran, die mehr erfordern als bloßes Abschreiben!

Das Dreiklassenparlament kein Klassenparlament.

Die wilddemokratische „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die Vertreterin der rheinisch-westfälischen Industriellen, macht sich die Ausführungen des freikonservativen Landtags-Abgeordneten Vorster zu eigen, der sich gegen jede wahrhaft demokratische Aenderung des Dreiklassenwahlrechts auspricht und hofft, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses niemals ihre Zustimmung zur Einführung des Reichstagswahlrechts geben werde.

Das schunrichtige an der Sache ist jedoch, daß Vorster in seiner Schrift behauptet, daß das Dreiklassenparlament kein Klassenparlament sei. Es sei vielmehr ein Parlament, das dem Mittelstand den ausschlaggebenden Einfluß einräume. Denn die Mehrheit der Wähler der zweiten Klasse sei sich aus Wählern mit einem Einkommen bis 2400 M. zusammen. Sei doch in rund 9000 von insgesamt 27 000 Urwahlbezirken die zweite Klasse den Einkommen bis zu 1500 M. „zugänglich“, in weiteren 9000 Bezirken den Einkommen zwischen 1500—2400 M. Als ob es sich um die „Zugänglichkeit“ handele und nicht um die Zahl der Wähler mit solch niedrigem Einkommen! Da aber in der 2. Klasse nach Vorster das Durchschnittseinkommen 8900 M. beträgt, ergibt sich, daß auch in der 2. Klasse der Besitz ausschlaggebend ist!

Aber selbst wenn das nicht wäre: es gehört eine eiserne Stirn dazu zu behaupten, ein Wahlrecht, das 15 Prozent der Urwähler doppelt so viel Wahlrecht einräumt, wie den 85 Prozent der Wähler 3. Klasse, sei kein Klassenwahlrecht, keine schamlose Entrechtung von mehr als sechs Siebenteln aller Wähler! In großen Städten ist obendrein das Verhältnis noch schlimmer. So hatten in Berlin in der 1. Klasse 1,03 Prozent der Wähler ebenfalls Wahlrecht, wie 88,92 Prozent der Wähler 3. Klasse! Denn von 11 Prozent Wählern der beiden obersten Klassen gelang es sogar, die 3. Klasse völlig zu überstimmen, sodaß diese neun Zehntel der Wähler im Grunde überhaupt kein Wahlrecht hatten!

Und das ist nach der Ansicht des Organs der nationalliberalen Schlotzrufer kein Klassenwahlrecht! —

Ein Gendarmenspaß.

In Heberstrah im Oberelsaß kam am 17. März d. J. der Gendarm Herchelmann in den Schulsaal, öffnete einen Schrank und entnahm einer Kiste die in ihr aufbewahrten Mobilmachungsbescheide, die er in die Tasche seines Fahrrades brachte. Dann ging er zum Lehrer nach und ersuchte ihn, ihm das Paket mit den Mobilmachungsbescheiden auszuhandigen. Natürlich geriet der Lehrer in begriffliche Aufregung, als er das Paket nicht fand, umso mehr, als der Gendarm mit sofortiger Verhaftung drohte. Schließlich gab er dem Lehrer zur Herbeiführung des Paketes Frist bis zum Montag Mittag. Dann fuhr er mit dem Paket davon. Auch am Montag hatte sich das Paket natürlich noch nicht angefundnen, obwohl der Lehrer und der Bürgermeister nochmals nach ihm gesucht hatten. Am Nachmittag kam der Gendarm wieder. Das Paket war natürlich nicht da. Der Gendarm drohte wieder mit Verhaftung, gab aber dann dem Lehrer eine Gnadenfrist bis 6 Uhr und ging zum Bürgermeister. Als er von diesem wieder zu dem Lehrer zurückkehrte, sagte er ihm auf den Kopf zu, der Bürgermeister hätte gesagt, der Lehrer gehe öfter über die Grenze nach Frankreich hinüber! . . .

Zwei Tage später klopfte der Gendarm am Schulsaal in Heberstrah an und erzählte dem dortigen Lehrer, in Heberstrah seien die Mobilmachungsbescheide gefunden worden. Darauf schrieb der Lehrer nach einem Artikel in ein Wälderblatt, in dem es hieß, daß der Dieb sich als Gendarm Herchelmann entpuppt habe. Dadurch fühlte sich der Gendarm beleidigt. Lehrer nach und ein Schriftsteller wurden vor Gericht zitiert und erhielten 50 M. bzw. 20 M. wegen Verleumdung. Dem Bürgermeister von Heberstrah aber, der den Hergang der Sache dem Polizeikommissar und der Kreisdirektion mitteilte, wurde erklärt: Der Gendarm habe nur Spaß machen wollen! . . .

Bisher hat man noch nicht vernommen, daß dem Gendarm Klage gemacht worden ist, daß solche dummen und trivialen Späße nicht zu seinen Befugnissen gehören.

Christliche und antisemitische Falscher.

Der antisemitische Abgeordnete Lattmann hat am Dienstag im Reichstag die dreiste Behauptung aufgestellt, unser Mannheimer Volksblatt, die „Vollstimme“, habe geschrieben: „Dem christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brot aus der Hand geschlagen werden“. Diese Behauptung ist, wie das jeder Mensch mit normaler Urteilsfähigkeit sich sofort sagen muß, erlogen und erlogen. Als unsere Parteigenossen im Reichstags-Datum und Nummer der Zeitung verlangten, tat Herr Lattmann erst, als ob er für Juristen völlig taub sei. Energisch gedrängt nahm er schließlich eine Druckschrift und reichte sie zögernd unseren die Treppe zum Rednerpult hinaufeilenden Genossen Que und Lehmann mit den Worten hin: „Da lesen Sie die Mannheimer „Vollstimme“. Aber was Herr Lattmann für die „Vollstimme“ gehalten haben will, war eine vom „Christlichen Gewerkschaftskartell“ in München herausgegebene Flugschrift mit dem Titel: „Der terroristische“? Herr Lattmann konnte die Nummer, in welcher dieser nichtswürdige und polizeiwidrig dumme Artikel gestanden haben sollte, schon um deswillen nicht angeben, weil sie in der Druckschrift wohlweislich auch verschwiegen war. Schon das hätte ihm verdächtig erscheinen und ihm Veranlassung geben müssen, der Angelegenheit nachzuforschen, ehe er, noch dazu unter dem Anschein, als lese er aus der „Vollstimme“ selber vor, davon Gebrauch machte. Nach eingangsener Erkundigungen hat unser Mannheimer Parteiblatt die Gelegenheit eines Streiks der Hafenarbeiter einen der christlichen Führer, der zum Streikkomitee zugelassen zu werden verlangte, obgleich die Christlichen keine organisierten Hafenarbeiter aufzuweisen hatten, und der nach Ablehnung seines in jeder Beziehung ungerechtfertigten Verlangens allerlei Querebenen machte und den Streik, wie schon in einem ähnlichen Falle bei den Stuffedrehern, beinahe zum Scheitern gebracht hätte, gesagt, daß solche Christliche nicht unter die christlichen Arbeiter gezählt zu werden verdienen, und daß mit dieser Gesellschaft aufgeräumt werden müsse. Wie man sieht, ganz etwas anderes, als was die christlichen Verfasser der Schwabacher und der Herr Lattmann gesagt und geschrieben haben. Nicht ohne Ironie ist der Umstand, daß derselbe Abgeordnete, der hier leichtfertig Beschuldigungen nachbetet und dem die Ehre eines sozialdemokratischen Blattes keinen Rappenwert ist, dem Udg. Paasche den Vorwurf machte, daß er den Kriegsminister angefaßt habe, ohne diesen vorher pflichtschuldigst davon zu benachrichtigen. Der Rasus macht uns lachen.

Vom preussischen Polizeistaat.

Am 3. November hielt der Arbeiterverein in Plатов W.-Pr. eine Versammlung ab, in der Genosse Tischlermeister Schlichtholz den Liebesbriefprozeß besprach. Am Schluß der Versammlung wurde mitgeteilt, daß in der nächsten Versammlung der Prozeß Harden besprochen werde. Darauf erhielt jetzt Genosse Schlichtholz folgendes eigentümliches Verbot von der Platzwer Polizeiverwaltung:

Polizeiverwaltung Plатов, den 25. November 1907.

In der am 3. d. Mts. abgehaltenen Versammlung des Arbeitervereins wurde für die nächste Versammlung ein Vortrag über den Hardenprozeß in Aussicht gestellt. Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unterjagen wir diesen Vortrag. Sollte mit demselben begonnen werden, so wird die Versammlung sofort aufgelöst werden.

In Herrn Tischlermeister Schlichtholz, hier.

Unterschrift

Es mag ja recht nett sein, daß die Polizei glaubt, sich um alles kümmern zu müssen. Sie sollte aber in erster Linie sich um Beobachtung des Gesetzes kümmern. Das preussische Gesetz gibt ihr kein Recht, eine Versammlung im voraus zu verbieten oder die Auflösung einer Versammlung wegen eines Demos, das ihr nicht gefällt, anzudrohen. Eine solche Drohung ist die strafbare Anündigung eines bestimmten Mißbrauchs der Amtsgewalt, falls der Polizeichef die gesetzlichen Bestimmungen kennt oder durch Fahrlässigkeit diese Kenntnis sich anzueignen unterlassen hat. Die Versammlung wird trotz des Polizeiverbotes stattfinden und eventuell ein staatsrechtlicher Nulturn über die Grenzen der Polizeigewalt auch in Preußen durch Verschreitung des verwaltungsgewaltigen und strafrechtlichen Weges der Plатовer Polizeiverwaltung erteilt werden.

Der Wahlrechtskampf in Sachsen.

Am 4. Dezember soll in der zweiten sächsischen Kammer die sogenannte Wahlreform der Regierung beraten werden. Die Sozialdemokratie des Königreichs Sachsen ruft das Volk zu Massenversammlungen am 7. und 8. Dezember auf.

Wandverhehlungen. Am 20. September lag die 6. Batterie des Feldartillerieregiments Nr. 31 in der Nähe des Dorfes Winnewerzhelm i. Elb. im Div. Der Wachtmeister Bruhns, die Sergeanten Heidenreich, Kugow und der Unteroffizier List gerieten abends nach 10 Uhr in einer Wirtschaft des Dorfes mit zwei Dorfbewohnern in Streit, in dessen Verlauf List und Heidenreich einen der Dorfbewohner namens Schmitt verprügelten. Aber damit war die Kampfbatterie der Unteroffiziere nicht gestillt. Bruhns, List und Heidenreich besorgten Schmitt bis in das elterliche Gehöft, überleiterten die Mauer, schlugen den oberen Teil der Haustür ein und mißhandelten Schmitt und seinen ihm zu Hilfe geeilten 57 Jahre alten Vater mit einer Mißgabel, die er zu seinem Schutze ergriffen hatte. Während die Heiden auf den am Boden liegenden älteren Mann einschlugen, kam Schmitts Nachbar, der 70jährige Stark zu Hilfe; aber ehe er sich versah, erhielt auch er einen Schlag mit der Mißgabel, der ihn zu Boden streckte. Endlich wurde ein Offizier mit der Wache geholt, der die Unteroffiziere verhaften ließ. Die beiden alten Leute erhielten erhebliche Verletzungen. Schmitt war 11 Tage arbeitsunfähig, Stark lag 8 Tage zu Bett, konnte einen Monat lang nicht arbeiten und geht noch heute am Stabe.

Die Strafe fiel recht gering aus. Das Kriegsgericht verurteilte den Wachtmeister Bruhns wegen unehrenhafter Entfremdung, vorsätzlicher Körperverletzung und gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu vier Wochen und zwei Tagen Gefängnis, den Sergeanten Heidenreich zu sechs Wochen und zwei Tagen Gefängnis und den Unteroffizier List zu zwei Monaten, zwei Wochen und zwei Tagen Gefängnis. Kugow erhielt nur drei Tage Arrest wegen unehrenhafter Entfremdung.

Militärjustiz.

„Im Interesse der Disziplin“ erklärte vor einiger Zeit das Kriegsgericht der 17. Division gegen den Gefreiten R. vom 17. Dragoner-Regiment wegen Mißhandlung, Gehorsamsverweigerung und tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten auf ein Jahr drei Monate und eine Woche Gefängnis, während ein der Feigheit angeklagter Unteroffizier A. freigesprochen wurde. Wegen des „niedrigen“ Strafmaßes gegen R. und wegen der Freisprechung des Unteroffiziers legte der Gerichtsherr und wegen des ihm zu hoch erscheinenden Strafmaßes legte R. Berufung ein, die vor dem Oberkriegsgericht des IX. Armeekorps (Altona) zur Verhandlung gelangte. Als das genannte Regiment sich im Manöver befand und in einem medienburgischen Dorfe bivouacierte, trat R. sich am Abend des 24. August d. J. einem gehörigen Rausch an, in welcher Verfassung er sich „stark“ fühlte. Von einem Unteroffizier

aufgefordert, sich ins Quartier zu begeben, antwortete R., der Unteroffizier — dieser hatte nicht umgehört — solle sich erst dienstlich ankleiden, bevor er Befehle erteile. Dann traf R. mit dem Unteroffizier A. zusammen, der ihm ebenfalls den Befehl erteilte, er solle seinen Rausch ausschlagen. R. ergriff einen Stock und versetzte damit dem Unteroffizier vier Schläge. Der Angeklagte A. erklärte, er sei so stark angeunken gewesen, daß er sich des Vorgangs nicht zu erinnern vermöge, während der mitangeklagte Unteroffizier den Vorwurf der Feigheit zurückwies mit dem Bemerkten, er sei von dem ersten Schläge halb betäubt gewesen. Das Oberkriegsgericht hob das Urteil erster Instanz auf und verurteilte R. zu drei Jahren und einem Monat Gefängnis und den Unteroffizier wegen Feigheit zu vier Wochen Mittelarrest. — Solche Urteile wirken weniger disziplinfördernd als antimilitaristisch!

Wieder ein Soldatenselbstmord!

Der Russtier Reuschle von der 7. Kompagnie des 188. Regiments in Altenburg hat sich am Freitag in der Arrestzelle an seinem Lebkuchen erhängt. Offenbar wollte er sich einer mehrjährigen Gefängnisstrafe entziehen, die ihm drohte, weil er beim Bajonetzergerien vor verammelter Mannschaft seinen Unteroffizier zu ersticken veruchte, von dem er gepeinigt worden sein soll. Nur dem Dazwischentreten seiner Kameraden ist es zuzuschreiben, daß er die Tat nicht ausführte. Reuschle war das Kind eines Altenburger Arbeiters und hatte bis zu seinem Dienstantritt als Nähmaschinenmacher gearbeitet. Er ist im Zivil sehr solide gewesen. Also ein neues Opfer des Militarismus!

Das „überzählige“ Militärlieber.

Unter der Stichmarke: „Die Nebeneinnahme des Sergeanten“, berichteten wir vor einigen Wochen über die Verurteilung eines beim Artillerie-Regiment zu Iphoe (Holslein) als Regiments-Quartiermeister fungierenden Sergeanten wegen Diebstahls von einer großen Quantität Sohlleder zu zwei Monaten Gefängnis und Degradation. Der Verurteilte hat nun einen anderen Sergeanten, Sch. mit Namen, beschuldigt, ihn zu den Diebstählen verleitet zu haben. Sch., der sich in der letzten Sitzung des Kriegsgerichts der 18. Division (Altona) wegen Anstiftung zum Diebstahl und Hehlerei (bei ihm ist eine kleine Quantität Sohlleder gefunden worden) zu verantworten hatte, will die Stiefelsohlen zu dem Zwecke an sich genommen haben, um den Beamten vom Velleidungsamt keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, weil es sich um „überzählige“ Stücke handelte. Er habe übrigens dem Jahneiser davon Mitteilung gemacht, was dieser zugibt. Auch der Jahneiser ist ein gutmütiger Herr, der die Meinung nicht weiter gegeben hat, um den Beamten des Velleidungsamtes keine Schereereien zu bereiten, aber die Erlaubnis zum Verkauf des Leders habe er nicht erteilt. Wie die „Überzähligkeit“ entstanden ist, vermag nicht ermittelt zu werden. Noch hunter wird die Sache durch die Andage eines Sachverständigen, eines Majors, der hervorhebt, das Velleidungsamt hätte von der Sache in Kenntnis gesetzt werden müssen. Es habe aber in Abrede gestellt, 100 Sohlen zu viel geliefert zu haben, und es habe die Annahme des Leders verweigert, weil es eben der Meinung war, ein Jertum könne nicht vorliegen. Die Sohlen seien daher Eigentum des Regiments gewesen. Trotz seiner Unschuldbetuerung wird der Angeklagte zu fünf Wochen Mittelarrest und Degradation verurteilt. — Durch dieses Urteil ist das über der Herkunft der Sohlen schwebende mythische Dunkel noch keineswegs beseitigt.

Roosevelts „Votenschaft“.

Gestern, Dienstag, wurden zu Washington Senat und Repräsentantenhaus mit der üblichen „Votenschaft“ des Präsidenten eröffnet.

Im Weihnachtmonat muß Roosevelt dem Volke natürlich eine „frohe Votenschaft“ beschenken, und so hebt er denn an mit einem Hymnus auf die beispiellosen Hülfsquellen, die dem Lande zu Gebote stehen, auf die Tatkraft, die industrielle Geschäftlichkeit der Nation. Der Jwed dieser Stillübung ist kein anderer als: die Geldbesitzer aufzufordern, ihre Kometen doch nicht dabei zusammenzulassen, sondern „in geordneten“ Banken zu lassen!

Noch längeren halbdunklen Andeutungen über die Notwendigkeit, gelegentlich einmal die Steuergehe zu revidieren (progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer!) leistet sich die „Votenschaft“ ein paar Sätze zur Sozialpolitik: Die nationale Regierung sollte (1) ein Arbeiterarbeitsgesetz sein und „entsprechend“ für ihre Angehörigen sorgen... Ein Haftpflichtgesetz sollte (2) geschaffen werden... Arbeiter sollten (3) für alle Unfälle in der Industrie eine sichere und bestimmte Entschädigung erhalten... Der Kongreß sollte (4) die Erweiterung des Gesetzes über die achtstündige Arbeit „in Erwägung ziehen... Sollten! sollten!

Viel energischer wird der biedere Teddy, wo er die Rechte der abgegriffenen Reballe betrachtet: Es müßte ein Mittel geschaffen werden, um dem Uebelstande der Streiks (und auch der Aussparungen) zu steuern; Die Notwendigkeit eines solchen Schrittes sei durch den jüngsten Telegraphistenstreit erwiesen!

Für die Frauen und Kinder sollen ein paar Broden gegeben, an der Schule soll herumgebastelt, das Stromsystem ausgebaut und Vorfrage getroffen werden, daß nicht weite Flächen des Landes aus dem Besitz der Nation in die Hände Weniger übergehen!

Nachdem noch allerlei sonstige Pflichten verheißt sind, kommt die „Votenschaft“ auf Meer und Flotte zu sprechen: Es seien zu wenig Offiziere und zu wenig Mannschaften vorhanden, die reguläre Armee also, desgleichen das Sanitätscorps, müsse vergrößert werden. Und nun zur Flotte:

„Wie die Panzer-Konferenz gezeigt hat, dürfen wir unsere Hoffnung, den Frieden zu sichern, nicht auf irgend ein internationales Abkommen über die Beschränkung der Rüstungen setzen. Es würde daher höchst unweise sein, mit dem Bau unserer Flotte innezuhalten. Wenn wir ein Schlachtschiff im Jahre bauen, so würde das unsere Flotte nur in ihrer gegenwärtigen Stärke erhalten. Das genügt aber nicht. Meiner Meinung nach sollten wir in diesem Jahre vier Schlachtschiffe bauen, wenn wir nicht auch für die nötige Mannschaft sorgen, für Deck, Kohlenstationen, Kohlenberge und Härttschiffe, ebenso für eine Menge Torpedoboots und Torpedozerstörer. Sowohl an der atlantischen wie an der pazifischen Küste sollten für unsere größten Häfen Befestigungen der besten Art vorgesehen werden. Denn wir sollten immer bedenken, daß man die Flotte wirksam nur zur Offensive verwendet. Solange unsere Schlachtschiffe nicht viel größer als jetzt, sollte sie niemals so in Detachements gepulltert werden, daß diese im Falle der Not nicht leicht wieder zusammengezogen werden können. Sie sollte sich mal im Atlantischen Ozean aushalten und mal im pazifischen. Die Flotte der Vereinigten Staaten ist die beste Votenschaft dafür, daß der Ehre und den Interessen der Nation nicht zunahse getreten wird; überdies sichert sie am besten den Frieden.“

Nach ein paar belanglosen Aeußerungen bekannten Kalibers über die „außenwärtigen Beziehungen“ (zumal die mit Japan sollen ganz besonders innig und herzlich sein!) erwähnt die „Votenschaft“ das Tarifabkommen mit Deutschland, das vorläufig bis zum 30. Juni 1908 in Kraft bleiben soll, sagt aber hierüber nur, daß das Abkommen sowie der Bericht der nach Deutschland entsandten Kommission dem Kongreß zu seiner Information vorgelegt werden sollen und daß die sorgfältige Prüfung der tariflichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zur Abstellung einiger Mängel in der Zollabfertigung geführt habe, über die deutsche Exporteure sich mit Recht beklagt hätten. Diese neuen Bestimmungen über die Zollabfertigung seien auch auf einige andere Länder ausgedehnt worden.

Die „Votenschaft“ schließt mit der Hervorhebung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und

Mexiko und mit der Bekanngebung der Tatsache, daß auf Veranlassung der Präsidenten beider Länder Vertreter der fünf mittelamerikanischen Republiken zu einer Friedenskonferenz in Washington zusammenzutreten werden.

England.

Zur Flottenpolitik.

London, 1. Dezember. (Fig. Ver.) Es war vorauszusehen, daß die neue deutsche Flottenvorlage die englischen Wasserenthusiasten auf die Beine bringen würde. Die Agitation hat bereits begonnen, und sie wird sich in der nächsten parlamentarischen Sitzung stark bemerkbar machen. Der „Zwei-Mächte-Standard“, den die „Times“ nennlich als einen beherrschbaren Begriff bezeichnete, erhält jetzt eine neue Auslegung. In früheren Jahren wurde die englische Flotte auf eine Stärke gebracht, die einer deutsch-russischen Kombination die Spitze bieten konnte. Nach den Ereignissen der letzten Zeit kommt diese Kombination nicht mehr in Betracht; dafür tritt die Möglichkeit einer deutsch-amerikanischen Kombination in die Erscheinung: Die Seepolitiker verlangen nunmehr einen Flottenetat, der den deutschen und amerikanischen Seerüstungen gleichkommen soll.

Die Auslegung, die dem Zwei-Mächte-Standard von Zeit zu Zeit gegeben wird, ist gleichzeitig ein deutlicher Kommentar zu dem schwierigen Texte der änderen Beziehungen der Staaten. Sie zeigt die jeweilige Lage der Weltpolitik.

So weit bis jetzt bekannt, wird der englische Flottenetat für das Finanzjahr 1908/09 den Bau eines einzigen Linienschiffes der Dreadnought-Klasse vorsehen, während Deutschland und die Vereinigten Staaten in derselben Zeit fünf Dreadnoughts bauen! Wir dürfen also in den nächsten Monaten einer lebhaften Agitation der englischen Seepolitiker gewärtig sein.

Die Lage in Irland.

London, 30. November. (Fig. Ver.) In Cardiff wurde am Mittwoch eine große Versammlung abgehalten, in der Mr. John Redmond, der Führer der irischen Nationalisten, eine längere Rede hielt, um die Sympathie des walisischen Volkes für Irland zu gewinnen. Er führte etwa folgendes aus:

Die Nachrichten, die über die Uneinigkeit des irischen Volkes verbreitet werden, sind falsch. Die Iren halten enger zusammen denn je und sie sind entschlossen, für Home Rule weiter zu kämpfen. Der jetzige Sekretär für Irland, Mr. Birrell, ist einer der aufrichtigsten und besten Minister, die sie je hatten, aber er ist ein Engländer und versteht deshalb das irische Volk nicht. Neben Home Rule, die das Hauptziel ist, verlangen die Iren eine Verbesserung des Bodengesetzes vom Jahre 1903, um die Grundherren zum Verkauf zu zwingen. Die Iren sind besonders aufgeregt über die weiten Wiesenflächen in Gegenden, wo die Zwergbauern trotz der angestrengtesten Arbeit nicht leben können. Sie verlangen deshalb die Parzellierung der Weiden.

Die nächste Forderung ist die Errichtung einer irischen nationalen Universität, die allen Konfessionen und Klassen offen stehen soll. Die Gerichte über die Zunahme ungesetzlicher Handlungen in Irland sind absolut grundlos. Die meisten Gefängnisgebäude Irlands sind leer; in Wexford wurde das Gefängnis sogar in ein Versammlungsklokal umgewandelt. Wohl aber sind die Iren unzufrieden und ungeduldig. Aber ohne diese Eigenschaften können Reformen nicht erreicht werden. In einem geduldigen Lande werden die vorhandenen Mißbräuche und Ungerechtigkeiten nie abgeschafft. Die irische Partei ist selbständig, und sie wird in der nächsten Parlamentsession energischer auftreten.

Dänemark.

Eine Deputation der Dienstleute.

Vor der vom dänischen Reichstag eingesetzten Kommission zur Reform des Befinderechts erschienen am Sonnabend sechs Dienstleute als Vertreter ihres Verbandes, um die Forderungen vorzutragen, die die bis jetzt unter einem Ausnahmegeretz schmachthenden Landproletarier an die Gesetzgebung stellen. Sie kamen auf Einladung der Kommission, die hiermit jene Organisation als die rechtmäßige Vertretung der Dienstleute anerkannte. Die Aeußerungen des Vorträhers der Deputation, Karl Westergaard, gestalteten sich zu einer gewaltigen Anklage gegen die herrschende Klasse, die — trotz der im allgemeinen demokratischen Entwicklung des Staatswesens — für die Dienstleute eine Ausnahmegeretzgebung mit geradezu barbarischen Bestimmungen geschaffen und erhalten hat. Die gleichen Freiheiten und Rechte, die alle anderen Staatsbürger genießen, so wie Schutz denen, die sich nicht selbst beschützen können, das war es, was die Deputation der Kommission als die wichtigsten Forderungen vortrug.

Italien.

Roms neue Stadtverwaltung.

Rom, 1. Dezember. (Fig. Ver.)

Die Wahl des Bürgermeisters hat die neue Majorität der römischen Stadtverordneten in nicht geringe Verlegenheit gesetzt. Wohl sollte es ihr nicht an Persönlichkeiten, die Beweise hoher Verwaltungsfähigkeiten gegeben hätten, aber diese besaßen sich nicht in der Lage, eine Stellung, die ihre ganze Kraft beanspruchte, als Ehrentitel zu bekleiden. So ist man auf Ernesto Nathan verfallen, der als feldherr Grobmeister des Freimaurerordens und als Juroist gleichsam als Fahne und Symbol des Antiklerikalismus gelten kann. Als Mensch genügt Nathan allgemeine Sympathie und Achtung. In der Jugend Mazzinianer, hat er sich in der Folge mit der Monarchie ausgesöhnt, ohne daß bei dieser Wandlung persönliche Interessen mitgesprochen hätten. In seiner äußeren Erscheinung ist der neue Bürgermeister Giuseppe Vazzini so ähnlich, daß man darin die Befähigung jenes Gerüchtes sieht, das ihn als Sohn des großen Republikaners bezeichnet. — Wie dieser, soll Nathan mehr Idealist sein, als Mann der Tat. Rom braucht aber als Stadt-oberhaupt vor allem einen energischen Menschen mit klarer Vorstellung von den profanischen Bedürfnissen der Stadt.

Auch bei den neuen Stadträten sind Zweifel darüber gestattet, ob wohl überall der reale Mann an den rechten Platz gekommen ist. Von den 10 effektiven Stadträten sind 5 Liberale, 2 Radikale, 1 Republikaner und 2 Sozialisten. Das sind die Genossen Rossi-Doria und Montemartini. Rossi-Doria, der das Rahon der öffentlichen Hygiene erhält, ist Dozent der Geburtshilfe an der hiesigen Universität; Genosse Montemartini ist Direktor des Reichsarbeitsamts. Beide gehören der reformistischen Richtung der Partei an.

Die neue Stadtverwaltung hat eine färbere Aufgabe vor sich und muß mit administrativ ungelübten Kräften an diese Aufgabe herantreten. Die Antikleralen, die — dank der Hilfe der Regierung — die Stadtfinanzen in günstiger Lage zurückließen, warten nun in ihrem Sämowinkel ab, daß die Antiklerikalen an den Schwierigkeiten scheitern! Kommtlich das Wohnungsproblem, das sich unter kirchlicher Verwaltung zu seinem heutigen Ernst ausgewachsen

hat, wird in der hant zusammengewürfelten Verwaltung kaum die Elemente finden, um den eisernen Interessengang zu sprengen, der die Bevölkerung Roms in absolut unzulänglichen Verhältnissen zusammenpresst. Der gute Wille allein genügt hier nicht. Auch die für die Volksbildung unter den Antiklerikalen eingetretene sind, sehen mit Sorge der Zukunft entgegen, in der sie die Wechsel der Wahlversprechungen einlösen sollen.

Der Streik der Mieter in Neapel.

Der Gedanke, den kolossalen Mietpreisen durch Zahlungsverweigerung der Mieter Widerstand zu leisten, ist in Italien oft erwogen worden, aber immer hat man von einer praktischen Anwendung Abstand genommen, weil die Hausbesitzer durch Anrufung der Gerichte immer ihre Rechte durchsetzen können. Unter besonderen Umständen haben jetzt aber 2000 kleine Mieter in Neapel die Mietverweigerung durchgeführt: Alle Inhaber kleiner Wohnungen der „Societa del Risanamento“ haben am 1. November die Miete nicht bezahlt. Sie wurden sämtlich vor den Friedensrichter zitiert, zum angelegten Termin erschienen aber nur einer der Vorgesetzten. Nach Beginn der Verhandlung stellte sich ein zweiter der Vorgesetzten ein und erzielte — was ihm von Rechts wegen zusteht — die Aufhebung eines neuen Verhandlungstermins! In dieser Weise werden sich — nach Beginn jeder Verhandlung — einer nach dem andern der 2000 Vorgesetzten einstellen und jedesmal einen neuen Vorladetermin erlangen. Auf diese Art kann die Sache — bei 2000 Verhandlungen! — noch diverse Jährchen länger dauern als der Prozeß fast. Sollte inzwischen die Sanierungsgesellschaft an die Ermittlung der kleinen Mieter gehen, so steht in den Arbeitervierteln von Vicario, wo all die Wohnungen liegen, ein Volksaufstand bevor. Ein einzelner Hausbesitzer wird mit seinen nicht zahlenden Mietern schnell fertig — 2000 Familien zu ermitteln ist schon eine schwierigere Sache.

Die russische Revolution.

Die Studenten.

Kiew, 2. Dezember. Die Vorlesungen in der hiesigen Universität wurden heute bei ihrem Beginn durch Geschrei und Lärm von Studierenden gestört. Die Unruheführer wurden durch Polizei und Militär entfernt; das Betreten der Universität wurde untersagt.

Kiew, 3. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die hier einfermierten 458 Studenten haben den Hungerstreik proklamiert.

Warschau, 3. Dezember. Die hiesige Universität ist zeitweilig geschlossen worden.

Ein Polizeimeister als Mörder.

Aus S o d z wird der „Frankf. Zeitung“ geschrieben: Ein Fall rohester Beamtenwillkür ereignete sich vor einigen Tagen in dem benachbarten Fabrikstädtchen Pabianice. Der dortige Polizeimeister Alexander Jonin erhielt vor etwa zwei Wochen ein anonymes Schreiben, dessen Autor ihm mitteilte, daß der 23-jährige Arbeiter Karzys Griefel ihn mehrfach mit dem Tode bedroht habe. Dem Brief war eine Photographie Griefels beigelegt. Der Polizeimeister ließ sofort den Arbeiter Griefel verhaften. Er behielt ihn drei Tage im Polizeiarrest, dann aber, in der Nacht vom 19. zum 20. November, befahl er, Griefel hinter die Stadt zu führen, wo er „eigenhändig“ die Exekution an dem unglücklichen Arbeiter vollzog. Nach vollzogener Exekution wurde die Leiche des Erschossenen an der Mauer des katholischen Friedhofs beerdigt. Der Vorfall erregte ungeheures Aufsehen. Die Eltern des erschossenen Griefel erstatteten sofort Anzeige bei den Gouvernementsbehörden, auf deren Verfügung eine Untersuchung eingeleitet und die Exhumierung der Leiche angeordnet wurde. Die Untersuchung förderte grauenerregende Einzelheiten an den Tag; es erwies sich, daß Griefel vor der Hinrichtung Stundenlang gefoltert worden war. Daraufhin wurde Jonin (am 27. November) verhaftet. Zu erwähnen ist noch, daß Jonin, der längere Zeit hindurch Gehilfe des Gefängniswächters in Wiga war, durch seine Uebergriffe und Willkürakte Veranlassung zu einer Interpellation in der ersten Reichsduma gab!

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

In S e g a u (Sachsen) wurde bei der Stadtvorordnetenwahl zum ersten Male ein Sozialdemokrat gewählt.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen folgende:

„Sodom und Gomorra.“ Der Prozeß der Königsmacher. Preis 10 Pf. Die Broschüre enthält die Lehren, die aus dem Prozeß Rottke-Harden zu ziehen sind.

Landarbeiter und Sozialdemokratie. Von Luise Fiech. Nach dem Referat auf der Frauenkonferenz in Mannheim. Preis 20 Pf. In ihrer Broschüre schildert die Verfasserin die elende Lage der Kleinbauern, Tagelöhner und des Gefindes. Anknüpfend an die mittelalterliche Leibeigenschaft berichtet sie über Gefindeordnungen und kulturwidrige Dienstverträge in alter und neuer Zeit, über große Zahl der Anfälle in der Landwirtschaft, die schlechten Löhne und menschenunwürdigen Wohnungen der Landarbeiter.

Die Broschüre soll all den Genossinnen und Genossen, die sich der Aufklärung der Landarbeiter widmen, den Weg weisen und Material geben für ihre Aufgabe.

Die Reichstagswahlen des Jahres 1907 und die politische Lage. Rede Webels auf dem Offener Parteitag. Preis 20 Pf.

Der Parteitag in Essen hat beschlossen, die Rede Webels über diesen Punkt der Tagesordnung in besonderer Ausgabe zu drucken, um sie auch den Kreisen bekannt zu geben, denen das Protokoll des Parteitages nicht zugänglich ist. Webel erörterte in seiner Rede die Ursachen der „Reberlage“ unserer Partei; er besprach die Folgen und zeichnete in allgemeinen Umrissen die Lehren und Aufgaben, die der Arbeiterklasse daraus erwachsen sind.

Vom Fortschritt der Presse. Die Genossen des Wahlkreises S o d z veranstalteten im Laufe des letzten Monats eine Agitation für ihre Parteiorgan. Trotzdem noch nicht in allen Bezirken die Agitation vorgenommen ist, ist das Resultat schon ein sehr erfreuliches zu nennen. Es wurden bis jetzt 1500 Abonnenten gewonnen. Die Auflage des „Volksblattes“ ist im letzten Jahre um circa 5000 gestiegen und beträgt jetzt 13 000.

Die „Niedererrheinische Arbeiterzeitung“, unser Duisburger Parteiorgan, das bisher als Kopfblatt der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ erschien, wird jetzt als vollständig selbständiges Organ herausgegeben und in der Druckerei des neubegründeten Offener Parteibüros hergestellt.

Unsere Toten. In Chemnitz verschied nach langem, schweren Siechtum der Genosse Karl Otto Hähle. Schon unterm Ausnahmegebot ist er für die Arbeiterbewegung unermüdet tätig gewesen.

Das „Philadelphia Tageblatt“ feierte am 16. November sein 50-jähriges Jubiläum. Vor 50 Jahren gab es noch kein einziges tägliches Arbeiterorgan in Amerika. Das „Philadelphia Tageblatt“ entstand in direktem Anschluß an eine Arbeiterkrise, an den großen Eisenbahnstreik von 1877. In der damaligen Periode und dann wieder in der um das Jahr 1886 entstandenen täglichen deutsche Zeitungen in einer ganzen Reihe von Städten. In Wilmansloo zwei

oder drei, in Cincinnati, in Newark, in St. Louis je zwei, in Pittsburg, Cleveland, Detroit, San Francisco je eine — alle sind vom Schauspiel verschunden. Heute haben nur New York, Philadelphia und Chicago noch tägliche deutsche Arbeiterzeitungen.

Parlamentarisches.

Eintrittskarten zu den Reichstagsverhandlungen sind in der bekannten Weise durch das Bureau des Reichstags zu erlangen.

Parteilagenoffen, die von unserer fraktion Karten zu erhalten wünschen, werden ersucht, sich nicht an einzelne Abgeordnete zu wenden, sondern einen Brief mit eingeleiteter Postkarte (für die Rückantwort) an den Genossen Schwarz-Lübeck zu richten. (Adresse: Reichstag).

In der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung der Polenvorlage wurde heute von konservativer Seite vorgebracht: es sei eine Aenderung der Organisation der An siedelungskommission notwendig, und es wurde erklärt, die konservative Partei mache von einer solchen ihre Stellungnahme abhängig. Angeregt wurde von dieser Seite die Schaffung eines Gesezes, das verlangt, daß polnische Zeitungen neben der polnischen Sprache auch den Text in deutscher Sprache enthalten müßten! Es wurde angefragt, ob nicht ein Veräußerungsverbot die Enteignung unnötig mache. Das Veräußerungsverbot sei so gedacht, daß die An siedelungskommission einen Verlauf beanstanden dürfe, wenn er mit dem Geseze von 1886 in Widerspruch stehe. Der Minister meinte, durch ein solches Recht werde die Enteignung nicht überflüssig gemacht.

Die Kommission trat hierauf in die Diskussion der Verfassungssache ein. An der Debatte beteiligten sich die Vertreter sämtlicher Parteien und der Justizminister. Wie im Plenum, vertreten die Polen, das Zentrum und die freisinnigen Parteien den Standpunkt, daß die Bestimmungen über die Enteignung der Verfassung widerspreche, während von der Regierung und den übrigen Parteien der gegenteilige Standpunkt vertreten wurde.

In der Spezialberatung erklärte der Landwirtschaftsminister, daß eine andere Organisation der An siedelungskommission beabsichtigt sei. Aus den näheren Angaben ist von Bedeutung, daß dem Präsidenten der An siedelungskommission die Ermächtigung erteilt werden soll, Güterläufe allein vorzunehmen! — Seitens der Konservativen wurde gewünscht, daß die Organisation der An siedelungskommission gleichgültig festgelegt werde. Unter dieser Voraussetzung würde es den Konservativen leichter sein, die 800 Millionen für An siedelungszwecke zu bewilligen; freilich werde dadurch ihre Stellungnahme zur Enteignungssache nicht beeinflusst. Wünschenswert wäre es, einen Teil der 800 Millionen zum Ankauf von Domänen und Rentengütern nutzbar zu machen! Der Minister für Landwirtschaft erklärte, die 800 Millionen seien für die im Geseze angegebenen Zwecke notwendig; die 50 Millionen, die im Geseze für den Ankauf größerer Güter vorgesehen sind, seien ausreichend, zumal diese Güter in ihren ersten Hypotheken von der Landwirtschaft befreit werden sollen und es sich vorläufig auch nur um einen Versuch handele. Die Bewilligung der 800 Millionen wurde nach § 1 der Vorlage mit 18 gegen 10 Stimmen beschlossen. Ein Antrag v. Hendebrand auf Uebertragbarkeit eines Teiles der 800 Millionen zum Ankauf von großen Domänen und Rentengütern wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt, da mit Polen, Zentrum und Freisinnigen auch die Rationalisten dagegen stimmten.

Die weiteren Beratungen wurden auf Mittwoch vertagt. Man hofft morgen die erste Lesung zu beenden. Dann soll eine längere Pause eintreten, ehe die Kommission in die zweite Lesung der Vorlage eintritt, damit die Regierung zu den Beschlüssen der Kommission in erster Lesung Stellung nehmen kann. Der schriftliche Bericht des Kommissionsberichtsstatters soll in der Weihnachtspause fertiggestellt werden.

Die Tagung des Abgeordnetenhauses vor Weihnachten dürfte ein unerwartet rasches Ende nehmen. Man rechnet damit, daß die letzte Plenarsitzung bereits Mitte der nächsten Woche stattfindet. Der Grund für den frühen Beginn der Weihnachtsferien liegt in dem „Mangel an Arbeitsstoff“. — Der Etat, die Beamtenbefoldungs- und Lehrenbefoldungsvorlagen kommen erst nach Neujahr an das Haus. Der Wahlrechtsantrag der Freisinnigen wird auch erst nach Neujahr zur Verhandlung kommen. Andererseits dehnen sich die Beratungen der Kommission für die Polenvorlage so aus, daß an eine Fertigstellung des Berichtes und eine Beratung der Vorlage in zweiter Lesung vor Weihnachten nicht zu denken ist.

Die Kommission, an die der am Donnerstag zur Beratung kommende Quellschutzentwurf verwiesen werden wird, ist auch nicht gewillt, ihre Beratungen vor Weihnachten zu beginnen, da vorher noch die Kassations-Gemeinden, in denen sich Winterquellen befinden, gutachtlich über die Vorlage geäußert werden sollen. So bleibt außer den paar Anträgen und Interpellationen nur noch das Polizeikostengesetz zur Erledigung in erster Lesung übrig, und für den vorhandenen Arbeitsstoff genügen fünf bis sechs Sitzungstage.

Gewerkchaftliches.

Polizei, Magistrat und kommandierender General.

Die Arbeiter der, einer englischen Gesellschaft gehörenden Gasanstalt zu Hannover waren in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderung lautete auf Erhöhung des Lohnes im Betrage bis zu fünfzig Pfennig den Tag und außerdem auf Gewährung eines jährlich wiederkehrenden Urlaubs von 8 Tagen. Aus dem Umstande nun, daß die Arbeiter ihre Wünsche in die Form einer Forderung kleideten — welche Annäherung! — und sie zu einer Zeit erhoben, wo die Gasanstalt „am allermeisten auf die treue Pflichterfüllung unserer Arbeiter“ rechnete, schloß der Direktor der Gasanstalt, Herr V. Körting, daß die Arbeiter ihrer Forderung eventuell durch einen Streik Nachdruck verleihen würden. Er wandte sich deshalb mit einem gedruckten Schreiben an die Arbeiter, diese darauf hinweisend,

„daß ein Streik der Gasarbeiter die Wohlfahrt und Sicherheit der ganzen Stadt gefährdet und daß deshalb die Militärbehörden angewiesen sind, Schritte zu leisten, daß die Arbeit nicht unterbrochen wird. Sobald dergleichen zu befürchten ist, lege ich mich mit Polizei, Magistrat und dem kommandierenden General in Verbindung und sobald die Arbeiter die Anstalt verlassen, marschieren die nötige Anzahl Soldaten ein und tut die Arbeit solange bis Erlaß für die Abgehenden gefunden ist. Damit hat der Streik aufgehört, ein Mittel zu sein, mit dem man die Gasanstalt zwingen kann; er kostet nur beiden Parteien unvernünftig viel: der Gasanstalt Geld und Ihnen die gute gesicherte Stellung fürs Leben mit der Gewißheit, stets den höchsten Lohn, der in Hannover überhaupt gezahlt wird, zu erhalten und schließlich pensioniert zu werden.“

Alles das geben Sie auf, denn Sie können sich fest darauf verlassen, daß ich nie wieder mit jemand zusammenarbeite, der versucht hat, die Stadt Hannover ins Dunkel zu setzen.“

Schneidig, recht schneidig! Machen die Arbeiter ernst, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, dann marschieren die gesicherte Stellung fürs Leben, Polizei, Magistrat und der kommandierende General auf, der Vaterlandsverteidiger wird zum Arbeitswilligen degradiert, um den Arbeitern etwaige Streikgehalte auszutreiben. Die Gasanstalt läßt sich nun einmal nicht „zwingen“, mehr für ihre Arbeiter zu tun, als sie für gut befindet. Wehe den Arbeitern, die Zwang ausüben, die Stadt Hannover ins Dunkel setzen wollen! Ein solches Kapitalverbrechen an der Wohlfahrt und Sicherheit der ganzen Stadt und dem Geldbeutel der Aktionäre wird mit aller Schärfe gerochen werden.

Wie wir hören, sind nach erfolgter Rücksprache mit der Direktion in England die Forderungen der Arbeiter abgelehnt worden, und die Arbeiter haben, allerdings ausschließlich unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes, vorläufig von weiteren Schritten Abstand genommen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Dreher! Der Automobilbau der A. E. G. Ober-Schöneweide ist gelperrt. Der Streik dauert unverändert fort. Es ist dringend notwendig, die Sperre zu beachten. Kein Dreher darf dort in Arbeit treten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Genosse Hermann Pattilj sendet uns folgende Zuschrift: Der im „Vorwärts“ enthaltene Bericht über „die Einheitsorganisation der Zimmerer“ läßt mich am Schluß die kurze Mitteilung machen, daß auch von der Vereinigung der Fliesenleger die „Z u s a m m e n g e z u r E i n i g u n g“ zu erwarten sei. Die unterrichtlichen Worte lassen sehr leicht den Schluß zu, daß der Vorstand unserer Organisation bisher schon Einigungsverhandlungen gepflogen habe. Um solcher falschen Auslegung zu begegnen, ersuche ich Sie höflich um Aufnahme folgender kurzen Zeilen:

Ich sagte auf der Zimmererkonferenz: „Meine Organisation hat in der Einigungsfrage noch keine Schritte tun können, weil unsere Berliner Lohnbewegung sie daran hindert. Sobald jedoch diese Bewegung beendet ist, werden auch wir zu der Frage Stellung nehmen, und ist zu erwarten, daß unsere Mitglieder in Anbetracht der gegenwärtigen Situation zu Einigungsverhandlungen ihre Zustimmung geben werden.“

Nicht identisch. Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Nummer des „Vorwärts“ vom 26. November teilten Sie mit, daß der Schöneberger Kellnerverein (in Firma: Kellnerverein von Schöneberg und Umgegend) Streifbedienstete im Café Braun Koch, Ecke Potsdamer- und Poststraße, geleistet hätte. Der unterzeichnete Verein bittet die Redaktion höflich, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir mit dem genannten Verein nicht identisch sind. Verein der Kellner und Tafelbeder. Schöneberg-Berlin W., Apostel Paulusstr. 7.

Deutsches Reich.

Bewegung der Buchhandlungsgehilfen.

Die erste größere Lohnbewegung deutscher Handlungsgehilfen ist jetzt in Leipzig eingeleitet worden. Obwohl große Handlungsgehilfenverbände existieren, hat man doch noch keinen Kampf gewagt, da diese Verbände fast alle dem Klassenkampf der Arbeiter fernstehen. Erst als im Jahre 1905 die Buchhandlungsmarktbefreiung durch entschiedenes Vorgehen sich bessere Arbeitsbedingungen erzwangen, wurden sich die Gehilfen, angeregt vom Zentralverband der Handlungsgehilfen, über ihre Lage klar. Man wählte Kommissionen, die mit den Prinzipalitäten verhandeln sollten. Saurische Querschnitte einzelner Verbände hintertrieben den Erfolg der Verhandlungen, und als es der antifeministische Verband gar fertig gebracht hatte, daß der Vertreter des Zentralverbandes aus der letzten Kommission ausgestoßen wurde, war dieser das Rückgrat gebrochen und die Bewegung verlief im Sande. Nun setzte der Zentralverband mit reger Werbearbeit ein und hat jetzt in seinen Reihen die meisten organisierten Buchhandlungsgehilfen.

Unter seiner Führung ist die Bewegung nun wieder in Fluß gekommen. Am 12. November fand die erste Versammlung über die Lage der Buchhandlungsgehilfen statt. Eine zweite Versammlung am 28. November artete, provoziert durch die deutshationalen Kadaverhelden, in eine wilde Schimpferei aus, während eine weitere Versammlung am 29., an der diese Herren nicht teilnahmen, umso wirbiger verlief. Einstimmig wurden folgende Forderungen aufgestellt: 110 M. Mindestgehalt nach beendeter Lehrzeit, mit dem Alter von 25 Jahren 150 M. und allgemeine Gehaltszulage von 15 Proz. Zuschüssen soll mindestens daselbe aufweisen. Bei Krankheit darf die Krankenunterstützung nicht vom Gehalt abgezogen werden. Neunständige Arbeitszeit incl. je einhalbstündige Vesper- und Frühstückspause; zweistündige Mittagspause. Regelung der Ferien. Volle Anerkennung des Koalitionsrechtes und des Kaufmannsgerichtes als Einigungsamt durch die Unternehmer.

Diese Forderungen sollen von einer Kommission aus dem Zentralverband und der Allgemeinen Vereinigung der Buchhandlungsgehilfen dem Buchhändlerverein unterbreitet werden. Als Kampfmittel droht man mit dem passiven Widerstande, der bei der Betriebsweise in den Großbuchhandlungen eine schneidige Waffe bildet. Halten die Gehilfen aus, dann ist ihnen der Erfolg sicher.

Der Streik der Hamburg-Altonaer Fischdampfer-Maschinisten dauert unverändert weiter. Auf größeren Fischdampfern wollen die Reedereien den verlangten zweiten Preiz zugestehen, dafür aber die Feuer des zweiten Maschinisten um 25 M. kürzen. Nach 6 Monaten Dienstzeit soll erst wieder Zulage erfolgen. Für 115 M. wollten die zweiten Maschinisten abschließen, die Reedereien dagegen wollten nur 100 M. Anfangslohn gewähren. Die ersten Maschinisten, deren Forderungen anerkannt wurden, streiken ebenfalls weiter, bis die Einigung mit den zweiten Maschinisten erzielt ist. Sechs Wochen währt nun der Kampf, ohne daß es den Reedern gelang, brauchbare Kräfte zu erhalten. Um die gefällig vorgezeichnete Bemannung des Maschinenpersonals der Fischdampfer klümmern sich die Reederei überhaupt nicht. Alles, was aufzutreiben ist, wird als „Maschinist“ auf die Dampfbrücke gebracht. Dabei ist es auch erklärlich, daß eine ganze Anzahl Dampfer mit schweren Maschinenschaden zurückkamen. Landhaie und Seelenverkäufer arbeiten unter Decadenz und streuen allerorts die Gerüchte aus, der Streik sei beendet. Die Streikleitung ersucht, Zuzug von Maschinisten und Heizern nach Hamburg-Altona solange fernzuhalten, bis dieselbe in allen Parteiblättern die Beendigung des Kampfes bekannt gibt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Mord aus Rache.

Frankfurt a. M., 3. Dezember. (B. D.) Der 52-jährige Schwelmehändler Philipp Reinhard Kroner erschuf auf dem Bahnhof zu Wibel den 51-jährigen Viehhändler Johann Kroner und beging dann Selbstmord. Ersterer war heute morgen auf Grund einer Anzeige des Johann Kroner vom Giechener Schöffengericht wegen Uebertretung des Viehschutengesetzes zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Aus Rache hierüber beging Philipp Kroner bei der Rückfahrt auf dem Bahnhofe Wibel die Mordtat.

Die Uebernahme des Kongostaates.

Brüssel, 3. Dezember. (B. L. B.) Die Kammer beschloß nach längerer, mehrfach erweiterter Debatte mit 50 gegen 33 Stimmen, die Vorlage betreffend die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien an die Kolonialkommission zu verweisen.

Der durchgebrannte Lenkbar.

London, 3. Dezember. (B. L. B.) Nach einem Telegramm aus Moskau ist das Luftschiff „Patrie“ heute nachmittag über dieser Stadt gesehen worden.

Der Krieg im Zukunftslande.

Pietermaritzburg, 3. Dezember. (Reidung des „Neuterischen Bureau“.) Im Zukunftslande ist der Kriegszustand erklärt worden. Die Lage nimmt wegen der Haltung der Eingeborenen von Natal einen noch ernstern Charakter an.

Reichstag.

64. Sitzung: Dienstag, den 3. Dezember 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Hr. v. Siengel, v. Schoen, B. Bethmann-Hollweg, Kraetke, Bernburg. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung der am 10. Juni 1907 in Cetinje unterzeichneten Handels- und Schiffahrtübereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und Montenegro.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen:

Besondere Umstände, welche in diesem Augenblick zum Abschluss dieser Handelsübereinkunft geführt haben, liegen nicht vor. Mangels sicherer Angabe sind wir auch nicht in der Lage, Ihnen ziffernmäßige Angaben darüber zu machen, wie weit der jetzige vertragslose Zustand dem deutschen Handel zum Nachteil gereicht. Der Vertrag ist abgeschlossen im Hinblick auf die Erhebung des Wirtschaftens in Montenegro, um bei etwaigen späteren Handelsverträgen, welche Montenegro mit anderen Staaten abschließt, für den deutschen Handel die Weisbegünstigung festzusetzen.

Abg. Storz (Südd. Vp.) wünscht auch statistische Nachweise über unseren Handel mit Montenegro.

Abg. Dr. Ostel (natl.) verbreitet sich ausführlich über die geographischen und Rechtsverhältnisse in Montenegro.

Abg. Rosenblum (Soz.):

Die eben gehörte eingehende Darstellung über das Fürstentum Montenegro war ja sehr interessant. Eine genauere statistische Nachweisung über unseren Handel mit Montenegro, wie Herr Storz verlangte, ist mangels der Unterlagen nicht wohl zu geben. Aufmerksamkeit machen will ich darauf, daß falls wir mit Ländern Handel treiben, die nicht als weisbegünstigte behandelt werden, die Waren aus allen anderen Ländern bei der Einfuhr mit Ursprungszeugnissen versehen sein müßten, um sie als solche zu kennzeichnen, die aus weisbegünstigten Ländern kommen.

Schließlich muß ich sehr entschieden Verwahrung einlegen gegen den Ausdruck „Untertanen“ im Artikel 1 des Vertrages. Es heißt dort: „Die Untertanen und die Vöden- und Gewerbezugehörigen der beiden Länder sollen usw.“ Für Montenegro mag der Begriff „Untertanen“ zutreffen, in Deutschland kennen wir diesen staatsrechtlichen Begriff seit dem Jahre 1848 nicht mehr, und wir müssen uns sehr entschieden dagegen verwahren, daß er etwa von neuem in die Gesetzgebung eingeführt wird. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Debatte. Da die Ueberweisung an eine Kommission nicht beantragt ist, wird in die zweite Beratung eingetreten. Debattieren werden die einzelnen Paragraphen und dann das ganze Abkommen angenommen.

Eine Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1876 erlassenen Anleihegesetze wird zur Kenntnis genommen.

Es folgt die erste Beratung der Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1906.

Abg. Koste (Soz.):

Es sind bei einer außerordentlich großen Zahl von Ausgabenposten Ueberschreitungen vorgekommen, und es verlohnt sich wohl, einige derselben näher zu betrachten. Wir finden da eine auffällig große Menge von Konsulaten, die ihre Personal niemals vollständig zusammen haben. Man muß daraus den Schluß ziehen, daß die Zahl der Beamten größer ist, als notwendig. Besonders auffällig erscheint mir, daß mehrere Konsulate längere Zeit hindurch überhaupt keine Beamten hatten, also gar nicht besetzt waren. In der Presse werden öfters Klagen laut, daß die Interessen der Deutschen im Auslande durch die Konsulate nicht genügend wahrgenommen werden. Das ist wohl hierauf zurückzuführen. In dem Etat des Auswärtigen Amtes ist an einer anderen Stelle zweifellos eine Etatsüberschreitung vorgekommen. Es finden sich Umzugskosten aus zwei verschiedenen Etatsstellen gedeckt, sowohl in Kapitel 5 als in Kapitel 6. Die Verrechnung der Umzugskosten auf beide Etatsstellen erscheint mir als eine Verschleierung, durch die der Ansicht erwehrt wird, als ob die Ueberschreitung nur 148 000 Mark betrage, während sie in Wahrheit 231 000 Mk., also nahezu eine Viertelmillion beträgt. Wenn aber diese Kosten nahezu eine Viertelmillion mehr betragen als veranschlagt war, so muß man doch fragen, ob die vielen Versetzungen, die wir in den amtlichen Berichten finden, wirklich notwendig sind. Man findet so häufig Versetzungen, daß man den Eindruck gewinnt, die Leute können auf ihrem Posten überhaupt nicht recht warm werden. Diese Summen sind dann also geradezu zum Fenster hinausgeworfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehr bemerkenswert erscheint mir ferner die Etatsüberschreitung von 1 604 000 Mk. bei den Unteroffiziersprämien; wenn statt 3/4 Millionen, wie veranschlagt war, mehr als 5 Millionen ausgegeben werden, so zeigt dies, daß man bei der Aufstellung des Etats von solchen Grundfragen ausgegangen oder sehr leichtfertig verfahren ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Von den ganz geringen Kosten, die Winderausgaben aufweisen, ist zu nennen die Entschädigung an Bauern, denen im Randow die Felder zertrampelt sind. Dazu kommt, daß man sie noch sehr lange hat warten lassen, bis die Wandoerschäden festgestellt sind. Durch die Zollpolitik zugunsten der Agrarier haben sich die Ausgaben für die Ernährung des Heeres um 7 Millionen erhöht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine besondere Liebesgabe für die Agrarier bedeuten die höheren Preise für Remontepferde, die 1906 bezahlt worden sind. (Lachen rechts.) Wenn die Militärverwaltung diese Preise wirklich für unumgänglich notwendig hielt, so hätte sie sie sich im Etat bewilligen lassen müssen. Das ist aber nicht geschehen. Es handelt sich also offenbar um eine Liebesgabe. Auffällig ist auch, daß, obgleich wir im tiefsten Frieden leben, von der Militärverwaltung 100 000 Mk. mehr für Artillerie ausgegeben sind. Man weiß auf neue Erfindungen hin, aber so überausend können die doch nicht kommen sein. Das Stadtbewilligungsrecht des Reichstags wird zur Parze, wenn die bewilligten Ausgaben um viele Millionen überschritten werden, wie das z. B. bei der Militärverwaltung der Fall ist. Bei der Marine sind die Ueberschreitungen nicht ganz so groß. Wie berechtigt die Klagen sozialdemokratischer Redner im Jahre 1906 darüber waren, daß die Bezahlung der Arbeiter auf Werften ungenügend ist, hat hinterher die Marineverwaltung ohne weiteres anerkannt, indem sie eine halbe Million Mark mehr an Löhnen ausgezahlt hat, als im Etat bewilligt waren. Dagegen, daß höhere Löhne gezahlt werden, haben wir gewiß nichts einzumenden, wir müssen aber dagegen protestieren, daß die Marineverwaltung bei der Etatberatung dann solche Erhöhungen für überflüssig erklärt. Die Marineverwaltung will offenbar den Angehörigen klar machen, daß sie allein von ihrem Wohlwollen abhängig seien. (Sehr gut! bei den Soz.) Besonders große Etatsüberschreitungen weist der Postetat auf, die bei einzelnen Titeln bis 5 Millionen gehen. Gewiß werden sich nicht alle Ausgaben genau in ihrer Höhe voraussagen lassen, aber es sollte doch mit mehr Gründlichkeit der Versuch gemacht werden, mit genaueren Voranschlägen vor den Reichstag hinzutreten. Insbesondere betragen die Etatsüberschreitungen 34 Millionen Mark. Wenn auch dieser Aufstellung die Bemerkung hinzugefügt wird, es handle sich dabei nur um Ueberschreitungen bis zu 1 Proz. der gesamten Ausgaben, so sind doch die Ueberschreitungen im Verhältnis zu den Etatsstellen, bei denen sie vorgekommen sind, sehr erheblich. Wenn der Reichstag es sich nicht gefallen lassen will, daß sein Budgetrecht illusorisch gemacht wird, so muß er verlangen, daß mehr als bisher die ihm gemachten Aufstellungen geprüft werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Nach Erledigung einiger weiterer Rechnungssachen wird die 28te Lesung des Etats fortgesetzt.

Abg. Kreth (kons.) spricht von einer 4000 Milliarden-Schuld und protestiert gegen die Einmischung des Reiches in die Finanzen der Einzelstaaten und gegen direkte Reichsteuern. Wenn die Sozialdemokratie so sehr für direkte Steuern schwärmt, warum hat sie sich denn so über den Voprogentigen Einkommensteuerschlag in Sachsen aufgeregt und denselben parteipolitisch ausgeschlachtet? Bedauerlich ist, daß Herr Bassermann sich für direkte Reichsteuern ausgesprochen hat.

Wir sind überzeugte Anhänger der Blockpolitik, müssen aber bitten, daß man uns unsere Stellung im Block nicht durch Zumutungen, die wider unsere Prinzipien verstoßen, unnötig erschweren. Von dem liberalen Zug, der durch das Land gehen soll, habe ich nicht viel bemerkt, obwohl ich mich viel in freier Luft aufhalte und für Zugluft sehr empfindlich bin. (Lul-Kufe.) Sehr gefreut haben wir uns über die verständigen Ausführungen des Abgeordneten Wiemer, während Herr Gothein von der freisinnigen Vereinigung und andere seiner Parteigenossen fortwährend an der Zertrümmerung des Blocks arbeiten. Diese Herren wiederholen immer, daß Preußen mit seinem Wahlrecht keine moralischen Überoberungen in Süddeutschland machen könne. Preußen ist ja aber auch gar nicht erobertungsfüchtig. (Heiterkeit.) Man lese noch, was der helle Sachse Treitschke (Heiterkeit.) über die Vorzüge Preußens gesagt hat.

Schätz bedauerlich waren die Ausführungen des Abg. Bassermann über den Fall Gädle. (Unruhe bei den Nationalliberalen. Widerspruch des Abg. Bassermann.) Ist etwa eine Freiheitskrasse genügende Sühne für die Annahme eines Titels? (Lachen links.) Der Brief des Herrn Gädle an den Kriegsminister ist übrigens sehr merkwürdig für ein Mitglied der Redaktion des duellfeindlichen „Berliner Tageblattes“. Außer dem Fall Gädle hat Herr Bassermann auch den Fall Liebknecht behandelt. Wahrscheinlich wollte er den Fall dem Abg. Heine vorwegnehmen. Es hat aber nichts geholfen. Bebel hat den Fall breit behandelt, Stadthagen wird ihn sicher noch behandeln, und Heine wird ihn sicher in die Mitte seiner fälligen Rede zum Justizetat stellen. Liebknecht hat mit Bewußtsein die Absicht verfolgt, den deutschen Soldaten den Dienst zu vereiteln. Ich sehe nicht ein, warum sich Herr Bassermann darüber entrüstet, daß der Reichsanwalt dies als ehrlose Gesinnung bezeichnet. Reiner Ueberzeugung nach ist die Tat eines verkommenen Subjekts, das vielleicht aus Not irgendein Verbrechen begeht, weniger schlimm oder wenigstens nicht schlimmer als die Agitation eines Kommes, der vielleicht aus der Sucht, in der sozialdemokratischen Partei eine Rolle zu spielen, die Burgen der deutschen Wehrkraft zu untergraben trachtet. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Zustimmung rechts.) Ich hoffe, die Wählerkraft der nationalliberalen Partei denkt anders über die Frage als Herr Bassermann. (Sehr richtig! rechts.)

Die Abgg. Heine und Südekum haben den Wunsch ausgesprochen, daß der Ton der sozialdemokratischen Presse ein besserer werden möge. Vorläufig scheint der Geist des seligen Krügge noch nicht in der Sozialdemokratie zu herrschen.

Ich will Ihnen einige Beispiele für den Sauerbrotton in der sozialdemokratischen Presse

zeigen. Beim Tode des Abg. Karbassoff schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ von einem grauen Sander. (Lebhaftes Psul rechts.) Einmal schrieb der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Herr Wehring, freilich anders, nämlich im Jahre 1880 in der „Gartenlaube“. (Heiterkeit rechts.) Die „Königsberger Volkszeitung“ hat von dem Memeler Nationaldenkmal als einer Schandsäule gesprochen. (Lebhaftes Psul rechts.) Wir verlangen energisch eine besondere Gesehvorlage gegen derartige hühnerhafte, der deutschen Kultur unwürdige Ausschreitungen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Herr David hat gestern über alles Mögliche und noch etwas mehr gesprochen. Seine ganze Rede war getragen vom Haß gegen Preußen. Aber sein eigener Parteigenosse Raurenbrecher hat auf dem preußischen Parteitag gesagt, die Sozialdemokratie wisse nichts von Preußen, und darin hat er recht; preußisches Wesen und preußischer Geist ist der Sozialdemokratie fremd, und Preußen ist auch der feste Fels gegen die sozialdemokratische Flut.

Ich wende mich gegen die Beeinflussungen der Krankenkassen seitens der Sozialdemokraten, wie sie in Rudenwalde und Charlottenburg vorgekommen sind. Das Volk nennt Herr David nicht einen König, sondern einen Lastträger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich behaupte, es gibt keinen Staat in der ganzen Kulturwelt, der so viel für die Arbeiter leistet wie Preußen und sie so wenig für die Steuern in Anspruch nimmt. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Weiter sprach Herr David von der Verkümmern des Koalitionsrechts der Eisenbahnbeamten. Wir ist es neu, daß die Beamten ein Koalitionsrecht haben. Wohin sollte es auch führen, wenn etwa die Staatssekretäre streikten; dann hätten die Sozialdemokraten ja niemand, den sie angreifen könnten. (Heiterkeit rechts.) Rein, ein Koalitionsrecht der Beamten existiert nur in der Phantasie des Herrn David, in Preußen herrscht Ordnung. Und dann die friedliche Stimmung der Sozialdemokratie! Ueberall heißt es: Friedliche Entwicklung! Die Waffen nieder! Sogar jüdisch-russische Kibitzeln haben Sie veranlaßt, die Waffen niederzuliegen. (Heiterkeit.) Aber die Parabeln- und Dumdumgeschosse (Zuruf bei den Sozialdemokraten: dum! dum! dum! Heiterkeit) sind in den Händen der Polizei doch wohl besser aufgehoben als in der geheimen Niederlage der Sozialdemokraten.

Herr Bebel hat darauf hingewiesen, daß viele Hunderte von Arbeiterfamilien kein Mittagbrot kochen. Die meisten von diesen Familien nehmen jedenfalls ihre Hauptmahlzeit am Abend ein. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Sozialdemokratie einmal daran denken wollte, die Partei- und Gewerkschaftsbeiträge herabzusetzen. (Sehr gut! rechts, lebhafter Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Davon zahlen die Gewerkschaften Unterstützung. Diese Unterstützungen kennen wir auch, sie sind sehr minimal. (Andauernde Unruhe bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Und das ist ein Dezerent für Sozialpolitik!) Warum gehen die Arbeiter nicht aufs Land; dort haben sie neben dem Lohn ihr Deputat, ihre Wohnung (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die sind auch danach!) ihr eigenes Schwein, (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und die Peitsche!) kommen Sie uns doch nicht mit diesen alten Wärschen! Ein Gutsherr, der heutzutage so dumm ist und sich so wenig auf seinen eigenen Vorteil versteht, der verdient selbst die Peitsche. (Bravo! rechts.) Diese einzelnen Fälle von Dummheit und Brutalität geben wir Ihnen glatt preis, diese Leute liefern Ihnen nur Wasser auf Ihre Agitationsmühlen und schädigen den anständigen Landwirtestand.

Davon, daß sich die Agrarier durch die neue Zollpolitik die Taschen füllen, habe ich noch nicht gewußt. Die Not der Caprivischen Handelsverträge wird noch jahrelang auf der deutschen Landwirtschaft lauten. (Gelächter links.) Sie brauchen nur einen Blick auf die Verkaufungsstatistik zu werfen. Ich begrüße es mit Freuden, daß Herr Ohlyling den Kaufstand des ländlichen Arbeitermangels anerkannt hat und hoffe nur, daß er auch bereit ist, die geeigneten Maßnahmen zur Abhilfe mit uns zu ergreifen. Die Bauern leiden am meisten unter der Unruhe.

Herr Bebel sagte neulich: Die Dummen sind stets in der Mehrheit. Das akzeptieren wir gern, hat doch Herr Bebel selbst behauptet, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen erhalten hat. (Große Heiterkeit rechts.) Weiter meinte Herr Bebel, wenn die Wahlen später gekommen wären, wäre das Resultat ein ganz anderes gewesen. Bessere Argumente als diese beiden konnte er den Feinden einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht liefern. (Sehr gut! rechts.) Daßen bei den Sozialdemokraten. Wir glauben nicht, daß es von

so zufälligen Ereignissen wie einer Teuerung abhängt, wie das ganze Volk stimmt.

Wir danken dem Kriegsminister, daß er unsaubere Elemente aus dem Heere ausschneiden will, um deutscheucht und Ehre zu wahren. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Die eben gehörte Rede war alles andere, nur nicht eine großzügige Staatsrede. (Sehr richtig links.) Vom Etat war fast gar nicht die Rede. Herr Kreth zeigte sich im wesentlichen als Detailreisender in politischen Dingen. — Herr Kreth hat sich entrüstet über Herrn Bassermann, weil er den Fall Gädle zur Sprache gebracht hat. Er hat nicht einmal verstanden, was Herr Bassermann getadelt hat: Vor drei Gerichtshöfen war Herr Gädle freigesprochen; daß er trotzdem weiter verfolgt wurde, ist kleinlich, daß Gefängnisstrafe beantragt wurde, ist unerhört und empörend. (Lebhafter Beifall links.) Weiter tadelte der Abg. Kreth den Abg. Bassermann wegen seiner Verurteilungen zum Prozeß Liebknecht und sagte, das Urteil des Reichsgerichts sei zu milde, es hätte auf Zuchthaus gegen Liebknecht erkennen müssen. (Psul bei den Sozialdemokraten.) Er hat das Urteil ja nicht gerade als einen Schandfleck der Justiz bezeichnet, aber seinen Unmut darüber deutlich zum Ausdruck gebracht. Nun, aus dem Parliamentsalmanach habe ich erfahren, daß Herr Kreth Jura studiert hat in Königsberg, Göttingen und Berlin, freilich steht in Nannern dabei: als Korpsstudent! (Große Heiterkeit links.) Das erklärt, wieso Herr Kreth zu dieser falschen Beurteilung der Rechtsprechung des Reichsgerichts kommen konnte. Weiter sagte Herr Kreth, es existiert kein Streikrecht der Beamten. Der als Korpsstudent Rechtswissenschaft studiert habende Herr Kreth hat auch hier die Begriffe verwechselt. Koalitions- und Streikrecht haben die Beamten nicht, aber es ihnen verboten worden, in einen bestimmten Verein einzutreten und ein bestimmtes Blatt zu lesen! Das ist ein unzulässiger Eingriff in die politische Freiheit der Beamten. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Ich wende mich von Herrn Kreth zum Etat: Das Deutsche Reich gleicht einem Kaufmann mit gutgehendem Geschäft, der aber einen ungeheuren Luxus treibt. Statt des Luxus der Agrarpolitik brauchen wir eine vernünftige Wirtschaftspolitik; England konnte mit der Tilgung seiner Schulden beginnen, nachdem es zur Freihandelspolitik übergegangen war. Wir sind zu einer Reform der Branntweinsteuer bereit, allerdings nicht zum Branntweinmonopol; wir sind bereit, den Konsumtabaken so weit entgegenzukommen, daß die Liebesgabe ratenweise abgeschafft wird. Auch die Erbschaftsteuer kann sehr erheblich ausgebaut werden. Vor allem aber muß eine direkte Reichseinkommensteuer eingeführt werden.

Eine andere Frage ist die der Ersparungen. Was Herr David anführt von den goldenen Rihen und Rinkelröhren, sind nur Kleinigkeiten. Besser wäre es schon, wenn es nach der Anregung des Abg. Fürst Haffelst gelangte, die Zahl der Beamten einzuschränken. Bisher haben leider stets die Verfügungen, man sollte mehr dezentralisieren und das Schreibwerk einschränken, zu einer Vermehrung des Schreibwerks und zu stärkerer Zentralisierung geführt. Keine Partei hat nie mit der Bewilligung zur Erhaltung unserer Wehrfähigkeit gekaufert. Um so mehr müssen wir prüfen, ob angesichts der politischen Lage jetzt die ungeheuren Ausgaben für Heer und Flotte notwendig sind. Rußland und Frankreich sind nicht in der Lage, Krieg gegen uns zu führen; wünschenswert wäre es, daß in einer Friedenskonferenz der Staaten die Maximalstärke der Heere festgesetzt würde. Ein Heer, das größer ist als notwendig, ardet zur Soldatenpieterei aus, und dazu sind wir nicht reich genug. Ja, die politische Lage ist sogar derartig, daß wir als stärkste und unangreifbare Militärmacht einseitig an die Herabsetzung unserer Militäraufgaben denken können.

Herrn kommt auf den Vorstoß der Polen im österreichischen Parlament gegen die deutsche Polenpolitik zu sprechen. Ein derartiger Eingriff in unsere inneren Angelegenheiten, wie er in dem Verhalten des Präsidenten des österreichischen Reichsrats liegt, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Freilich beweisen diese Vorgänge in Oesterreich auch, wie verbittert die Stimmung in Oesterreich gegen uns ist. Um so weniger klug war es von dem Herrn Reichskanzler, in diesem Moment unsere einzigen Freunde in Oesterreich mit dem Worte von den „Herbstzeitlosen“ vor den Kopf zu stoßen. (Sehr gut! links.)

Der Block wird viel weniger gefährdet von dem Zentrum und der Sozialdemokratie als von der Rechten und der Regierung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie soll ein Zusammenarbeiten mit uns möglich sein, wenn die Regierung von vornherein erklärt, auf direkte Steuern gehe sie nicht ein? Man belastet den Block mit dem kolossalen Schwergewicht der Polenpolitik. Wie können wir mit unserem ehrlichen Namen als alle Liberalen eine solche Politik beden? Auch der § 7 der Vereinsvorlage ist für uns unannehmbar. Wir wollen kein zweites Irland in unserem Vaterlande. (Bravo! links.)

Die letzte Rede des Herrn Reichskanzlers war stellenweise etwas dunkel, er ist ein Meister des Stills, namentlich in dem was er verdammt. (Heiterkeit links.) Er überschätzt unsere Weisheit. Ludwig Ulband, dessen Schatten der Herr Reichskanzler neulich heraufbeschwor, würde auf den Block sein Wort anwenden: „Sein Wappen ist die Schnede, Schidhalter ist der Krebs“. (Sehr gut! links.) Auf

die Frage des Wahlrechts für Preußen ist der Herr Reichskanzler mit keinem Worte eingegangen. Da erinnere ich an das andere Wort, das der lichtvolle und warmherzige Freireisepolitiker Ulband den Regierenden zurief: „Es ist an Euch, nicht zu verströfen, zu Leisten heißt, was Ihr gelobt!“ Ist das preußische Volk für das, was es in den Freiheitskriegen geleistet hat, etwa belohnt durch dieses Wahlrecht, das einer kleinen Clique die Macht in die Hand gibt? Wenn wir das Ganze nicht mit einmal erreichen können, so nehmen wir es schrittweise, aber wir verlangen, daß der Anfang gemacht wird: Mehr Ulband, das tut dem deutschen Volke not! (Bravo! links.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Wenn die Herren Kreth und Gothein an der Blockpolitik mitarbeiten wollen, so sollen sie die scharfen Worte denen überlassen, denen der Block ein Dorn im Auge ist. Folgen wir der Mahnung des Reichskanzlers, das Trennende hintanzustellen und positive Arbeit zu leisten. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

In der Presse und auch von Herrn Bebel hier ist ausgeführt worden, ich hätte den Wärschen den Rat gegeben, 10 Proz. weniger Mehl zum Weisbrot zu nehmen. Ich habe gesagt: Wenn die 3000 Berliner Bäcker nur 10 Proz. weniger Teig verbrauchen, so ergibt das einen Betrag von 16 000 Tonnen Weizen, die monatlich weniger in Berlin verbrannt werden, ohne daß man gerade beim Weizenbrot sagen kann, daß deshalb weniger gegessen wird. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es wird wohl ein geringer Rückgang des Konsums eintreten, aber der Winderverbrauch dieser 16 000 Tonnen wird wieder auf die Preise drücken. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zuruf: Das ist doch ganz dasselbe!) Rein, dann haben Sie kein Verständnis dafür. (Große Heiterkeit.) Das ist ganz etwas anderes, als wenn ich sage: macht doch die Semmeln etwas kleiner, es wird's niemand merken.

Der preußische Finanzminister hat bezüglich unseres Vorschlages direkter Reichsteuern gesagt, wir seien Schrittmacher der Sozialdemokratie. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Hul! Hul! Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß wir durch unser politisches Verhalten diesen Vorwurf verdient haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Heiterkeit.)

Der Etat weist ein Defizit von über 100 Millionen Mark auf, daher brauchen wir eine großzügige Finanzpolitik, einen verständigen Finanzplan. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Eine Wehrsteuer ist durchaus gerecht und populär. Eine Vermögenssteuer ist ebenfalls durchführbar. Wir haben seit Jahren erklärt,

Doch wir die Steuern auf die leistungsfähigen Schultern legen wollen. Sollen wir da nicht weiter machen als wieder in direkte Steuern? Nicht wir sind die Schrittmacher der Sozialdemokratie, sondern diejenigen, welche keine direkten Steuern im Reich, alles auf die indirekten Steuern (Schrittartig bei den Nationalliberalen.)

Wenn eine Reichsvermögensteuer von 1/2 Proz. eingeführt wird, so macht das bei einem Vermögen von 1 Million Mark 500 M., die der Millionär für die Flotte bestrahlt. Kann man da von einer ungeheuren Last sprechen? (Sehr wahr! links.) Auch könnte man, wenn es nötig wäre, bei größeren Vermögen mehr erheben, ohne daß man von einer unerträglichen Belastung sprechen könnte. Jedenfalls ist die Vermögenssteuer dem Ausbau der Erbschaftsteuer vorzuziehen.

Zum Schluß

nach ein Wort über den Prozeß Witte-Garden:

Mein Freund Wassermann hat über das ungeschickte Verfahren der Wiederaufnahme des Prozeßes durch den Staatsanwalt gesprochen. Gerade das ist es, wodurch das Volk weit stärker erregt wird, als die Herren von der Regierung sich denken. Mein Freund Wassermann hat das einstimmige Empfinden der Partei zum Ausdruck gebracht. Weiter hat er gesagt, warum die Grafen Lynar und Hohenau mit Pension entlassen worden sind. Auch darauf ist keine Antwort erteilt worden. Der Herr Kriegsminister sprach mit großer, seinem vornehmen Wesen alle Ehre machender Erregung von den Tugenden des Zivilrechts, welche die Soldaten befruchten, und er sprach den Wunsch aus, daß mit eisernen Fesseln ausgeharrt werde. Er schloß mit den Worten: „Wenn in der Armee sich solche Leute finden, müssen sie heraus!“ Dann aber kamen nur Entschuldigungen für die beiden Offiziere: es sei noch nichts erwiesen, der einzige Zeuge sei der Zeuge Vollhard, gewiß kein kaiserlicher Zeuge. Aber der Kriegsminister mußte wissen, daß dies nicht mehr der einzige Zeuge war. Ich bedauere, daß, als der Herr Kriegsminister am Freitag sprach, er noch nicht wußte, was 24 Stunden vorher in der kriegsgerichtlichen Verhandlung in Potsdam ermittelt war. Ich habe hier in der Tasche

Briefe vom Grafen Hohenau.

die derselbe auf Schloß Wilhelmshöhe geschrieben hat. (Bewegung.) Ich habe auch das Bildnis des Grafen Hohenau, das er dem Manne zum Andenken gewidmet hat, mit der kaiserlichen Uniform der Gardehülfsschiffers. (Hört! hört!) Anhaltende Bewegung. Ich verweise weiter darauf, daß der Major von Hüssen im Garden-Prozeß unter seinem Eid ausgesagt hat, daß die Verlesungen und Vergehungen des Grafen Lynar in der Armee bekannt waren. (Hört! hört!) Und ebenso, daß dieselben Verlesungen dem Grafen Kuno Wolke nachgesagt wurden. Auf diese eidlichen Aussagen eines vornehmen Offiziers hat der Richter die Beweiserhebung eingestellt, weil der Wahrheitsbeweis erbracht sei.

(Hört! hört!) Ich könnte dem Herrn Kriegsminister Namen nennen von vornehmen Gardebataillonsoffizieren, die bereits lange vorher, ehe das Verfahren gegen Hohenau eingeleitet wurde, Mitteilungen davon gemacht haben! (Hört! hört!) Und wenn nun der Herr Kriegsminister erklären mußte, daß ihm von allem nichts bekannt sei, so bedauere ich, daß man ihm im Irrtum gelassen hat über das, was in Kavallerieregimenten oder Garderegimenten zu ähnlichen Vorfällen Veranlassung gegeben hat, die die jungen Herren sangen, wenn Graf Kuno Wolke zum Liebesmahl kam. (Hört! hört!) Ich bedauere das, weil ich nicht möchte, daß unter dem Herrn Kriegsminister, dessen lauterer und gerader Sinn wie alle hochschätzlichen (Bravo!) und dem wir nicht den mindesten Vorwurf machen möchten, die Meinung aufkommt, als wenn die Gerechtigkeit halt mache vor hohen Gardeoffizieren und Flügeladjutanten des Kaisers. Wir wollen Wahrheit und Gerechtigkeit, gleiches Recht für alle, (Lebhaftes Bravo!) und wenn die Artikel der „Zukunft“ auf schwere Verlesungen hindeuteten, so sollte man den Verfasser deshalb nicht seinigen, weil er den Mut gehabt hat, Schäden aufzudecken, die, so eitelhaft sie sind, doch nur geheilt werden können, wenn sie erkannt werden. Ich wiederhole, wir wollen Gerechtigkeit für alle. (Lebhaftes Bravo!)

Reichssekretär v. Stengel:

Auf die Ausführungen des Herrn Baasche kann ich des näheren nicht eingehen, da der Bundesrat zu der Frage der direkten Steuern inzwischen nicht wieder Stellung genommen hat. Wir reden ja im Monat Januar noch ausführlicher darüber. Gegenüber Herrn Bebel bemahre ich mich dagegen, die Achtung des Reichstags verletzt zu haben. Ich schau aber auch Achtung dem anderen gesetzgebenden Faktor, dem Bundesrat, den ich hier vertrete. Es ist ein Mißverständnis, daß ich gesagt haben soll, bei den großen Schichten ginge die Steuer nicht ein. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß bei diesen großen Erbschaften die Feststellung der Steuer sich über Jahre hinwegzieht.

Generalleutnant Sigt v. Arnim:

Ich bin leider nicht in der Lage, auf die Rede des Abg. Baasche eingegangen, da ich in meiner amtlichen Stellung

keine Kenntnis von den betreffenden Vorgängen bekommen habe. Der Kriegsminister wird es lebhaft bedauern, daß er durch dringende Arbeiten heute verhindert ist, hier zu erscheinen. Er hätte es trotzdem ermöglicht, wenn er hätte ahnen können, daß nach seinen eingehenden und loyalen Darlegungen am Freitag Herr Baasche von neuem auf diese Dinge eingehen wollte. Zweifellos wird er auch die erste Gelegenheit ergreifen, darauf zu antworten.

Abg. Lattmann (wirtsch. G.):

Es wäre die Pflicht des Abg. Baasche gewesen, bevor er sein Material hier vorbrachte, es dem Herrn Kriegsminister vorzulegen (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Seine Ausführungen klangen so, als ob der Kriegsminister von diesen Dingen etwas gewußt hätte. (Lebhafter Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Es werden die Vorwürfe in der Öffentlichkeit aufgeführt. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm und Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Mir liegt es fern, anzunehmen, daß irgend welche Familienrückfälle die Veranlassung zu dem Vorgehen des Abg. Baasche waren. (Großer Lärm bei den Nationalliberalen, Zuruf: Unverschämtheit!) Auch wir verlangen Wahrheit und rückhaltloses Vorgehen gegen Schuldige; aber was Herr Baasche heute getan hat, ist von den Nationalliberalen bei anderen Gelegenheiten verurteilt worden. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm bei den Nationalliberalen.)

Unter großer Erregung des Hauses wendet sich der Redner polemisch gegen die Sozialdemokratie. Redner verliest ein längeres Zitat von Heinrich Heine, das sich gegen den Byzantinismus und die Liebedienerei vor dem Volke wendet und ruft den Sozialdemokraten zu: „So urteilt Ihr Genosse Heine.“ (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Es ist ja von Heinrich Heine!“ Stimmliche Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten haben kein Recht, sich als Vertreter des ganzen Volkes aufzuspielen. Wir freuen uns der jungdeutschen, nationalen Arbeiterbewegung. (Beifall rechts.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Wassermann (natl.): Der Herr Abg. Kreth hätte, ehe er meine Äußerungen von vergangener Donnerstag kritisierte, sich das Stenogramm meiner Rede ansehen sollen. Das, was er mir in den Mund legte, habe ich nicht gesagt. Ich habe die Hölle und Liebnecht überhaupt nicht besprochen, sondern nur das Verhalten der Staatsanwaltschaft in diesen Fällen kritisiert und festgestellt, daß es sich nicht deckt mit dem Volksbewußtsein und mit Anschauungen deutscher Gerichte. (Sehr wahr! links.) Ich habe im Falle Garden nur festgestellt, daß das Verfahren des Staatsanwalts, das eine vollständige Wiederholung der ersten Instanz bedeutet, von hervorragenden Juristen als ungeschicklich bezeichnet worden ist. Im Falle Gädde habe ich gesagt, daß es sonnenklar und jeder menschlichen Willigkeit entsprechend sei, daß man gegen einen Mann, der viermal in einer Sache freigesprochen ist, nicht Gefängnis beantragen darf, wie es der Herr Staatsanwalt getan hat. Ebenso habe ich das Verhalten des Staatsanwalts im Falle Liebnecht kritisiert, weil er Buchhaus beantragte, und das Reichsgericht ist meiner

Auffassung beigetreten, indem es auf Freisprechung erkannt hat. Ich befinde mich in diesem Falle lieber in der Gesellschaft des Reichsgerichts, als in der des Abg. Kreth. (Heiterkeit und Bravo! links.)

Abg. Bebel (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Baasche fest, daß der Wortlaut und Sinn der von dem Abg. Baasche aus dessen Rede zitierten Stelle über die Verlesung der Bräutigam genau übereinstimmt mit dem, was er (Bebel) selbst über diesen Punkt ausgesprochen hat. Gegenüber dem Herrn Reichssekretär bemerke ich, daß seine Ausführungen über die Erbschaftsteuer im Hause sehr schwer verständlich waren. Da der stenographische Bericht, als ich sprach, noch nicht erschienen war, habe ich mich auf bürgerliche Verhältnisse bezogen, die also offenbar auf einem Mißverständnis beruhten. Weiter habe ich nicht verlangt, der Herr Staatssekretär möge auf Einzelheiten der neuen Steuern eingehen, sondern nur auf das Wesentliche, und die Objekte zu nennen.

Abg. Kreth (L.) (persönlich): Herr Wassermann sagt, er befindet sich lieber in der Gesellschaft des Reichsgerichts als in meiner; das beruht auf Unwissenheit. Herr Gotheim erwidere ich, daß ich eine großartige Staatsrede nicht halten wollte. (Große Heiterkeit links und Zuruf: Kann er auch nicht!)

Abg. Baasche (natl.) (persönlich): Herrn Bebel zu erwidern, habe ich keine Veranlassung. Der Abg. Lattmann hat mir vorgeworfen, ich hätte von meinen Angriffen, wie er sagt, den Kriegsminister nicht vorher benachrichtigt. Eriens dürfen wir erwidern, daß die Ehre der Resorte bei der Staatsberatung hier antwortend sind. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.) Zweitens habe ich gestern dem Kriegsminister gesagt, daß ich nicht mit allen seinen Ausführungen einverstanden bin und morgen darauf zurückkommen werde. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Weiter hat Herr Lattmann gesagt, er lasse es dahin gestellt, ob mein Vorgehen durch Familienrückfälle veranlaßt sei. Man sucht niemand hinter dem Ofen, wenn man nicht selbst dahinter war. Ich verbitte mir derartige Unterstellungen sehr entschieden. (Lebhafter Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Lattmann (wirtsch. G.) (persönlich): Ich habe von meinen Ausführungen nichts zurückzunehmen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kommission für das Gesetz über Bestrafung der Majestätsbeleidigung

hielt am Dienstagvormittag ihre erste Sitzung ab. Ein Antrag Müller-Meinungen will zunächst das Strafminimum herabsetzen dadurch, daß er eine untere Grenze der Freiheitsstrafe in den einschlägigen §§ 95, 97, 99 und 101 überhaupt wegläßt. Ferner soll an Stelle von Absatz 2 der Vorlage, welcher lautet:

„Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99 und 101 strafbar, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird“, folgende Fassung treten:

„Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99 und 101 strafbar, wenn sie in ehrverletzender Absicht öffentlich oder in Anwesenheit des Beleidigten mit Ueberlegung begangen wird.“

Endlich soll jede Beleidigung nur auf Antrag der Justizverwaltung verfolgt werden.

Zund (natl.) beantragt, statt der Worte „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ in der Vorlage „mit Ueberlegung“ zu sagen und die „Absicht der Beleidigung“ ausdrücklich als Erfordernis aufzustellen. Die Verfolgung soll an Genehmigung der Justizbehörden gebunden sein.

Der Antrag Giese (L.) führt in die Vorlage nur die „mildernden Umstände“ ein, welche angenommen werden sollen, wenn die Beleidigungen nicht böswillig und mit Vorbedacht ausgesprochen wurden.

Die Antragsteller begründen ihre Anträge.

Müller-Meinungen verweist auf England, wo seit 1888 kein Majestätsbeleidigungsprozeß mehr vorgekommen ist, die monarchische Gefühnung darunter aber nicht gelitten hat. Dahn sollte man auch in Deutschland kommen, wiederum er wünsche, daß die ehrverletzende Absicht immer erst festzustellen sei. Auch müsse die Ueberlegung festgestellt sein.

Giese ist entgegen Müller der Meinung, daß sich die „Ueberlegung“ nie feststellen lasse. Im übrigen spricht er sich gegen den letzten Absatz der Regierungsvorlage aus, welche den Härlichkeiten das Recht gibt, Privatbeleidigungsklage anzustrengen, wenn ein Prozeß wegen Majestätsbeleidigung nicht eintrete. Es entspräche nicht der Würde der Majestät, daß sie auf Grund der gewöhnlichen Beleidigungsparagrafen klage.

Zund hält eine Einschränkung des Begriffs „Majestätsbeleidigung“ in objektiver Beziehung nicht für angängig; deshalb müsse man die Einschränkung in subjektiver Hinsicht versuchen. Deswegen wolle er die Bestrafung an die Voraussetzung der Ueberlegung gebunden wissen. Mit der Herabsetzung des Strafminimums und dem Wegfall der Privatklageberechtigung der Fürsten sei er einverstanden.

Abg. Heine begründet kurz den sozialdemokratischen Standpunkt, der die Sonderbestimmungen über Majestätsbeleidigungen ganz verwirft. Man tue damit den Fürsten kaum einen Dienst; denn, wie es einem Manne von gutem Gedeihen keinen Spah machen könne, einen Beleidigungsprozeß zu führen, so doch wohl auch den Fürsten nicht. Hier komme man aber nun mit dem Staats- oder öffentlichen Interesse. Wenn man sich aber darauf zurückzieht, so findet man auch objektiv eine enge Grenze für die Majestätsbeleidigung; man braucht sich nur § 106 (Gotteslästerung) zum Muster zu nehmen. Dort wird bestimmt, daß nur strafbar ist, wer öffentlich Gott in beschimpfender Weise lästert und damit öffentlichen Aergernis erregt. Die Fürsten haben keinen Anspruch darauf, besser behandelt zu werden als Gott. „Böswilligkeit“ kommt im Strafgesetzbuch nur einige Male vor und wird dort ausgelegt als „feindliche Absicht“. Im positiven Majestätsbeleidigungsprozeß wird aber gerade die sogenannte feindliche Absicht zu einer großen Gefahr. Im übrigen ist es notwendig, daß man erst den Begriff „Beleidigung“ festlege, bevor man hier reformieren könne. Denn die anfechtbarsten Urteile trafen an der geschraubten, wider sinnigen Auslegung des Begriffes „Beleidigung“. Solange man das nicht ändere, werde man auch mit dem neuen Gesetze schlechte Erfahrung machen.

Rieberding anerkennt, daß Heine mit der Beguinnahme auf § 106 einen neuen Gedanken in die Materie gebracht, will aber, solange nicht formulierte Anträge vorliegen, darüber nicht reden. Er polemisiert dann gegen Müller und die anderen Antragsteller, besonders gegen diejenigen, welche das Privatklagerrecht einschränken wollen. Dahn's Bemerkungen zu den Anträgen seien richtig; die Regierung habe das Wort Vorbedacht gewählt, weil es noch stärker die Absicht der Beleidigung voraussetze, als das Wort „Ueberlegung“. Vorbedacht setzt voraus, daß der Vorfah zur Beleidigung schon von langer Hand her besteht, während „Ueberlegung“ auch erst im letzten Augenblick eintreten kann. Wollte die Kommission aber das Entgegenkommen der Regierung durch die Wahl des Wortes „Ueberlegung“ einschränken, so sei er damit einverstanden. — Gegen Heine bemerkt er, daß die Regierung schon dadurch dem ersten Schritt zur rechtlichen Gleichstellung der Fürsten mit dem Volke mache, daß die Verweisung auf den Privatklageweg in der Vorlage enthalten sei. Darum könne die Regierung nicht verzögern; dieser Schritt sei hauptsächlich für die kleineren Fürsten und zum Schutze gegen die nichtöffentlichen Beleidigungen, sonst würde man dem Vödel () Gelegenheiten geben, die Fürsten in nichtöffentlichen Versammlungen ungefroht zu beleidigen!

Koeren (Str.) beantragt, den Absatz 2 der Vorlage so zu fassen:

„Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 101 strafbar, wenn sie

1. mit Vorbedacht und

2. entweder durch beschimpfende Äußerungen geschieht oder als Beleidigung im Sinne der §§ 186 und 187 sich darstellt.“

Müller-Meinungen polemisiert gegen Rieberding und behält sich Stellungnahme zu Koeren's Antrag vor.

Regierungskommissar Tschendorf begründet noch näher die Wahl der Worte „böswillig“ und „mit Vorbedacht“. Böswillig sei es, wenn die Beleidigung zu dem Zweck der Beleidigung ausgesprochen wurde. Straffrei würde in Zukunft jeder bleiben müssen, der eine Majestätsbeleidigung ausspreche, weil er damit bewirkt, einen guten Witz zu machen, oder weil er hofft im Gefängnis unterkommen zu finden.

Storz (Dem.) schließt sich Müller-Meinungen an; er will jede Verfolgung an Genehmigung gebunden wissen.

Heine konstatiert mit Beleidigung, daß nach den Erklärungen der Regierung ein Redakteur oder Redner, denen in der Eile ein Ausdruck entfährt, der sich als Beleidigung qualifizieren lasse, nicht mehr als Majestätsbeleidiger bestraft werden solle. Trotzdem müsse er dabel beharren, daß wirtschaftliche Besserung nur eintreten wird, wenn nur Beschimpfungen bestraft werden. Er erinnert daran, daß Redakteur Quard bestraft wurde, weil er vom „pöttehenden Ton“ der Kronrede gesprochen, und Liebnecht, weil er gesagt, die Sozialdemokratie stehe so hoch, daß niemand sie beleidigen könne. Koeren's Einwurf, daß dann alle Rede bestraft bleibe, treffe nicht zu, denn jeder Klatsch werde in der Regel auch mit Schimpfworten begleitet. Auch der Begriff „öffentliche“ gebe keinen erheblichen Schutz; man habe doch schon die Verammlung eines Klubs von 15 Mitgliedern, in der kein Gast anwesend war, deshalb für „öffentlich“ erklärt, weil bei dem Monatsbeitrag von 20 Pf. jeder Mitglied werden könne. —

Rieberding gibt zu, daß in falsch verstandenem Eifer viele Majestätsbeleidigungsprozesse angestrengt wurden, die besser unterblieben! Aber auch die Presse solle mehr Aufstand zeigen, dazu sollte einmal aus der Mitte des Parlaments aufgefordert werden.

Zund will nicht so weit gehen wie die Regierung. Wenn jemand mit Ueberlegung eine Majestätsbeleidigung begehe, müsse er bestraft werden. Wagner und Brunnermann sprechen sich für die Regierungsvorlage aus, desgleichen Giese, der meint, man solle doch dankbar annehmen, was die Regierung biete. —

Heine bemerkt gegen Rieberding, daß die sozialdemokratische Presse und Redner eine Mahnung zum Aufstand nicht zu ergehen brauche; dort finde man keine Beschimpfungen. Wenn Verurteilungen erfolgen, so nur infolge äußerst geläufigster Auslegung. Redner führt Beispiele hierfür an. Unter allen Umständen sollte der Wahrheitsbeweis niemals abgelehnt werden.

Nach kurzen Bemerkungen Koeren's und Dahn's (natl.), der die sozialdemokratische Presse angreift, im Gegensatz zu Zund aber nicht päpstlicher als der Papst sein will, wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Soziale Verhältnisse der Beamten und Arbeiter im Reichspostdienst.

Der soeben dem Reichstage zugegangene Verwaltungsbericht der Reichspost für das Jahr 1906 enthält auch einige Angaben über die Verhältnisse der fest und vorübergehend Angestellten. Es werden 67709 Beamte nachgewiesen, davon 16703 weiblichen Geschlechts. Von den Beamtinnen beschäftigten die Fernsprechämter allein 11642. Als Unterbeamte erdienen 119951 Personen aufgeführt; außerdem sind noch 24300 „außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Personen“ vollbeschäftigt gewesen.

Der größte Prozentatz aller Beamten, nämlich 84,6 Proz., hat eine sieben- bis achtstündige tägliche Dienstzeit. Der Nacht dienst beträgt jedoch für die meisten acht bis elf Stunden. Ein erheblicher Unterschied in der Beschäftigungsdauer der oberen und niederen Beamten macht sich bemerkbar. Von den obersten Beamten haben etwa 80 Proz. sieben- bis achtstündigen Tagesdienst. Dagegen hat von den Unterbeamten der größte Prozentatz, nämlich 83 Proz., neun- bis zehnstündigen Tagesdienst. Während von den oberen und mittleren Beamten nur 1,5 Proz. mehr als zehnstündigen Tagesdienst zu leisten haben, sind es von den Unterbeamten 21,7 Proz. Die längste tägliche Dienstzeit: 12—14 Stunden, haben die Beamten der Hauptämter (Bardienst). Eine außerordentlich lange Dienstzeit haben auch die Briefträger, vor allem die Landbriefträger. Da gerade diese Beamtenkategorie die schlechtesten Beförderungs- und Advancementsbedingungen hat, so handelt es sich bei der Reichspostverwaltung nach dem Satz: „Das Pferd, welches den Haler verdient, bekommt ihn nicht“. Das bestätigt auch die Zusammenstellung über die wöchentlichen Dienstleistungen. Die große Mehrzahl der oberen Beamten leistet wöchentlich unter 48 Dienststunden, dagegen beträgt die Leistung der übergroßen Mehrheit des Unterbeamtenpersonals mehr als 80 Dienststunden.

Von den weiblichen Angestellten hat keine mehr als 48 Stunden wöchentlich Dienst. Von den Telephonistinnen hat über die Hälfte bis 42 Dienststunden zu absolvieren. Auch das ist noch zu viel in Anbetracht der außerordentlich nervenzerstörenden Tätigkeit dieser Beamtinnen. Von den Damen hatten über 8000 einen 7—8stündigen Tagesdienst. Da braucht sich der Telephonbenutzer nicht zu wundern, wenn seine „Anschlußdame“ mal versagt und ärgerliche Antworten gibt.

Jeder Beamte soll in einem Zeitraum von zwei Wochen mindestens einen oder zwei halbe Tage frei haben; alle vier Wochen ist ein ganz freier Sonntag zu gewähren. Das ist gewiß nicht zu viel. Ueber das Mindestmaß der Sonntagsruhe hinaus hatten an Sonntagen dienstfrei von den oberen Beamten 100 Proz., von den mittleren Beamten 74,4 Proz., von den Beamtinnen 64,6 Proz., von den Unterbeamten nur 55,8 Proz.! Wieder sehen wir eine Zurücksetzung der Unterbeamten, die also neben schlechter Beförderung und langer Arbeitszeit auch die geringste Sonntagsruhe genießen. Die meisten oberen und mittleren Beamten haben jährlich über 100 Urlaubstagen, die meisten Unterbeamten erhalten nur bis 60. Wir verlangen natürlich nicht eine Verschlechterung der Anstellungsbedingungen des oberen und mittleren Beamtenpersonals, sondern wir fordern eine bessere Berücksichtigung der schlecht beförderten und schwer geprügten Unterbeamten.

Sehr schlecht präsentiert sich „ater Staat“ als Arbeitgeber, wenn man die Lohnzahlungen an die nicht im Beamtenverhältnis, aber von der Reichspostverwaltung voll beschäftigten Personen betrachtet. Den 3046 Ausschreitern im Beamtendienst wurde im Sommer 1907 für bis siebenstündige Schichten ein Durchschnittslohn von 2,50 M. gezahlt! Die 126 Postverwalterinnen wurden mit 2,84 bezahlt; 8804 zu Stellvertretungen angemommene Personen, die dieselbe Arbeitszeit hatten wie die Unterbeamten, erhielten sogar nur 2,28 M. pro Tag! 1140 andere Ausschreitpersonen bekamen für 7 1/2 bis 10stündige (14 hatten noch längere) Schicht nur 2,88 M. Durchschnittslohn. Den 3999 Sonntagsauschreitern, die sieben bis zehn Stunden im Dienst waren (99 sogar noch länger), gab die Reichspostverwaltung ganze 2,20 M. für Sonntagsarbeiten! Diese Löhne stehen sicherlich oft sogar noch unter dem an den betreffenden Orten festgesetzten ortsüblichen Tageslohn. Die Reichspost hat, abgesehen der einmaligen Ausgaben, innerhalb des letzten Jahres ihren Ueberfluß von 42,2 auf 60,2 Millionen Mark erhöht. Man sollte es nicht für möglich halten, daß bei solchen Ueberflüssen die Arbeiter mit den genannten Ziffern abgehört würden; und doch geschieht es.

Von den 178904 Beamten, Unterbeamten und Strävertretern erkrankten 74511 und starben 785. Auf 1000 kamen 416,5 Krankheits- und 4,4 Sterbefälle. Die oberen Beamten weisen die geringste Krankheitsziffer (3,08 pro 1000) auf, aber die höchste Sterbeziffer (9,7). Die letzte Zahl erklärt sich unschwer aus dem höheren Alter der Oberbeamten. Die höchste Krankheitsziffer (503,7) erweist die Unterbeamten im Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst, während die Landbriefträger und Soldaten im Landpost-

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsgesellschaft Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1299. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 5. Dezbr., abds. 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Klempner-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engeliner 15 (Saal 4):

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Cohen. 2. Diskussion.

☞ Kollegen! Im Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Donnerstag, den 5. Dezbr., abends 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engeliner 15 (Saal 1):

Mitglieder-Versammlung der Metalldrucker Berlins u. Umgeg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Severing über: „Der neue Reichsvereinsgesetzentwurf“.
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

☞ Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen. ☞ Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bezirk Osten I.

☞ Die Vertrauensmänner-Versammlung findet heute im „Friedrich“, Bruchstr. 36a. statt. ☞

Achtung! Zuschneider u. Zuschneiderinnen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Reine Friedrichstr. 35, statt.

Tages-Ordnung:

1. Die Arbeitsverhältnisse und die Reueinstellungen in unserer Branche.
2. Ernste- und Unterhaltungsfrage. 3. Verschiedenes.

☞ Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. ☞ Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schönberg.

Donnerstag, 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Obst-Festsalon, Weiningerstr. 8:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über die am 1. Januar 1908 zu zahlenden Unterhaltungen. 2. Verhandlungsangelegenheiten.

☞ Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. ☞ Die Ortsverwaltung.

Hat jemand Rheumatismus,
Wicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen, Hüftweh (Lachias), Gelenkschuh, Gichtwulst etc. der gebrauchte „Electricum“ (Weider, Kiefernadeln, nur Reihels „Electricum“ (Waldwoll), ein einfaches und unschädliches Naturprodukt von harter, durchgreifender Wirkung. „Electricum“ wirkt wunderbar, wie elektrisierend auf den Körper, und nicht wie spirituelle Einreibungen nur momentan u. oberflächlich, sondern nachhaltig und gründlich. 3l. R. I. - und 2. - Die Mischung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reihels Wacholder-Extrakt, 3l. 75 Pf., R. 1.50 u. 2.50. Man nehme nur die echten Originalpackungen und achte scharf auf die Marke „Medico“! Es gibt nichts ähnliches Wirkliches! Erhältlich in den meisten Drogerien u. bei **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.** Man achte auf Firma und Wort „Medico“, um vor unwirksamen Nachahmungen geschützt zu sein!

Zu Geschenkzwecken empfehlen wir: **Die Französische Revolution von 1789.** Vollständige Darstellung der Ereignisse in Frankreich von 1789-1801. Von Wilhelm Bloß. Reich illustriert. Geb. Preis 4 M.

Die Deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1818/49. Von Wilhelm Bloß. Illustriert von O. E. Lau. Geb. Preis 4 M.

Geschichte der Französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik. Von Louis Heritier. Mit einem Nachtrag: Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik. Von Ed. Bernstein. Geb. Preis 4 M.

Dr. Zimmermanns Großer Deutscher Bauernkrieg. Herausgegeben von Wilhelm Bloß. 225/37. Billige Volksausgabe, illustriert. Preis brosch. 3 M., geb. 4 M.

Expedition des „Vorwärts“. Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engeliner 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2780.

Donnerstag, den 5. Dezember 1907, abends 8 Uhr,

finden für Berlin und Vororte

5 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

- in den Borussia-Sälen, Berlin N., Adlerstraße Nr. 6/7.
- bei Graumann, Berlin SO., Rannystraße Nr. 27.
- bei Litfin, Berlin O., Neumeyerstraße Nr. 67.
- bei Bühlke, Berlin W., Denuwitzstraße Nr. 13.
- im Kaiserhof, Groß-Lichterfelde, am Kranoldplatz.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Unsere diesjährige Lohnbewegung. Referenten: Die Kameraden Knüpfer, Aube, Licht, Schulze und Witt. ☞ Um vollständigen Besuch aller in Berlin und den Vororten beschäftigten Verbandmitglieder ersucht Der Zahlstellen-Vorstand.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeninhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausschlachten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu rufen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Entzettel einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitlöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen.

Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knaben Garderobe in Zukunft nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

Norden:

„Hoffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.

Alle von dieser Firma in den Handel gebrachten Waren werden zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen dieselbe daher ganz besonders.

Vaer Sohn, Chausseest. 29/30.

Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte für 24 Arbeiter und hat die unruhigende Arbeitszeit eingeführt.

D. Perleberg, Chausseest. 68;

„Blitz“, Lurnstr. 19.

„Blitz“, Rosenthalerstr. 9.

„Blitz“, Chausseest. 85.

Diese Firma stellt einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her. Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthalerstraße 58.

Osten:

Amerikanische Verkaufshallen, Frankfurter Allee 186.

Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141.

hat verschiedentlich eine Werkstätte für einen geringen Teil Maßschneider eingerichtet.

Süden:

Leske u. Lehrer, Rottbuscher Damm 78.

Wormann, Rottbuscher Damm 77.

„Blitz“, Rottbuscher Damm 29/30.

Westen:

Eders u. Dyckhoff, Am Dönhoffplatz.

Vaer Sohn, Brückenstr. 11.

Eders u. Dyckhoff, Dranienstr. 48.

Feitinger, Deutsche Comp., Dranienstr. 40/41.

stellen einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.

„Blitz“, Schönberg, Hauptstr. 10.

Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt:

S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.

Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.

Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.

Bernhard Vaer, Rosenthalerstr. 5.

Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.

Max Schendel, Rosenthalerstr. 8.

Alleg Böhne, Landsbergerstr. 79.

Behrend, Grüner Weg 84.

Ringel, Chausseest. 31, Brunnenstr. 47.

Lewy u. Co., Brunnenstr. 50, Wilmersdorferstr. 47.

Bendit, Brunnenstr. 68.

Littmann, Dranienstr. 2.

Joseph Wandt, Chausseest. 80a.

Th. Juras, Chausseest. 79.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Die Ortsverwaltung.

Goldblondchen

alkoholfreies Erfrischungsgetränk.

Zu beziehen durch die meisten

Bierverleger und Mineralwasserfabrikanten
Generalvertreter: Ernst Krüger, G. m. b. H., NO., Höchstestr. 28.

Gelegenheitskauf. Kriegsbriefe aus den Jahren 1870/71.

Von Hans v. Kreischmann. Herausgegeben von Uly. Braun geb. v. Kreischmann. Mit einem Bildnis in Photogravüre und einem Brief-Bestimmte. Sechste Auflage. 346 Seiten stark elegant gebunden. Statt früher 6,- M. jetzt nur 2,50 M. Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68. Studentenstraße 69, Laden.

Christbaum-Reliëne, wirft gut gearbeitet, mal. A bernad. 1.25 Mark, mal. B bernad. 1.50 Mark, u. Remello-Reliënen 25 Pf. mehr. Bei 10 Stück Stück gratis. Großartiges Sortiment. **Glaschmuck** für nur 5 Mark, nur neue schöne Sachen. Weihnachts-Kollig über laut. Gegenst. gratis. **Marens & Hammesfahr** Wald-Solingen 828. Stadtm.-Fabrik u. Verjam.-Haus



Ohne Anzahlung. Brückenstr. 13. R. Hartmann, Taschenuhren, Trauringe. **Riesen-Auswahl.** Größtes Spezialhaus der Uhren-Branche. Geschäft 20 Jahre. Kein Laden.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Stoppdecken kauft man am preiswertesten jetzt nur direkt in der Fabrik Berlin O., Prenzlauerstr. 11a. **N. Strohmandel.** Alle Stoppdecken werden aufgearbeitet.

Orts-Krankenkasse Weißensee

Bekanntmachung.

Gemäß § 67 der Krankenversicherung bringen wir hiermit die nachstehenden Veränderungen in der Zusammenziehung des Vorstandes zur gefälligen Kenntnis: 279/18

Durch Ablauf der Amtsdauer scheiden mit dem 31. Dezember d. J. aus dem Vorstande aus:

1. der Kaufmann Gustav Peuterl (Arbeitgeber),
2. der Zeitungsbetreibere Kurt Fuhrmann (Arbeitnehmer),
3. der Tischler Richard Döhner (Arbeitnehmer),
4. der Möbelpolierer Fritz Ebert (Arbeitnehmer).

Neugewählt werden wiederum sind in der am 27. November cr. stattgefundenen Generalversammlung:

1. der Tischlermeister Paul Metzlow, hier, Sebanstr. 35 (als Arbeitgeber),
2. der Zeitungsbetreibere Kurt Fuhrmann, hier, Sebanstr. 105 (als Arbeitnehmer),
3. der Möbelpolierer Fritz Ebert, hier, Mühlstr. 10 (als Arbeitnehmer),
4. der Arbeiter Albert Pflannenbecker, hier, Sebanstr. 114 (als Arbeitnehmer).

Die Gewählten treten ihr Amt am 1. Januar l. J. an. Die Amtsdauer läuft bis zum 31. Dezember 1909, Weißensee, den 3. Dezember 1907.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weißensee. gez. Fuhrmann, Vorsitzender.

ALLE TAGE ANDERS
Auf Teilzahlung elegant fertige Herren-Garderoben **Anzüge Paletots** Damen- und Kindergarderobe Auswahl kolossal! **Wochenrate nur 1 Mark.**

ALLE TAGE ANDERS
Größtes Haus am Mittelbockplatz. **Park-, Gericht- und Reinickendorferstr.-Ecke** Verabfolgung von **Norden-Marken.**

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schick, schnell. Zusatzen von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade, II. Emden Börsen.

Wer eine Existenz durch lohnende **Fabrikation** sucht oder einen angenehmen **Nebenerwerb** wünscht, oder für hochlohnende Fabrikate und Massenverbrauchs-Artikel **Generalvertrieb** übernehmen will, verlange gratis unseren 48seitigen illustrierten Hauptkatalog. Fallsichts Laboratorium, G. m. b. H., Eidelstedt 187 bei Hamburg. Meine Existenz verdanke ich Ihnen. G. M. in A. — Bedauern, Ihre wertige Adresse nicht schon früher gewußt zu haben. P. L. in W. — Ähnliche Kundgebungen viele.

Die Schröpfung der Gemeinden.

Es ist nicht neu, daß die Gemeinden von den Privatunternehmern, die Arbeiten der Gemeinde ausführen oder der Gemeinde Materialien liefern, in der skandalösesten Weise gerupft werden. Die Gemeinden haben geglaubt, dieser Schröpfung entgegen zu können, indem sie ihre Arbeiten im Wege der Submision vergaben und vielfach noch vergeben. Der Erfolg ist aber ausgeblieben. Ob die Gemeinden ihre Arbeiten oder Lieferungen im Wege der beschränkten oder unbefchränkten Submision — welche letztere sich auch nur auf ein gewisses Territorium bezieht — vergeben, immer sind sie der Ausbeutung der Unternehmer preisgegeben.

Die Unternehmer haben sich koalitiert und diktiert den Gemeinden die Preise; die von den Gemeinden beabsichtigte Konkurrenz unter den Unternehmerfirmen suchen diese durch Verständigung unmöglich zu machen. Diese Schäden des jetzigen Submissionswesens hat Genosse Pfannkuch in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Oktober an der Hand eines reichhaltigen Materials in eingehender Weise dargestellt. Wie recht er mit seinen Darlegungen hatte, geht aus dem Fall hervor, der kürzlich von unseren Genossen in der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung zur Sprache gebracht wurde. Es ist erwiesen, daß die Tiefbauunternehmer sich zusammengelassen haben, um einen förmlichen Raubzug auf die Taschen der Lichtenberger und Vorkagen-Rummelsburger Bürger zu organisieren. Es wurde festgesetzt, daß eine bestimmte Firma, die den Arbeitsauftrag erhält, 100 000 M. Aufschlag nehmen mußte, die für die übrigen, an der Arbeit gänzlich unbeteiligten Firmen bestimmt waren. Dieses Verfahren wird nicht nur den beiden oben genannten Gemeinden gegenüber beliebt, sondern ist allgemein gebräuchlich. Wir wissen, daß die Steinmetzen es nicht anders machen und ihnen schließen sich Hochbaufirmen und andere solidarisch an. Die in Betracht kommenden Unternehmer machen auch gar kein Hehl daraus, daß sie sich zu Submittentenringen zusammengeschlossen haben. In einer Inschrift einer Berliner Tiefbaufirma an das „Berliner Tageblatt“ wird das Verfahren der Tiefbauunternehmer wie folgt zu rechtfertigen gesucht:

„Damit eine gegenseitige Preisdrückerei, wie sie das heutige Submissionsverfahren unbedingt herbeiführen muß, vermieden, aber auch einer Scheulerkonkurrenz, die fast nur das Kapital ihrer Teilnehmer riskiert, vorgebeugt werde, sind in fast allen Industrieen Syndikate gebildet. Die Tiefbaufirmen sind gezwungen,

- Ziegelsteine . . . vom Ziegelring,
- Zementrohre . . . vom Zementrohrendikat,
- Eisenrohre . . . vom Eisenrohrendikat,
- Zement . . . von der Zementkonvention,
- Holz . . . vom Holzring,
- Kohlen . . . vom Kohlendikat

zu entweichen; selbst ihre Arbeiter gehören Interessenverbänden an, die gemeinsam ihre Forderungen für ihre Leistungen festsetzen. — Wer will danach allein den Kaufmann das Recht des Zusammenschlusses verweigern, denen Hilfe wohl notwendiger ist als vielen anderen, denen nur Selbsthilfe verbleibt? Und weshalb sollte deren Vorgehen als illegal angesehen werden. Es steht seit langem fest, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Tiefbaufirmen dem Konkurs verfallen, denn immer werden die Tiefbauarbeiten einer Unternehmerfirma das größte Risiko auferlegt.

Ein Syndikat, ähnlich dem Kohlendikat oder ähnlich den Syndikaten anderer Industrien ist im Tiefbau nicht möglich; dem steht die beliebige und tägliche Stabilisierung eines neuen Tiefbauunternehmens entgegen. In allen Industrien sind Fabriken oder Anlagen zur Produktion erforderlich und damit Anhaltspunkte für eine feste Grundbesitz. Ganz anders liegen die Verhältnisse im Tiefbau; jeder beliebige, oft nur rein äußerlich zum Kauf geordnete verleiht sich gegen glänzende Verprechungen einen Geldgeber. Gerade leicht er, nun kann das Geschäft beginnen. Das bestehende Submissionsverfahren bietet ihm nun Unwärtigkeit auf die in Aussicht stehenden Arbeiten ebenso gut wie Firmen, die für Hunderttausende, ja für Millionen von Mark Geräte seit langem investiert haben, diese müssen sich jeden Augenblick einem neuen Konkurrenten gefallen lassen. Nun findet sich Gelegenheit zu einer größeren Arbeit. Die natürliche Folge und der Trieb zur Selbstbehaltung gebietet doch, dem Beispiel anderer Industrien zu folgen. Es bildet sich als ein Syndikat ad hoc. Alle Bewerber werden zur gemeinsamen Preisermittlung herangezogen und alle werden am Gewinne interessiert. Das letztere ist aber Bedingung der Verständigung, denn wer entschädigt die beteiligten und nicht mit Arbeit bedachten Firmen, wer vergütet ihnen bei etwa vierzig oder fünfzig und mehr Submissionen, bei denen sie ausfallen, die Vorarbeiten und Ankaufskosten, wer verzinst und amortisiert im Falle fehlender Arbeit ihre Geräte usw. überhaupt ihren ganzen Apparat? — Der Deutsche Tiefbauverband zählt etwa 1000 Mitglieder, von denen sich kaum eines dieser Einsicht verschließt. Die besten und größten Kaufmann Deutschlands beteiligten sich an dieser einzig wirksamen Abwehrmaßregel gegen den Krebsgeschaden des heutigen Submissionswesens.

Es wird dann noch eine Entscheidung des Landgerichts in S. angezogen, welche beweisen soll, daß solche Abmachungen erlaubt und nicht als gegen die guten Sitten verstoßend zu erachten seien.

Wir wollen uns auf rechtliche Deduktionen an dieser Stelle nicht einlassen, aber soviel geht aus der vorstehenden Äußerung der „angesehenen Berliner Tiefbaufirma“ hervor, daß die Ringbildung vorhanden ist und angewendet wird, um die Gemeinden gehörig zu schröpfen. Dem muß begegnet werden. Das kann geschehen durch eine gründliche Revision des Submissionswesens überhaupt. Soweit es sich um Lieferungen handelt, muß die öffentliche Ausschreibung erfolgen ohne Ausnahme auf territoriale Rücksichten und soweit es sich um Ausführung von Arbeiten für die Gemeinde handelt, muß darauf gedrungen werden, daß die Gemeinde die Ausführung in eigener Regie übernimmt. Der Unternehmergewinn muß ausgeschaltet werden; es muß dafür Sorge getragen werden, daß dieser Gewinn der Gemeinde zu gute kommt. Die Regelung dieser Frage wird immer dringender, die Zustände auf diesem Gebiete erheischen gebieterisch Abhilfe.

Partei-Angelegenheiten.

Rummelsburg. Dem Parteigenossen zur Kenntnisnahme, daß heute Mittwoch, abends um 8 1/2 Uhr, im Saale der Witwe Weigel der 4. Zyklusvortrag stattfindet. Der Vortragende, Genosse Redakteur Woch, behandelt den theoretischen (ersten) Teil des 3. Quartals Programms. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Weisense. Die Genossen werden hiermit nochmals an die heute abend im „Schloß-Stadion“, König-Gebäude 1/3, stattfindende öffentliche Versammlung erinnert. Hierzu ist auch die gesamte Beisitzigkeit Weisense geladen worden. Regen Besuch erwartet. Der Vorstand

Berliner Nachrichten.

Städtische Verkehrsfragen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation gab zunächst Herr Stadtbaurat Krause an der Hand detaillierter Pläne eingehende Erläuterungen zu der von der Verkehrsdeputation geplanten Untergrundbahn Roabit-Rigdorf. Die Länge der Bahn, die vollkommen auf Berliner Gebiet liegt, beträgt circa 10 Kilometer, die Kosten werden sich auf ungefähr 80 Millionen Mark belaufen. Die Deputation war von dem Projekt voll befreudigt.

Die Einlegung von Straßenbahndampfen in die über den Wilhelmplatz zu führenden neuen Straßen anlässlich der Asphaltierung dieser Straßen wurde nach längerer Debatte beschlossen.

Die Herstellung neuer Verkehrsverbindungen mit dem Virchow-Krankenhaus hat sich besonders an den Besuchstagen als eine zwingende Notwendigkeit herausgestellt. Die Deputation beschloß, die städtische Nordlinie, die bekanntlich bis zum Krankenhaus durchgeführt werden soll, aufs äußerste zu beschleunigen, und genehmigte unbeschadet der schwebenden Differenzen die mit der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen zur Schaffung neuer Verbindungen. Die Frage, ob und in welcher Weise auch die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft erjudet werden solle, neue Verbindungen zum Krankenhaus herzustellen, wurde dem Verkehrsverein zur Vorbereitung überwiesen. Ebenso ein Antrag des Verkehrsvereins des Schüler-Parviertels um Verlängerung der Straßenbahnlinien 23 oder 24 nach dem Virchow-Krankenhaus.

Zu einer langen Debatte führte sodann ein Antrag der Allgemeinen Omnibusgesellschaft in der schwebenden Tariffrage. Die Gesellschaft verlangte bekanntlich von der Deputation die Genehmigung zur Verkürzung der Teilstrecken und Erhöhung des Preises für diese Strecken von 5 auf 7 1/2 Pfennige. Als die Deputation nach den sorgfältigsten Erwägungen, die in Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse angestellt wurden, nur eine Preisserhöhung auf 6 Pf., also um 20 Proz. zugestand, erklärten die Vertreter der Gesellschaft, daß sie unverzüglich eine Generalversammlung der Aktionäre einberufen würden und in dieser Generalversammlung würde dann ohne jeden Zweifel die sofortige Liquidation des ganzen Unternehmens beschlossen werden. Auf die Deputation würde dann die schwere Verantwortung fallen, die bisherigen hundert Millionen Fahrgäste der Gesellschaft ohne jede Fahrgelassenheit gelassen zu haben. Diese Generalversammlung hat nun inzwischen stattgefunden. Die Liquidation des ganzen Unternehmens wurde nicht beschlossen; wohl aber kamen aus der Mitte der Aktionäre Dinge zur Sprache, die die Stellung der jetzigen Leitung der Gesellschaft in der Öffentlichkeit nicht gerade zu erhöhen geeignet sind. Ein gewichtiges Wort bei der Regelung der Tariffrage hat der Polizeipräsident mitzuzupprechen und es war der Gesellschaft zunächst geglikt, im Polizeipräsidentium ihre Auffassung von der Notwendigkeit der Preisserhöhung auf 7 1/2 Pfennig zur Geltung zu bringen. In einer Konferenz zwischen dem Vertreter der Stadt und des Polizeipräsidenten gelang es aber dem städtischen Dezernenten, den Mäuten des Polizeipräsidenten eine andere Auffassung von dem Standpunkt und den Motiven der Verkehrsdeputation beizubringen und als Ergebnis dieser Konferenz unterbreitete der Polizeipräsident der Gesellschaft einen Vermittlungsvorschlag. Der Vermittlungsvorschlag geht dahin, daß jeder einzelne Fahrstreifen 10 Pf. kosten und für die Teilstrecken zwei Fahrstreifen zu 15 Pf. und fünf Fahrstreifen zu 30 Pf. verkauft werden sollen; zu lange Teilstrecken sollten auf 300 Meter verkürzt werden. Diesen Vermittlungsvorschlag lehnte die Gesellschaft im Schreiben vom 30. November ab und machte folgenden Gegenorschlag: 1. Der Fahrpreis beträgt für die einzelne Fahrt 10 Pf.; 2. Teilstrecken kosten bei Lösung von zwei unpersonlichen Fahrstreifen zu 15 Pf. 7 1/2 Pf. für die einzelne Fahrt; 3. es werden persönliche Monatskarten, die zur Fahrt auf einer Linie berechtigen, zum Preise von 6,50 M. anzugeben.

In der gestrigen Sitzung wurde dieses Schreiben mündlich noch dahin ergänzt, daß diese Bedingungen die äußersten Konzeptionen darstellen, die die Gesellschaft machen werde. Sollte die Deputation nicht zustimmen, so werde sie die wichtigsten dem Publikum unentbehrlichen Linien eingehen lassen. Da aber der Polizeipräsident im Interesse des Verkehrs auf der sofortigen Wiederaufnahme dieser Linien bestehen werde, so sei sie dann, da eine Festsetzung der Tage nach § 76 der Gewerbeordnung nicht zustande gekommen sei, in der Lage, ohne Tarif zu fahren.

Nach langer Debatte beschloß die Deputation, die Anträge der Gesellschaft abzulehnen, dagegen dem Vermittlungsvorschlage des Polizeipräsidenten vollinhaltlich zuzustimmen. Die persönlichen für nur eine Linie gültigen Abonnements zum Preise von 6,50 M. monatlich, die die einzige Konzeption der Gesellschaft darstellen, hätten für die Strecke, die als Fahrgäste der Teilstrecken in Betracht kommen, absolut keinen Wert; auch sei für diese Strecke die einmalige Zahlung von 6,50 M. ganz unerschwinglich. Das müsse die Gesellschaft auch selber wissen. Die ganze Konzeption sei daher nichts als ein leerer Blender. Die Gesellschaft habe u. a. ihr Kapital erhöht, um Autobusse zu bauen und zu betreiben; hier tue sie dies nicht, wolle nun aber aus den Teilstrecken-Fahrgästen die Verpflegung für dieses Kapital herauswirtschaften. Die Abonnements seien im Verhältnis zu den zu durchzufahrenden Strecken dreimal so teuer wie bei der Stadtbahn, doppelt so hoch wie bei der Straßenbahn. Durch Drohungen lasse man sich nicht führen. Es bestehe für alle in Betracht kommenden Linien ein vereinbartes Tarif. Diese Linien eingehen zu lassen, um sie dann selbst mit kleineren Abweichungen in der Route wieder aufzunehmen und ohne Tarif zu fahren, sei nichts als der Versuch einer Geiseldumgebung. Es sei nicht zu erwarten, daß der Herr Polizeipräsident einer solchen Geiseldumgebung seine Mitwirkung leihen werde. Jedenfalls lehne die Verkehrsdeputation die Verantwortung für solches Vorgehen von sich ab. Ganz anders lägen die Dinge bei dem dankenswerten Vermittlungsvorschlage des Polizeipräsidenten, der den widerstreitenden Interessen gerecht werde und eine geeignete Basis zur Verständigung biete.

Aus dem Berliner Magistrat.

Der Magistrat hat sich mit der Verichterstattung für die Presse aus den Sitzungen der städtischen Anratorien, Deputationen, Ausschüssen usw. sowie mit einer Umgestaltung des „Gemeindeblattes“ beschäftigt. Es wurde ein Ausschuss mit der Vorberatung beauftragt, der dem Magistrat Vorschläge unterbreiten wird.

Ferner beschäftigte sich der Magistrat mit einer neuen Bezirkseinteilung von Berlin. Die letzte hat vor länger als zwanzig

Jahren stattgefunden. Seitdem hat sich sehr vieles geändert. Die Bezirke im Innern der Stadt entwickelten sich immer mehr, während andere derart zugenommen haben, daß sie von Zeit zu Zeit geteilt werden mußten. Besonders die Armenkommissionsbezirke und die der Gemeindevorstände sind oft geteilt worden. Einige führten bereits neben der eigentlichen Stammnummer Buchstaben und sind schon bis zum P gelangt. Dadurch sind Verwechselungen möglich und ist eine Neueinteilung notwendig geworden, die sich über ganz Berlin erstrecken soll, wobei die historischen Grenzen berücksichtigt werden sollen. Ein Ausschuss ist mit den Vorarbeiten beauftragt.

Die Fiskalpolitik in der Spree hat in diesem Jahre einen ungewöhnlich großen Umfang angenommen. Während schon seit mehreren Jahren in der Umgebung Berlins keine Fiskalottern mehr wahrgenommen worden sind, wurden im verfloffenen Sommer nicht weniger als drei solcher Fiskalotter in der Oberspree erlegt. Am Sonntag sind wiederum zwei junge Fiskalottern bei Woltersdorfer Schleuse gefischt worden. Drei dieser Tiere waren in die Schleusenlampe hineingeraten und es wurde sofort eine Jagd auf die Räuber unternommen, jedoch konnten nur zwei der Ottern erbeutet werden. Der dritte war es gelungen zu entfliehen.

Renartige Uebersicht über den Sprechbereich der Fernsprechnetze. Der Sprechbereich der Fernsprechnetze hat sich im Laufe der Jahre mehr und mehr ausgedehnt. Man kann jetzt z. B. von Berlin wohl mit der Hälfte aller deutschen Postorte sprechen. Die früher verteilte Uebersicht über den Sprechbereich der Fernsprechnetze des Berliner Bezirks hat einen derartigen Umfang angenommen, daß sie nicht mehr gut in die Hände der Teilnehmer paßt. Auch liegt nur selten ein Bedürfnis dafür vor. Die Verwaltung hat jetzt eine neue Uebersicht fertiggestellt, die einen dreifachen Umfang von 32 Zentimeter Höhe darstellt. Das Buch hat gleichzeitig eine vollständige Umgestaltung erfahren. Es sind ein für alle mal sämtliche inländischen Postorte aufgeführt. Die bestehenden Sprechbeziehungen ersieht man daraus, daß in der betreffenden Spalte die Gebühr für ein einzelnes Gespräch angegeben ist. Durch handschriftliche Ergänzungen können die Kenner das Buch stets auf dem Laufenden halten. Unter den Teilnehmern werden wenige sein, die dazu Lust haben. Das Buch kann aber von jedem durch die Annahmestelle des Briefpostamtes an der Ecke der Heiligengeist- und Königsstraße gegen Erstattung der Selbstkosten bezogen werden. Bei der Angabe der einzelnen Gebühren sind ferner jetzt nicht mehr die Orte des Bezirks angegeben, sondern lediglich die Tagquadrate. Nach diesen werden die Entfernungen von Ort zu Ort und damit die Fernsprechgebühren berechnet. Die Vermittlungsstellen geben über jede mögliche Verbindung und deren Gebühren jederzeit Auskunft.

Serienlosgeellschaften. Die Bildung sogenannter Serienlosgeellschaften betrifft ein neues Erkenntnis des Reichsgerichts, das jetzt den Polizeibehörden zur Nachahmung mitgeteilt wird und demnach für die Behandlung dieser Frage in Zukunft maßgebend ist. Das Erkenntnis spricht aus, daß in der Bildung sogenannter Serienlosgeellschaften, bei denen die einzelnen Lose oder Losanteile nicht in das Eigentum oder Gemeingeitum der Gesellschaften gelangen, diesen vielmehr lediglich ein obligatorischer Anspruch auf Auszahlung des auf ein Los entfallenden Gewinnes nach Verhältnis der Beteiligung eingeräumt wird, die Veranstaltung einer Lotterie zu erblicken ist. Auch das Werden von Mitgliedern zu solchen Gesellschaften im Inlande durch Beauftragung einer ausländischen Firma ist nicht als der Vertrieb von Losen einer schon bestehenden, im Auslande veranstalteten Lotterie, sondern als Beihilfe bei Veranstaltung einer inländischen Lotterie anzusehen. Ein Agent hatte holländische Lose oder Losanteile in Preußen verkauft. Es waren sogenannte Serienlosgeellschaften gebildet worden. Das Reichsgericht ist der Ansicht, daß die von dem Unternehmer verkauften Mitgliedscheine als Lose der von ihm veranstalteten Lotterie zu bezeichnen sind. Verfehlt wäre dagegen die Annahme des Vorderrichters, daß es sich hier um eine in Holland veranstaltete, sonach außerpreussische Lotterie handelte. Die Lotterie wäre in Holland veranstaltet worden, während in Preußen nur eine Beihilfe dazu vorliege.

Weil er keine Arbeit finden konnte.

trotz aller Bemühungen, hat sich der 27-jährige obdachlose Schneider Hermann Wolff erhängt. In seiner Verzweiflung kletterte er gestern nachmittags an einem am Krankenhause am Urban stehenden Laternenpfahl hinauf, besetzte den Strick unterhalb des Glasgehäuses an der Bildung und erhängte sich auf diese Weise. Bald darauf kamen Passanten vorüber und schnitten den Lebensmäden ab. Sie brachten ihn nach dem nahe gelegenen Krankenhause am Urban.

Eine weitere Notiz besagt: Nahrungsorgen haben den 47 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Ailian, Hobrechtstr. 4, in den Tod getrieben. Er war längere Zeit hindurch arbeitslos gewesen und da alle seine Hoffnungen, wieder Beschäftigung zu erhalten, fehlschlagen, so fuhr er in der Verzweiflung den Entschluß, sich das Leben zu nehmen. Vor einigen Tagen versuchte er sich zu erhängen, er wurde jedoch noch rechtzeitig abgemittelt und sein Vorhaben dadurch vereitelt. Gestern kam der Verurteilte zum Tode; er erhängte sich im verlassenen Zimmer und als die Tat erbeutet wurde, war er bereits tot.

Diese Verzweiflungsschritte häufen sich jetzt in erschreckender Weise; sie illustrieren recht lebhaft die gut bürgerliche Redensart: „Wer arbeiten will, findet schon Arbeit“. Die Massenansammlungen vor den Ausgabestellen des „Arbeitsmarkts“ strafen diese Redensart Lügen.

Ein Bande von Laubenebrechern hat jetzt die Kriminalpolizei auf dem Grundbrunnen hinter Schloß und Ringel gebracht. Fortgesetzt wurden im Spätkommer und im Herbst im Norden der Stadt und in den angrenzenden Vororten Eingriffe in Laubeneolonien verübt, wobei den Tätern stets große Mengen von Geflügel in die Hände fielen. Die Klagen der Laubenebiger, die sich unter schweren Geldopfern Hühner, Gänse, Enten, Tauben usw. angeschafft hatten, wollten kein Ende nehmen. Durch die Polizei sind nun in der gestrigen Nacht fünf junge Vurche verhaftet worden, die sich zur Ausführung der Diebstähle zu einer regelrechten Eingrecherbande organisiert hatten. Sie schlachteten die gestohlenen Tiere an Ort und Stelle ab und „verkauften“ die Beute dann frühmorgens bei Geflügelhändlern. Die Eingrecher, Vurche im Alter von 14 bis zu 20 Jahren, sind die Söhne adhänter Eltern aus der Brunnenstraße 57, Straßburgerstr. 26 und Seifstr. 2. Sie wurden sämtlich in das Roabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Die Grundheinkung zur Errichtung einer Rasterkast zur Bekämpfung der Stinglingherlichkeit im Deutschen Reiche hat gestern in Charlottenburg unter den üblichen Zeremonien stattgefunden.

Ein schwerer Strafenunfall ereignete sich gestern am Rotbuser Damm. Gestern früh 8 1/2 Uhr wollte der Kutscher der Milchhandlung von August Jähnel, Vorkwaldstraße, vor dem Hause Rotbuser Damm 28 mit seinem Gesäbet umlenken, als letzteres von einem in schneller Fahrt herankommenden Straßenbahnwagen gefaßt wurde. Der Kutscher wurde vom Bod gestäubert und unter dem Vorderperron des Straßenbahnwagens einige Schritte mit fortgeschleift. Er wurde, da er aus Rafe und Mund blutierte und sich nicht erheben konnte, per Drofschle fortgeschleift. Am dem Milchwagen zerstückelte die Deichsel, während die Pferde zwar ungerissen, aber weiter nicht verletzt wurden. Die Spritzenwand des Straßenbahnwagens hatte nur eine derbe Beule davongetragen und der Verkehr war auf dem einen Gleise etwa zehn Minuten unterbrochen.

Wintergarten. Das Dezemberprogramm dieser beliebten Varietébühne ist diesmal stark englisch gefärbt. Söhne und Töchter Albions singen, tanzen, produzieren sich als Excentrics usw. Das Sie bieten, ist dabei gar nicht einmal so überaus herborragend. Französische Witzchen haben in Berlin entschieden schon des öfteren mehr Grazie und amerikanische mehr Komik gezeigt. Auch Liane de Vries, die Pariser Sängerin, schien nicht recht disponiert. Ihr nettes Spiel gubnete wohl, allein ihre Stimme vermochte nicht ganz den großen Raum zu füllen. Desto mehr fesselten dafür die chinesischen Akrobaten der Lan Kmai-Truppe. Die Wasserfontäne, die sie zeigten, waren nicht neu, aber die gymnastischen Produktionen, die die an ihren Köpfen hängenden gelben Artisten vorführten, verdienen voll auf den reichsten Beifall, der ihnen gezollt wurde. Ostasien war noch in einer zweiten Truppe im Programm des Abends vertreten. Die Tenjis, japanische Gaukler, zeigten ihre Künste, die denen, welche wir von indischen Fakiren kennen, in keiner Weise nachstehen. Den Glanzpunkt des Programms bildeten die humoristischen Vorträge des beliebten Robert Steidl. Seine vielbelächte Satire galt diesmal der „natürlichen“ Liebe im Gegensatz zum § 175, und dem verregneten Sommer des laufenden Jahres. Von den übrigen Pieren seien noch genannt: die Yagann-Truppe, die als lustige Bilder einige prächtige Excentrics vorführten, ferner der Dumb Loque — der sich produzierte als Reiter, Equilibrist und Jongleur —, sowie die Brunins, die als Bildhauer Kunststücke leisteten.

Im Apollo-Theater bildet auch im Dezemberprogramm Schloßer Schäffer jr. noch den Mittelpunkt des Interesses. Die Mannigfaltigkeit seiner Künste, die das weite Gebiet von der Athletik bis zum Weigen spielen umfaßt, ist in der Tat staunenerregend, wenn auch die einzelne Leistung nicht immer die Höhe des Hochstrebens erreicht, die dieser ja gerade durch die Spezialisierung auf ein kleines Gebiet erst möglich macht. Eine sehr respektable Kammer ist die Opernprobe von Siegart Gentes, der all die Schönen und boshaften Zufälle einer solchen Probe zu drastischer und anschaulicher Darstellung bringt. Er übertrifft natürlich auf äußerste. Daß die schwer dreifüßigen Rehen zu ganz netten Kunststücken sich heranzubilden lassen, bewies sich Darwin. Das Abs-Adello- Trio erfreute durch amnatige Gymnastik. Die Wunder moderner Ausstattung kamen in dem Märchenballer: die Glädsee zur Geltung, in der farbenkrebende Bilder und Tänze wechselten. Man kam uns nicht im Operntheater zugehörig in der Ruff St. Denis und echt pariserisch in Gestalt eines grotesken Glädswines, das lustige Kapriolen ausführte. — Humor und guter Bretzelsang, zwei Dinge, die immer seltener im Varieté zu werden scheinen, fehlten im Programm.

Im sechsten Kreise veranstaltet die 1., 2. und 3. Abteilung am 7. Dezember einen Theaterabend im Berliner Prater. Zur Ausführung gelangen: „Die Räuber“, Willets a 30 Pf. sind noch in der Parteiprediktion von Karl Marx, Buchenerstr. 129, zu haben.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes ersucht um und um Aufnahme folgender Feilen: Verloren gegangen ist auf der Hochbahn ein Buch mit blauem Einband, enthaltend 150 Beitragsmarken a 70 Pf. vom Deutschen Metallarbeiterverband. Der Finder wird gebeten, dasselbe im Verbandsbureau, Charlotenstr. 3, abzugeben.

Feuerwehbericht. Wegen eines größeren Kellerbrandes wurde gestern die Feuerwehr nach der Wasserhorst. 49 alarmiert. Dort waren Kohlen und Hausrat usw. in Brand geraten, so daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte, um die Gefahr zu beseitigen. In der Holzmarktstr. 20 brannten in einer Wohnung unter einem Aquarium Petroleum und ein Holzschlag. Die Verpackung von zwei Gasometern, Kohlen und Holzlasten brannten gleichzeitig in der Brunnenstr. 39 und Kommandantenstr. 31. In einem Wehwarengeschäft in der Remelerstr. 48 kam Feuer aus, wobei Kartons usw. ein Raub der Flammen wurden. Am Grünen Weg 80 stand nachts eine Kasse in Flammen. Schalbeden, Balken usw. mußten in der Kottbenerallee 70 abgelöst werden. Ferner hatte die Wehr in der Jakobikirchstr. 7, Zimmerstr. 60, Eberswalderstraße, Rösenerstr. 10, Greifswalderstr. 12 u. a. Stellen aus verschiedenen Ursachen zu tun.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstagsabend 9 Uhr: 3. Abkündigung Schönberg bei Bielefeld, Grünwaldstr. 110, und 4. Abteilung in Lichtenberg-Kummelsburg bei Lindner, Grünbergerstr. 10. Vortrag über Verbrennungen, Erfrierungen, Hitzschlag, Blitzschlag und Verletzungen durch Elektrizität. Daran anschließend praktische Übungen. Vortragende: Herren Dr. Schwab und Dr. J. Dirschfeld.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Nach den Stadtverordnetenwahlen. Wie es von vornherein zu erwarten war, so ist es gekommen; bei den Liberalen beginnt es schon jetzt zu bröckeln. Die Tatsache, daß der Ausgang der Stadtverordnetenwahlen den Liberalen und den Sozialdemokraten die Mehrheit im Stadtparlament gebracht hat, scheint einige liberale Herren gruselig gemacht zu haben. Sie ergreifen die Fahnenstange und stufen bei der „Unabhängigen Vereinigung“ (Hausbesitzerfraktion) Anschlag. Vor den Wahlen konnten sich diese Herren gar nicht genug tun in der Bekämpfung der „Unabhängigen Vereinigung“, während jetzt gemeinsam mit dieser der Kampf gegen die eigenen Gesinnungsgenossen, der liberalen Fraktion, und vor allem gegen die Sozialdemokratie aufgenommen werden soll. Die Parole zu diesem „Kesseltreiben“ wurde in einer Versammlung des „Haus- und Grundbesitzervereins“ ausgegeben. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem Ausfall der Stadtverordnetenwahlen, wobei man zu ergründen suchte, woher es kam, daß gerade der „Haus- und Grundbesitzerverein“ eine so fürchterliche Schlappe erlitten hat. Man suchte nach Mitteln, wie dieser Reinfall wieder gutzumachen sei. Die Mitglieder des Vorstandes legten ihre Klemmer nieder, da sie den Wahlausfall als ein Mißtrauensvotum aufzufassen. Als Reiter in der Not erschien ihnen da der „Liberaler“ Stadtverordnete Vohausen. Der Herr, der den Mund nicht voll genug nehmen konnte, um die „Unabhängige Vereinigung“ an den Pranger zu stellen. Dieser Herr stellte sich in der Versammlung des „Haus- und Grundbesitzervereins“ hin und erklärte: „daß man mit den Herren aus der liberalen Fraktion nicht mehr zusammengehen könne. Es ist die höchste Zeit, daß wir uns zusammenschließen zum Kampf auch gegen die liberale Fraktion, denn diese unterschleibt sich sehr wenig von der Sozialdemokratie. Wenn wir nicht dafür sorgen, daß dieser Strom geheimni wird, dann geht er über uns weg. Wir sind vollständig davon durchdrungen, daß wir zu ihnen gehören. Hand in Hand miteinander gehen müssen, daß von jenen Elementen niemand mehr ins Stadtparlament hineinkommt. Wenn man sieht, im besonderen in der letzten Stadtverordnetenversammlung, daß kein Unterschied mehr besteht zwischen Sozialdemokraten und liberaler Fraktion, dann muß man sagen, wir stehen schon mitten in der Sozialdemokratie.“ Diese Ausführungen fanden selbstverständlich in der Versammlung einen rasenden Beifall. Man wurde sich auch darüber einig, daß dieser Herr der zukünftige Stadtverordnetenvorsteher müsse. Bekanntlich ist der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Professor Hedne (Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins) nicht wiedergewählt worden, trotzdem er in der ersten Abteilung sowohl wie in der zweiten Abteilung aufgestellt worden ist.

Zum allgemeinen Gaudium muß nun auch noch der angebliche Waffensund in der Panikstraße herhalten, um ein weiteres zu tun, die liberalen Stadtverordneten in die Reihen der „Unabhängigen Vereinigung“ zu treiben. Unseren Genossen Wämmer und Obst wird in dem Organ der „Unabhängigen Vereinigung“ nachgesagt, sie hätten mit russischen Terroristen und Bombenwerfern gemeinsame Sache gemacht, deshalb dürfe kein liberaler Stadtverordneter für die Anträge der Sozialdemokratie stimmen. Es erübrigt sich,

auch nur noch ein Wort für diese lächerlichen Hirngespinnste zu verlieren. Sie zeigen wenigstens, was der Ausfall der Schönberger Stadtverordnetenwahlen in den Köpfen dieser Leute angereicht hat; und das genügt uns.

Nun die „liberalen“ Stadtverordneten sich der „Unabhängigen Vereinigung“ oder der liberalen Fraktion anschließen die Sozialdemokratie wird in gewohnter Weise auch im neuen Stadtparlament ihre Tätigkeit auszuüben wissen.

Stadtverordnetenversammlung.

Die Vorlage des Magistrats, für das Reformrealgymnasium besondere Vorrichtungen einzurichten, brachte eine längere Schuldebatte. Stadtd. Oetreich (Lib.) sprach sich prinzipiell gegen die Einrichtung von Vorschulen aus; er ist der Meinung, daß man ohne solche auskommen kann. Man treffe lieber Maßnahmen, um begabte Schüler nach dreijährigem Volksschulbesuch in die Grundklassen der höheren Schulen einzureihen. Namens seiner Fraktion beantragt Nebner, den Magistrat zu ersuchen, mit den Gemeinden Groß-Berlins zwecks Abschaffung der Vorschulen in Verbindung zu treten.

Oberbürgermeister Wilde ist wohl dafür, mit den Gemeinden Groß-Berlins in dieser Frage zu verhandeln, hält es aber für verfehlt, in Schöneberg mit Abschaffung der Vorschulen allein vorzugehen. Man würde dadurch nur zahllose Privatschulen schaffen. Uebrigens sei auch Eugen Richter ein Freund der Vorschulen gewesen.

Stadtd. Schüler (Unabh. Vereinigung) hält die Vorschulen für notwendig, sie verursachen der Stadt auch keine Kosten. Wlog des Prinzips wegen soll man die Vorschulen nicht abschaffen.

Stadtd. Rüter (Soz.) tritt ebenfalls für Abschaffung der Vorschulen ein. Durch Einrichtung dieser Klassen werden auch den Gemeindeschulen die Klassenräume entzogen. Schon seit 6 Jahren strebe man danach, die fliegenden Klassen in den Gemeindeschulen abzuschießen, aber bis heute ist dies noch nicht gelungen. Daß bei einem Rückwärtsgehen von Vorschulen die begünstigten Einwohner Schönebergs den Rücken kehren, trifft nicht zu. Nirgends ist für die reicheren Leute besser gesorgt, wie in Schöneberg. Die höheren Schulen erfordern für den einzelnen Schüler einen bedeutend größeren Aufschuß wie die Gemeindeschulen. Dieser Aufschuß läge, nach der Meinung der Mehrheit in der vorigen Sitzung gelegentlich des Antrages betreffend unentgeltliche Speisung der Arbeitslosen, auch nur einem Almosen gleich, das den reichen Leuten gegeben wird.

Oberbürgermeister Wilde wendet sich gegen die letzteren Ausführungen. Von einem Almosen kann keine Rede sein. Die Reichen bringen doch den wesentlichen Teil der Steuern auf, während für die Arbeiter durch die Steuern der Reichen gesorgt wird. Die reichen Leute sind es auch, die das Geld zu den Gemeindeschulen geben, obgleich ihre Kinder die Gemeindeschulen nicht besuchen.

Stadtd. Rüter (Soz.) weist darauf hin, daß es vor allem doch nur die Arbeiter sind, die die ganzen Werte und Produkte schaffen. Woher kommen denn die hohen Dividenden? Durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Besitzlosen ist es den Besitzenden doch nur möglich, immer größere Reichtümer anzuhäufen. Es ist also ganz unzureichend, wenn der Oberbürgermeister erklärt, daß die Arbeiter von dem Gelde der Reichen erhalten werden. Das Umgekehrte ist richtiger.

Nach Annahme der Magistratsvorlage werden die Anträge der Liberalen, die Einrichtung der Vorschulklassen zu verlagern, bis genügend Räume geschaffen sind, und zweitens, mit den Gemeinden Groß-Berlins zwecks Abschaffung der Vorschulen in Verbindung zu treten, abgelehnt.

Ein Antrag der liberalen Fraktion verlangt, daß vom Magistrat Schritte unternommen werden zur Herbeiführung eines einheitlichen Vademekals mit Berlin. Bekanntlich werden die Läden in Schöneberg um 1/10 Uhr und in Berlin um 10 Uhr geschlossen. Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, daß schon im Jahre 1898 ein Gemeindeforschluß in dieser Angelegenheit gefaßt worden ist. Die Kirchenbehörden in Schöneberg sind aber gegen die Verlegung der Kirchzeit gewesen. Eine Beschwerde an das Konsistorium wurde zurückgewiesen, weil dasselbe zwar eine einheitliche Regelung für wünschenswert hielt, sich aber im übrigen auf den ablehnenden Standpunkt der Schöneberger Kirchenbehörde stellte. Der Oberbürgermeister empfahl, dafür zu sorgen, daß der Widerstand der Kirchenbehörde gedrochen wird. — Der Antrag wurde darauf einstimmig angenommen.

Zugestimmt wird sodann einem Antrag, dem Volkshausverein zur Speisung bedürftiger Kinder 1000 M. zu bewilligen.

Ein weiterer Antrag betrifft die Errichtung eines Stadttheaters. Der Magistrat beantragt, die Angelegenheit auf zwei Jahre zu vertagen. Als Grund wird angeführt: 1. daß der für den Bau in Aussicht genommene Bazarische Platz gegenwärtig an der äußersten Peripherie der bebauten Stadt befindet und mit ganz unzureichenden Verkehrsmitteln versehen ist; 2. daß bei der gegenwärtig herrschenden Geldknappheit die städtischen Ausgaben für dringendere Zwecke reserviert werden müssen; 3. daß die Kräfte und Mittel der städtischen Verwaltung in den nächsten Jahren durch eine Reihe von unbedingt erforderlichen großen Aufgaben in Anspruch genommen sind.

Stadtd. Wollermann (Soz.) gibt zu, daß es gegenwärtig schwer sein wird, Gelder zum günstigen Zinsfuß für das Theater aufzunehmen. Die Schuldfrage aber die Mehrheit der Versammlung. Einer Privatgesellschaft habe man bereits von zwei Jahren die Mittel bewilligt. Sollte man schon damals dem sozialdemokratischen Antrage, das Theater in eigener Regie zu errichten, Folge geleistet, so hätten wir heute bereits das Theater. Nebner beantragt, den Zeitpunkt der Vertagung nicht auf zwei Jahre, sondern auf ein Jahr festzusetzen. — Auch von liberaler Seite wurde der gleiche Standpunkt vertreten. Die Mehrheit stimmte aber der Vertagung auf zwei Jahre zu.

Stadtd. Frisch (Soz.) berichtet darauf über die weitere Tätigkeit des Ausschusses zur Schaffung von Rottandsarbeiten und einer Rechtsauskunftsstelle. Der Ausschuß habe eingesehen, daß man im kommenden Winter mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen hat. Er empfehle deshalb die folgenden Anträge zur Annahme:

1. Der Magistrat wird ersucht, Vorkehrungen zu treffen, um bei eintretender größerer Arbeitslosigkeit im Winter Abhilfe schaffen zu können.

2. Als zweckmäßige Objekte für Notstandsarbeiten erscheinen namentlich die Erdarbeiten bei den Sammelkanälen im Zuge der Grünwaldstraße, Großgörschenstraße und in der Maxin Lutherstraße.

3. Die Beschäftigung Schöneberger Arbeiter durch die Unterwerfung ist sicherzustellen.

4. Der Magistrat wird ersucht, baldmöglichst über die bisherigen Erfahrungen mit der kommunalen Arbeitslosenversicherung Mitteilung zu machen.

Die Anträge werden ohne Widerspruch angenommen, ebenso auch der folgende Antrag:

Der Magistrat wird ersucht, sich mit dem Verein für gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen in Berlin in Verbindung zu setzen, um über die Einrichtung einer Rechtsauskunftsstelle der Stadtverordnetenversammlung alsbald Mitteilung machen zu können.

Lichtenberg.

Doppelte Wahlentrichtung.

Nicht genug, daß das Dreiklassenwahlrecht für die Kommunen die wertvolle Bevölkerung zu rechtlosen Geloten stempelt, hat der Gemeindevorstand die Wahlzeit für die dritte Wählerabteilung auf nur vier Stunden beschränkt.

Es soll gewählt werden am Montag den 16. Dezember von 4 Uhr bis 8 Uhr nachmittags, eine Wahlzeit, bei deren Kürze es der Arbeiterschaft nur schwer möglich sein dürfte, ihr Wahlrecht auszuüben.

Aus dieser Maßnahme geht nur allzu deutlich hervor, daß der aus der ersten und zweiten Wählerklasse bestehende Gemeindevorstand die Geschäfte des bürgerlichen Klubs besorgen will. Der

Protest gegen eine solche Klassenpolitik wird, das mögen sich die Herren gefaßt sein lassen, von der Arbeiterschaft unso lauter und nachdrücklicher gefordert werden. Die Geschäftsführer des bürgerlichen Klubs lassen sich aber mit der Beschränkung der Wahlzeit noch nicht genügen: Den bürgerlichen Gastwirten soll eine Belohnung für Blodirene werden. Die Wahllokale, die den einzelnen Bezirken zugewiesen sind, fordern den schärfsten Protest heraus. Bezirke, die 600 bis 700 eingeschriebene Wähler aufweisen, sollen in Lokalen wählen, die zur gleichen Zeit kaum mehr als 20 Personen fassen, während die Schulen in der nächsten Nähe frei und die wirklich geeigneten größeren Lokale unberücksichtigt bleiben.

Nur munter weiter auf dem Wege; der Zweck, die Arbeiterwähler durch eine elende Verklärung der Wahlzeit und durch Zuweisung ungenügender Wahlräume an der Ausübung ihres an und für sich schon kümmerlichen Wahlrechtes zu hindern, wird nicht erreicht werden. Es muß gegen eine solche Versammlung des Wahlrechtes, so dicht vor den Toren Berlins, aufs energischste protestiert werden.

Ober-Schöneweide.

Wegen eines ähnlichen Beschlusses wie vor zwei Jahren, ist der hiesige Gemeinde- und Amtsvorsteher aufs neue von seinem Amte suspendiert worden.

Ob die Angelegenheit für ihn diesmal ebenso glimpflich ablaufen wird, dürfte höchst fraglich erscheinen.

Dem Ansehen der Gemeindeverwaltung sind solche Vorkommnisse wahrhaftig nicht dienlich, und schließlich erwachsen der Gemeinde hieraus beträchtliche Aufwendungen für Vertretung usw.

Weihensee.

Aus der Gemeindeverwaltung. Zunächst wurde der neu gewählte Genosse Baetge in sein Amt eingeführt. Gleich zu Anfang der Sitzung entstand wieder ein Konflikt mit dem Dezerenten des Rieselfeldes Ditzel. Nachdem des öfteren schon der Wunsch ausgesprochen war, daß die Rieselfeldkommission näheren Einblick in die Geschäfte der Verwaltung des Gutes haben will, steht der Dezerent auf dem Standpunkte der „Selbstverwaltung“ und besorgt die An- und Verläufe allein, wie er sich überhaupt wenig um die Beschlüsse kümmert. Nach der äußerst heftigen Debatte wurde verlangt, daß regelmäßig Sitzungen der Kommission stattfinden sollen, in denen der Dezerent jedesmal zur Rechtfertigung verpflichtet ist. — Eine Hausbesitzerfamilie schuldet der Gemeinde circa 8000 M. Steuern, weshalb das Zwangsversteigerungsverfahren eingeleitet werden sollte. Die Besitzer kamen jedoch um Stundung ein und so wurde die Einleitung des Verfahrens verlagert. Daß man bei anderen gewöhnlichen Steuerzahlern so viel Rücksicht nimmt, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. — Zur Vorlage kam ein Beschluß der Hochbaukommission, in der Gemeindefürsorge eine öffentliche Badeanstalt, bestehend aus 6 Bänken und zwei Bannendächern, einzurichten. Die dazu erforderlichen Mittel in Höhe von 3200 M. wurden bewilligt. — Nachdem der Minister die Errichtung eines Realgymnasiums genehmigt hat, kommt auch schon der hinkende Fuß in folgenden Bedingungen: 1. die Gemeinde muß erklären, zur Unterhaltung des Realgymnasiums jetzt und in Zukunft Staatsmittel nicht zu beanspruchen; 2. hinsichtlich der Art und der Anzahl der Lehrkräfte und der Beschaffung von Lehrmitteln sind lediglich die Anordnungen der Aufsichtsbehörde maßgebend; 3. die Lehrkräfte sind mindestens nach den jeweiligen für Staatsanstellen geltenden Vorschriften zu besolden. In gleicher Weise erfolgt die Regelung der Pensionsansprüche und der Hinterbliebenensfürsorge; 4. bis Ostern 1916 ist nach einem uns zur Genehmigung vorzulegenden Plan ein Anstaltsgebäude nebst Turnhalle und Direktorenwohnhaus zu errichten, daneben auch ein Turn- und Spielplatz von ausreichender Größe zur Verfügung zu stellen; 5. die bis zur Fertigstellung des neuen Schulgebäudes provisorisch zu benutzenden Klassenräume müssen den Anforderungen der Aufsichtsbehörde entsprechen. Hierbei nahm ein Genosse Gelegenheit, die bürgerlichen Vertreter aufzufordern, gegen diese Eingriffe in die Selbstverwaltung ganz energisch bei den maßgebenden Körperschaften zu protestieren; die Herren wollen indes, wie sie betonen, „keine Politik in der Gemeindeverwaltung treiben“. In der geheimen Sitzung wurden noch zwei Grundstücke angekauft. Eins zur Erweiterung der Schule in der Falkenbergstraße, das andere an der Langhausstraße, zwischen Scharnweber- und Gördenstraße. Letztere beiden Straßen sollen in Zukunft laffiert und eine neue Straße bis zur Charlottenburgerstraße durchgeführt werden. Ferner wurde noch ein ausgedehnter Vertrag mit einer ein Kamalifikationsprojekt ausarbeitenden Firma abgeschlossen.

Aus dem hiesigen Gefängnis entwichen sind in der vergangenen Nacht vier Inhaftierte. Trotz der strengen Bewachung gelang es den Dämonen, sich untereinander zu verständigen und einen Fluchtplan zu verabreden. In ihrer Sträflingskleidung glückte es ihnen, aus den Rellen auszubrechen und das Freie zu gewinnen. Erst einige Zeit später wurde die Flucht wahrgenommen und die sofortige Verfolgung der Entwichenen aufgenommen. Sie hatte aber bis gestern keinen Erfolg. Nur die Anstaltskleider der Flüchtlinge wurden im Freien vorgefunden.

Vernau.

Die Stadtverordneten-Versammlung wählte pro 1908 die Etat- und Rechnungskommission, welcher auch unsere Genossen Wünsche und Helbig angehören. Dem Steinfegmeister Jidelbein wurde für Nebenarbeiten beim Verlegen von Granitplatten in der Hohenstein- und Bräckerstraße eine Entschädigung von 40 M. und dem Steinfegmeister Gurich für Nachpflasterungen, welche durch die starken Regenfälle bedingt wurden, eine solche von 60 M. bewilligt. Die Herstellung einer Abwasserleitung im neuen Restaurationsgebäude sowie die Erbauung eines Gebäudes für eine Acetylengas-Anlage auf dem Kleinig-Restaurationsabstellament wurde von der Versammlung abgelehnt. Das neue Straßenprojekt auf dem früheren Verwirrwald Ackerplan zwischen Schönower Chaussee und Jeperniederstraße wurde von der Versammlung genehmigt. Mit 17 gegen 4 Stimmen erklärte sich die Versammlung einverstanden, daß in der Streitfrage der Stadt gegen die hiesige Gasanstalt das Schiedsgericht entscheiden solle, damit endlich Klarheit darüber herrsche ob die Gasanstalt zwei Röhre in jeder Straße und zwar unter den Bürgersteigen oder nur eine wie bisher üblich unter dem Fahrdamm zu legen habe. Dem Krankenhäuser im hiesigen städtischen Krankenhaus, welcher für die Verpflegung der Kranken zu sorgen hat, wurde eine Erweiterungsanlage von 150 M. bewilligt. Dem Vorsteher wurde der Versammlung noch mitgeteilt, daß der Bau einer Chaussee von Vernau nach Buch nun nicht mehr ausgeschrieben erscheint und wohl in Kürze in Angriff genommen werden dürfte.

Die am Sonntag abgehaltene Wahlrechtsversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Die Ausführungen des Genossen Dah lösten bei den Versammelten lebhafteste Besprechungen aus. Die Resolution des Parteivorstandes fand einstimmige Annahme.

Göhen-Schönhansen.

Einen erfreulichen Sieg errangen unsere Genossen bei der gestrigen Gemeindevahl. Bekanntlich hatte der sozialdemokratische Wahlverein wegen Unregelmäßigkeit gegen die Wahl, bei der die bürgerlichen Kandidaten mit nur wenigen Stimmen Majorität gewählt wurden, Protest eingelegt. Dem wurde stattgegeben und die Neuwahlen auf gestern von 12—3 Uhr nachmittags festgesetzt. Schon die für die Arbeiterschaft ungünstige Festsetzung der Wahlzeit ließ einen Sieg der Sozialdemokratie als fraglich erscheinen. Es ist daher umso erfreulicher, wenn unsere Genossen Max Pedenwirth und Friedrich Grütt mit 53 gegen 31 bürgerliche Stimmen als gewählt hervorgingen.

Mühlendorf.

In der Protestversammlung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht am Sonntag referierte Genosse Seybold. Nebner verstand

es, durch keine scharfe Kritik an den elenden Zuständen Preußens die Versammelten für den Wahlrechtskampf zu begeistern. Nach einer kurzen Diskussion fand die Wahlrechtsresolution einstimmige Annahme.

Gerichts-Zeitung.

Selbe Gewerkschaften sind zu bekämpfen.

Am 24. Oktober hoben wir ein bemerkenswertes Urteil des Landgerichts Potsdam hervor. Dies hatte den Metallarbeiter Genossen Bernick von der schweren Frevelthat freigesprochen, den Generalsekretär des regierenden Verbandes der Großindustriellen Bueck beleidigt zu haben. Bernick hatte in einer Rede vor dem Anschluss an die von dem genannten Verbands begünstigte Scheingewerkschaft der Selben gewarnt. Das Landgericht gelangte zur Freisprechung Bernicks, weil Bernick als Gewerkschaftsbeamter lediglich durchaus berechnete Interessen wahrnahm, als er die Natur der „Selben“ bloßlegte und diese insbesondere von Herrn Bueck lebhaft gepflegte Siftpflanze energisch bekämpfte. Gegen das Urteil war trotz — oder wegen? — des Bemühens seiner Entscheidungsgründe Revision eingelegt, ohne Rücksicht darauf Recht zu sprechen, daß der angeblich Beleidigte die Interessen der Industriellen und der vermeintliche Missetäter die der Arbeiter vertrat. Die Revision ist nunmehr zurückgezogen. Es liegt also ein rechtskräftiges preussisches Gerichtsurteil vor, das rückhaltlos anerkennt, ein Gewerkschaftsbeamter nimmt durch den Kampf gegen die Selben durchaus berechnete Interessen der Arbeiterklasse wahr und macht sich durch diese Wahrnehmung nur strafbar, wenn die Absicht einer Beleidigung aus der Form seiner Äußerungen oder aus den Umständen erhellt, unter denen sie fielen. Dieser Fall, der als selbstverständlicher in einem Lande kaum zu registrieren wäre, in dem Recht haben und recht bekommen in der Regel auch Arbeitern gegenüber zusammenfällt, verdient aus der preussisch-deutschen Rechtsprechung besonderer Hervorhebung wegen der Seltenheit der Nichtberücksichtigung der Unrechtsnorm: wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Was hiermit geschieht ist.

Zur Gefindesverlei.

In der Provinz Hannover, dicht an der braunschweigischen Grenze, im Dorfe Cappelnbogen, diente bei dem Landwirt Wespemann ein junges Mädchen aus dem braunschweigischen Städtchen Eidershausen. Am 4. September d. J. erhielt es die Nachricht, es solle schleunigst nach Hause kommen, da die Mutter schwer erkrankt sei. Auf einen Tag erhielt das Mädchen Urlaub, mußte jedoch zur Pflege der Mutter und zur Führung des elterlichen Haushalts zu Hause bleiben, da der Zustand der Mutter bedenklich war. Der Vater benachrichtigte den Dienstherrn von der unglücklichen Lage der Familie. Und die Antwort? Zwei Tage darauf erhielt das Mädchen vom Vondrat in Afeld einen Strafbefehl über sechs Mark und den Befehl, sofort zu seinem Dienst zurückzukehren. Der Vater schickte sofort eine Begründung des Fernbleibens seiner Tochter und ein ärztliches Attest über den Zustand der Mutter ein. Allein alles vergebens — das Mädchen steht unter der Gefindesordnung und wird danach behandelt. Menschlichkeitsgründe, Pietät zu Vater und Mutter haben da keinen Raum. Nachdem eine zwangsweise Zurückführung des Mädchens scheitern konnte, wurde dasselbe vom Schöffengericht Lauenrode zu — 15 M. Geldstrafe eventuell fünf Tagen Haft kostenpflichtig verurteilt. Hierdurch schwoll dem Herrn Wespemann der Kummer ganz gewaltig. Den Lohn und die Kleidung hatte er bis dahin zurückbehalten. Am 4. November schrieb er dem Mädchen folgenden bezeichnenden Brief:

„Da deine Gerichtlich entschieden ist und Du in Strafe genommen bist, gebe ich den Koffer ab, und die alten wertvollen Kleidungsstücke lasse ich von Pauline auf Deinen Koffer legen, und den Koffer lasse ich Mittwoch den 6. d. M. in mein Söpel-scheur stellen, und fordere Dich hiermit auf, denselben von 12—1 Uhr Mittag abzuholen, sollte das nicht erfolgen lasse ich den Koffer an die Strafe stellen, übrigens verbitte ich Dir, mein Haus nicht zu betreten, widrigenfalls ich Dich entfernen werde. Was Dein Lohn anbetrifft ist hier anbei Rechnung Wespemann. Da wir im Juli dieses Jahres abgerechnet haben, haben aber die Tage von 1906—1907 bis auf weiteres zurückbehalten kommen jetzt in Rechnung im Juli 1906 4 Tage weg im September 1906 15 Tage weg im August 1907 2 Tage weg sind 21 Tage rechnet pro Tag 1 Mark am 4. Septbr. 1 Mark erhalten sind 21 Mark vom 4. Septbr. 1907 bis 4. Oktbr. pro Tag 1 Mark sind 30 Mark diese mehrföderung pro 4 Tag rechnet ich Entschädigung sind zusammen 51 Mark 2 Monat sind 62 Tage hast Du bei mir gedient, Jahres Lohn beträgt pro Tag 50 Pf. sind 31 Mark. Da Du ohne Rechthabenden Grund mir aus dem Dienst gegangen bist erwarde ich mein Guthaben von 31 Mark bis den 15. d. M. widrigenfalls ich Gerichtlich vorgehe.“

Für 19 Tage im Jahre 1906, das längst verrechnet ist, will der Dienstherr also jetzt noch pro Tag 1 M. in Anrechnung bringen, und für 31 Tage, die das Mädchen den Dienst zu früh verlassen hat, fordert er auch pro Tag 1 M. „Entschädigung“, obgleich dieser Herr dem Mädchen selbst nur 50 Pf. pro Tag an „Lohn“ zahlte und obgleich er für die Zeit gar keine andere Arbeitskraft eingestellt hat. Es ist also nicht genug, daß das Mädchen 82,80 M. Strafe und Gerichtskosten zahlen muß, es soll auch noch seinen rückständigen Lohn in Höhe von 31 M. schwinden lassen und dazu noch 31 M. „Entschädigung“ zahlen. Wird die Staatsanwaltschaft Anlaß zu der Annahme haben, daß der Brief sich als Expression charakterisiert? Den Eltern und Vormündern kann nicht dringend genug empfohlen werden, keinen Gefindesvertrag ohne einen schriftlichen Vertrag abzuschließen, der die zum Himmel schreienden Mißstände der Gefindesordnung und der Ausnahmeseize gegen das Gefinde ausschließt.

Vermischtes.

Wo ist die „Patrie“? Bisher ist man noch im Ungewissen, wo der lenkbare Luftballon geblieben ist. Die letzte Beobachtung vom Land aus wird aus Glenarm in Irland gemeldet, wo er Montag nachmittag gesehen worden ist. Er scheint seit Sonntag in ruhiger, aber entgegengesetzte Luftströmungen gekommen zu sein, denn sonst hätte die „Patrie“ nach ihrer Flugrichtung schon den Atlantischen Ozean erreicht haben müssen.

Nach den jetzt vorliegenden amtlichen Meldungen trat der Unfall Sonntagabend zwischen 8 und 9 Uhr in Souhesmes, einem jenseits des Fortgürtels im Westen Verdun gelegenen Orte ein. Wenn die Ursache weniger in dem Sturm als in dem Fehlen einer Reihvorrichtung gesucht wird, die bei den Freidivisions eine schnelle Entleerung des Ballon von Gas durch Aufsteigen eines oberen Stüdes der Hülle bewirkt, so ist das ein Irrtum. Wie die deutschen Motorballons mit Ausnahme des starken Zeppeleinschen Fahrzeuges hat auch die „Patrie“ eine Reihvorrichtung. Zudem, der Erbauer des Ballons, bestätigt das selber. Man wollte einen Unfall wie der des „Lebudy II“ im Lager von Chatois am 6. Juli 1905 vermeiden und baute auf der „Patrie“ eine Reihvorrichtung ein. Als der Sturm sie überfiel und die Mannschaft sie nicht mehr halten konnten, versuchte ein Leutnant die Reihvorrichtung zu ziehen, aber unglücklicherweise hatte sie sich mit anderen Striden bereits verwirrt und tat nicht ihre Schuldigkeit. Das Richtarbeiten der Reihvorrichtung ist danach als die eigentliche Ursache des Unfalls anzusehen. Auffällig ist dabei, daß die Reihvorrichtung früher gezogen wurde. Man wollte aber offenbar das teure Gas — der Ballon war zur Rückfahrt von Souhesmes nach Verdun noch mit 200 Staumeter Gas nachgefüllt worden — nicht verlieren und verlor so das ganze Fahrzeug; die Nachschiffung erklärt aber auch, wie sich der Ballon so lange in den Läften gehalten hat — allerdings ist er ja auch ohne jeglichen Ballast.

Sor der Untergang gerettet. Nach einer Meldung aus Halifax (Neu-Schottland) ist der Canadian-Pacific-Dampfer „Mount Temple“ während eines Sturmes bei einer kleinen Insel an der Küste von Neu-Schottland gestrandet. Die Passagiere, 600 an Zahl, konnten sich auf die kleine Insel retten, mußten aber dort 18 Stunden ohne Nahrung und Obdach zubringen und wurden schließlich, da die Boote des Dampfers zertrümmert waren, einzeln vermittelst eines Korbes und einer 200 Fuß langen Leine von der Insel nach der Küste befördert.

Ein gefährlicher Schullehrer. In Homberg bei Duisburg wurde, wie uns aus Essen telegraphiert wird, vorgestern ein 34jäh. verheirateter Lehrer wegen Vergehens gegen den § 175, begangen an Schülern, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis zu Koers übergeführt.

Die Raubbarinnen. Der Bergmann Fischer in Ferne, Vater von sechs Kindern, löstete, wie uns von dort gemeldet wird, am 3. Dezember den Bergmann Schumann durch zahlreiche Meißerstücke. Veranlassung zu der Tat war ein Streit zwischen den Ehefrauen der beiden Männer.

Tod durch Gaskocher. In einem Stuttgarter Pensionat wurden gestern früh drei junge Leute, die einer Gaskocherung zum Opfer gefallen sind, bewußlos aufgefunden. Einer ist tot, die beiden anderen wurden ins Hospital gebracht. Der Tote stammt aus Hof in Bayern.

Eisenbahnunfall in Wales. Einer Meldung aus London zufolge fuhr bei der Station Port (Wales) ein Güterzug auf einen Personenzug. 31 Personen wurden verletzt.

Schiffbrand. Ein Hochtelegraph aus Philadelphia meldet, daß an Bord des englischen Dampfers „Montana“ Feuer ausbrach, welches erst nach sechsständigem Kampfe gelöscht werden konnte. Der Schaden wird auf 20000 Pfund Sterling bemessen.

Ein Haub der Flammen. Nach einer Meldung aus Ikkib (Türkei) ist dort gestern nacht das große neue Gebäude des serbischen Gymnasiums gänzlich niedergebrannt. Der Schaden beträgt eine halbe Million Menschenleben sind nicht zu beklagen, da die 300 Internisten glückselig entkamen. Das bulgarische Komitee gilt als der Brandstiftung verdächtig. In Belgrad herrscht große Erbitterung.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. Abstellung v. Donnerstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Liebenow: Versammlung. Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Gente“. Heute abend 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Volze, Rodenbergstr. 8. Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülfinnen Deutschlands. Bezirk NO. Am Donnerstag, den 5. Dezember, abends 9 Uhr, bei Deutschmann, Am Friedrichshain 6: Vortrag. Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Kolon-Kraus. Heute abend 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung bei Weismann, Grünstraße 21.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1077, 1078, 1079, 1080, 1081, 1082, 1083, 1084, 1085, 1086, 1087, 1088, 1089, 1090, 1091, 1092, 1093, 1094, 1095, 1096, 1097, 1098, 1099, 1100, 1101, 1102, 1103, 1104, 1105, 1106, 1107, 1108, 1109, 1110, 1111, 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1129, 1130, 1131, 1132, 1133, 1134, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139, 1140, 1141, 1142, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1150, 1151, 1152, 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1174, 1175, 1176, 1177, 1178, 1179, 1180, 1181, 1182, 1183, 1184, 1185, 1186, 1187, 1188, 1189, 1190, 1191, 1192, 1193, 1194, 1195, 1196, 1197, 1198, 1199, 1200, 1201, 1202, 1203, 1204, 1205, 1206, 1207, 1208, 1209, 1210, 1211, 1212, 1213, 1214, 1215, 1216, 1217, 1218, 1219, 1220, 1221, 1222, 1223, 1224, 1225, 1226, 1227, 1228, 1229, 1230, 1231, 1232, 1233, 1234, 1235, 1236, 1237, 1238, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260, 1261, 1262, 1263, 1264, 1265, 1266, 1267, 1268, 1269, 1270, 1271, 1272, 1273, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1279, 1280, 1281, 1282, 1283, 1284, 1285, 1286, 1287, 1288, 1289, 1290, 1291, 1292, 1293, 1294, 1295, 1296, 1297, 1298, 1299, 1300, 1301, 1302, 1303, 1304, 1305, 1306, 1307, 1308, 1309, 1310, 1311, 1312, 1313, 1314, 1315, 1316, 1317, 1318, 1319, 1320, 1321, 1322, 1323, 1324, 1325, 1326, 1327, 1328, 1329, 1330, 1331, 1332, 1333, 1334, 1335, 1336, 1337, 1338, 1339, 1340, 1341, 1342, 1343, 1344, 1345, 1346, 1347, 1348, 1349, 1350, 1351, 1352, 1353, 1354, 1355, 1356, 1357, 1358, 1359, 1360, 1361, 1362, 1363, 1364, 1365, 1366, 1367, 1368, 1369, 1370, 1371, 1372, 1373, 1374, 1375, 1376, 1377, 1378, 1379, 1380, 1381, 1382, 1383, 1384, 1385, 1386, 1387, 1388, 1389, 1390, 1391, 1392, 1393, 1394, 1395, 1396, 1397, 1398, 1399, 1400, 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1407, 1408, 1409, 1410, 1411, 1412, 1413, 1414, 1415, 1416, 1417, 1418, 1419, 1420, 1421, 1422, 1423, 1424, 1425, 1426, 1427, 1428, 1429, 1430, 1431, 1432, 1433, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1440, 1441, 1442, 1443, 1444, 1445, 1446, 1447, 1448, 1449, 1450, 1451, 1452, 1453, 1454, 1455, 1456, 1457, 1458, 1459, 1460, 1461, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1467, 1468, 1469, 1470, 1471, 1472, 1473, 1474, 1475, 1476, 1477, 1478, 1479, 1480, 1481, 1482, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1491, 1492, 1493, 1494, 1495, 1496, 1497, 1498, 1499, 1500, 1501, 1502, 1503, 1504, 1505, 1506, 1507, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1517, 1518, 1519, 1520, 1521, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1528, 1529, 1530, 1531, 1532, 1533, 1534, 1535, 1536, 1537, 1538, 1539, 1540, 1541, 1542, 1543, 1544, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1550, 1551, 1552, 1553, 1554, 1555, 1556, 1557, 1558, 1559, 1560, 1561, 1562, 1563, 1564, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1570, 1571, 1572, 1573, 1574, 1575, 1576, 1577, 1578, 1579, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1586, 1587, 1588, 1589, 1590, 1591, 1592, 1593, 1594, 1595, 1596, 1597, 1598, 1599, 1600, 1601, 1602, 1603, 1604, 1605, 1606, 1607, 1608, 1609, 1610, 1611, 1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617, 1618, 1619, 1620, 1621, 1622, 1623, 1624, 1625, 1626, 1627, 1628, 1629, 1630, 1631, 1632, 1633, 1634, 1635, 1636, 1637, 1638, 1639, 1640, 1641, 1642, 1643, 1644, 1645, 1646, 1647, 1648, 1649, 1650, 1651, 1652, 1653, 1654, 1655, 1656, 1657, 1658, 1659, 1660, 1661, 1662, 1663, 1664, 1665, 1666, 1667, 1668, 1669, 1670, 1671, 1672, 1673, 1674, 1675, 1676, 1677, 1678, 1679, 1680, 1681, 1682, 1683, 1684, 1685, 1686, 1687, 1688, 1689, 1690, 1691, 1692, 1693, 1694, 1695, 1696, 1697, 1698, 1699, 1700, 1701, 1702, 1703, 1704, 1705, 1706, 1707, 1708, 1709, 1710, 1711, 1712, 1713, 1714, 1715, 1716, 1717, 1718, 1719, 1720, 1721, 1722, 1723, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1729, 1730, 1731, 1732, 1733, 1734, 1735, 1736, 1737, 1738, 1739, 1740, 1741, 1742, 1743, 1744, 1745, 1746, 1747, 1748, 1749, 1750, 1751, 1752, 1753, 1754, 1755, 1756, 1757, 1758, 1759, 1760, 1761, 1762, 1763, 1764, 1765, 1766, 1767, 1768, 1769, 1770, 1771, 1772, 1773, 1774, 1775, 1776, 1777, 1778, 1779, 1780, 1781, 1782, 1783, 1784, 1785, 1786, 1787, 1788, 1789, 1790, 1791, 1792, 1793, 1794, 1795, 1796, 1797, 1798, 1799, 1800, 1801, 1802, 1803, 1804, 1805, 1806, 1807, 1808, 1809, 1810, 1811, 1812, 1813, 1814, 1815, 1816, 1817, 1818, 1819, 1820, 1821, 1822, 1823, 1824, 1825, 1826, 1827, 1828, 1829, 1830, 1831, 1832, 1833, 1834, 1835, 1836, 1837, 1838, 1839, 1840, 1841, 1842, 1843, 1844, 1845, 1846, 1847, 1848, 1849, 1850, 1851, 1852, 1853, 1854, 1855, 1856, 1857, 1858, 1859, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1865, 1866, 1867, 1868, 1869, 1870, 1871, 1872, 1873, 1874, 1875, 1876, 1877, 1878, 1879, 1880, 1881, 1882, 1883, 1884, 1885, 1886, 1887, 1888, 1889, 1890, 1891, 1892, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580,

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Reiterattacke.
 Schwant in 3 Akten von Stobitz
 und Felix Friedmann-Friedrich.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
 Volksstück in 3 Aufzügen von
 Viktor Leon.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Marin Stuart.

Schiller-Saal (Schiller-Theater)
 Charlottenburg
 Mittwoch 9 Uhr: Vortrag von Dr. Ed. Hilbrandt: **Wolff**
 Meusel. Mit Lichtbildern. Reumter Vortrag des Jylus: **Walter**
 Reuzel.
 Freitag 9 Uhr: Vortrag Dr. L. Girschberg: **Robert Schumann.**
 Erläutert durch Instrumentalmusik. Zweiter Vortrag des Jylus: **Komponisten**
 der Reuzel.

Haben Sie schon
 die
Deutschen Konzerthallen,
 An der Spandauerbrücke 3, besucht???

XIII. Saison.
Zirkus Busch
 Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Geschw. Viehis!
 Neu! Kreml Family, Miss Virginia
 Bell. Außerdem: Herr Buch-
 hardt-Football, Herr Ernst Edu-
 mann, Reusreflexen.
 Um 1/10 Uhr: **Auf der Hallig.**
 Diej. gr. Aushl. Pant. b. J. B. Busch
Kiesen- Illusionsakte
 unter Wasser.
 Vorher: Das große Programm.

Zirkus Schumann
 Heute Mittwoch, den 4. Dezember,
 abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
 Glite-Programm und der größte
 und beste Luftakt d. Gegenwart:
6 fliegende
Banvards
 2 Damen, 4 Herren.
 Größte Novität
The three Demons
 in ihren phänomenalen Leistungen.
 Direktor Albert Schumanns neueste
 Originaladressuren und d. großartigen
 neuen Spezialitäten.
 Um 9 1/2 Uhr: Einzig dastehend. Erfolg
Auf dem Neckar
 Diejährtige große Wasserpantomime.

Metropol-Theater
 Anfang präzis 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
 Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
 von J. Freund. Musik von Viktor
 Holländer. In Szene gesetzt
 von Direktor Richard Schults.
G. Thielscher, F. Massary,
B. Darwand, Bender, Giampietro,
Josephil.
 Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 8. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr:

Die Herren von Maxim.
Tranon-Theater.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Fräulein Josette - meine Frau.
Palast-Theater
 Buechstraße 21.
 Heute 8 Uhr
Entree 50 Pf.
Lona Revée
Tableaux vivants
Luna-Quartett
Damen-Ensemble.
Hee and Shee,
 das fidele Duo
 und 9 Attraktionen 9.
Am heiligen Abend.
 Charakterbild von Hoffmann.

DERNHARD ROSE THEATER
 Str. Anhalterstr. 132.
 Gastspiel der Operette des
 Zentral-Theaters:
Unsere blauen Jungens.
 Anfang 8 Uhr. - Wochentagspreise.
 Donnerstag, den 5. Dezember: Die
 Frau Kommerzienrat.

Gebr. Herrnfeld-
Theater.
 57 Kommandantenstraße Nr. 57.
 Abends 8 Uhr:
Nur noch wenige Tage:
Madame Wig-Wag.
Es lebe das
Nachtleben!
 In Vorbereitung:
Papa
 und
Genossen.

WINTERGARTEN
 Robert Stoldi, Humorist. X Kitty
 Gordon, englische Sängerin. X
 Flood Brothers, amerik. Exzentriks.
 X Tenji-Truppe, japan. Zauberer.
 X Die Tiller Girls, engl. Gesangs-
 und Tanz-Truppe. X Taqub, der
 Hund als Reiter, Equilibrist und
 Jongleur. X Lions de Vries, Pa-
 riser Sängerin. X Tan Kwai-Truppe,
 chinesische Akrobaten X Boganny-
 Truppe, die lustigen Bächer. X
 Starr und Loalle, englische Ex-
 zentriks. X Bronins, Billard-
 Künstler. X La Serrat, Fantasie-
 Tänzerin. X Der Biograph.

Folies Bergère
 W., Jägerstraße 63 a.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Mila Barry
Mad. Hurst
Lola Montez
Mad. Dersy
Udel-Quartett
 unter pers. Mitwirkung des Herrn
 Prof. C. Fr. Udel.
 Vorverkauf an der Theaterkasse
 von 11 Uhr an.

Walhalla-
Variete-theater
 Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
 Anfang 8 Uhr.
 Das koloss. Dezember-Programm.
12 Akrobaten Lorch 12
 zirkonische Spiele.
8 Collin Clairon 8
 „Ein Künstlerfest.“
Harry Arndt, Humorist.
12 Interaktion. Spezialitäten 12
 Tunnel: 4 Kapellen
 Theaterbeludern freier Eintritt.

Residenz-Theater.
 - Direktion: Richard Alexander. -
 Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
 Schwant in 3 Akten von Mars und
 Desvallières. Deutsch v. M. Schömann
 Baron des Kubraiz: Ad. Alexander.
 Sonntag, den 8. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr: **Im Babylon.**
Sanssouci Kottbus-
 Straße 6.
 Direktion: Wilhelm Reimer.
 Jeden Sonntag, Montag,
 Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänge-
und Tanztruppen.
 Beginn Sonntags 8 Uhr,
 mochtags 8 Uhr.
 Morgen Donnerstag:
Große Glite: Soiree
und Tanz.
 Der Spul in der Mühle.

Büffettagen
 Moritzplatz
 im Theateraal täglich:
 Das neue
Dezember-Programm.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 7 Uhr. (Sonntags
 referiert 1 R., Entree 50 Pf.)
 Familiendirekt 40 Pf.
 Unten **Militär-Konzert.**
 Jeder, Przemarski, Wörlich,
 Reumann, Offen und Lüttich.

Wer in teuren Zeiten sparen
 will, mache seine Weihnachts-
 Einkäufe bei
Marcus & Hammesfahr
 Wald-Solingen 328
 Stahl-, Holz- u. Verland-Gesch.
 Vorzügliche u. billige Bedienung.
 Weihnachts-Katalog, entb. tauf-
 bescheide gratis. - Brauchvolle
 Christbaumbeleuchtung, vermindert
 1.25 R., vergolbet 1.50 R.,
 mit Refler-Blumen 25 Pf. mehr.
 - Großartiges Sortiment -
 Glasgeschmuck nur 5 R.

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten zur Nachricht, daß
 am 30. November, morgens 7 Uhr,
 nach langem schweren Leiden meine
 innigstgeliebte Frau, unsere Mutter
Klara Priebe
 verstorben ist. 9882
 Um stilles Beileid bitten
Franz Priebe nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet Mittwoch,
 den 4. d. M., nachmittags 3 Uhr,
 von der Leichenhalle des St. Anna-
 Kirchhofes in Bethenice, Falken-
 berger Chaussee, aus statt.

Dankfagung.
 Sage hiermit allen Teilnehmern bei
 der Beerdigung meiner lieben Frau
 meinen herzlichsten Dank.
Anton Gruhn, Kaufherrplatz 1.

Dankfagung.
 Allen Verwandten, Freunden, Be-
 kannten und Kollegen sowie dem
 „Kaufhaus Zukunft“ meinen her-
 zlichsten Dank für die liebevolle Be-
 teiligung und die reichen Kranzspenden
 bei der Beerdigung meines lieben
 Vaters, unseres guten Vaters,
 Bruders, Schwagers, Onkels, Schwie-
 gers und Großvaters. Im Namen
 der trauernden Hinterbliebenen
Witwe Berta Ullrich
 nebst Kindern.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme sowie für die zahlreichen
 Kranzspenden bei der Beerdigung
 meines Vaters, des Gastwirts

Karl Hoffmann
 lage ich allen Freunden und Bekannten,
 insbesondere dem Wahlverein des
 1. Berliner Wahlkreises, dem Verband
 der freien Gast- und Schankwirte
 Deutschlands, Gaststätte Berlin,
 der Jubiläums-Kommission, und dem
 Herrn für die trostreichen Worte am
 Sarge meinen aufrichtigsten Dank.
 9902 **Auguste Hoffmann.**

Dankfagung.
 Allen Kollegen und Genossen meines
 guten Vaters, unseres sorgenden
 Vaters, des Wauers 17355
Hermann Gürgen,
 sage ich für die bei der Beerdigung
 erwiesene Teilnahme und die zahlreichen
 Kranzspenden unseren herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Gürgen und Kinder.
 Köhlfeldstr. bei Neu-Babelsberg.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 30. November verstarb unser
 Mitglied, der Rechaniker
Adolf Winderlich
 48 Jahre alt.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
 von der Halle des hiesigen Fried-
 hofes in Friedrichstede aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Zentral-Verband
der Schmiede Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß am 27. November d. J. der
 Kollege
Kornowski
 vom Bezirk 13 (Zeigel) im Alter
 von 27 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
 Die Ortsverwaltung.

Verband
deutscher Gastwirtsgehöfen
Abteilung der Bierabzieher.
 Am Montag, den 2. Dezember
 1907, verstarb unser Kollege
August Nätebusch
 im Alter von 59 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 5. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Thomas-Kirchhofes in Stig-
 dorf, Hermannstraße, aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 299/20 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Friseur
Wilhelm Schiemann
 am 1. Dezember an Herzleiden
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mit-
 woch, den 4. Dezember, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Halle
 des Hummelburger Fried-
 hofes aus statt.
 Nege Beteiligung erwartet
 161/3 **Die Ortsverwaltung.**

Am Montag, den 2. d. M.,
 entschlief nach langem Leiden
 lieber Mann, der Schneidermeister
Eduard Ludewig.
 Die tiefbetrübte Witwe
 Minna Ludewig, Wollmerstr. 63.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 5. Dezember,
 nachmittags 3 Uhr, von der Halle
 des Hons-Kirchhofes, Nieder-
 Schönhausen-Nordend, aus statt.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme bei der
 Beerdigung meines lieben Vaters
 und unseres guten Vaters sage ich
 allen Freunden und Bekannten, be-
 sonners den Kollegen der Firma Wolf
 unseren herzlichsten Dank. 9782
Anna Aust nebst Kindern.

Vorwärts! Brüder und Schwestern!
Kaufet nur bei mir!!!
 Ich mache bei Abonnenten des „Vorwärts“ jedes Geschäft.
Tadellose Ware. Gute Qualitäten.
Preise bis auf ein Viertel des Wertes ermäßigt.
Abendmäntel in 4 Preislagen
 1. 2. 3. 4. früher bis Mark 29.- 48.- 85.- 155.-
 jetzt nur 9 1/2, 15.- 29 1/2, 44 1/2, 10 1/2, 17 1/2, 20.- 47.- 81.-
Plüschmäntel, Liltboys in 3 Preislagen
 und **Astrachans** in 5 Preislagen
 1. 2. 3. 4. 5. früher bis Mark 30.- 50.- 98.- 155.- 270.-
 jetzt nur 9 1/2, 15.- 29 1/2, 44 1/2, 10 1/2, 17 1/2, 20.- 47.- 81.-
Uebergangsmäntel in 3 Preislagen
 1. 2. 3. früher bis Mark 29.- 49.- 98.-
 jetzt nur 6 1/2, 11 1/2, 22 1/2,
Original-Modelle, Reismuster u. Kopien,
 selbst für allerstärkste Figuren vorrätig.
Pelz-Konfektion, Kostüme, Röcke, Blusen, Kinder-Konfektion
 in demselben Verhältnis im Preise ermäßigt.
 Passend zu Weihnachtsgeschenken:
Ein Posten Uebergangsmäntel, Wert bisher bis 29 1/2, M.,
 jetzt nur 6 1/2, M. p. Stück.
Konfektionshaus Westmann
 Hauptgeschäft: W., Mohrenstraße 37a,
 an den Kolonnaden.
 Filiale: O., Gr. Frankfurter-
 straße 115, 2tes Haus an
 der Andreasstraße.
 Separat-Abteilung:
 Modernes Trauer-
 Magazin
 Verkauf zu konkurrenz-
 losen Preisen.
 Genaue Beachtung der Firma u. Hausnummer im eigenen Interesse geboten.



Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

SCHLUSS
 der Verausgabung

doppelter Spar-
marken

FREITAG
 den 6. Dezbr. cr.

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch 8 Sparmarken.
 * Ausgenommen einige Artikel.

Soziales.

Die Frage der „Leute- und Diensthöflichkeit“ ist gelöst.

Hell dem genialen Sozialpolitiker, der ein Allheilmittel zur Lösung der Frage endlich entdeckt hat: wie kann das Gefinde trotz schlechten Lohnes und schlechter Behandlung an den Dienst gefesselt werden, ohne daß der Großgrundbesitzer Lasten zu tragen hat? Die Lösung ist dem Zentrumsabgeordneten Heim gegliedert. Ja, darüber hinaus schlägt er gleich zwei Forderungen. Denn sein Mittel löst auch die Frage: wie ist es anzustellen, daß die Mitglieder des christlichen Bauernvereins dem Verein treu bleiben, wiewohl ihnen allmählich ein Licht darüber aufgeht, daß dieser Verein genau wie der Bund der Landwirte ein Bauernfängerverein ist, der nur den Interessen des großen Besitzes dienen kann? Heim hat seinen Vorschlag der preussischen Polenpolitik abgequakt. Er erblickt das Allheilmittel darin, daß man die Diensthöflichkeit mit einem kleinen Besitztum ausstattet, das sie an die Scholle fesselt und vor dem Abzug zur Stadt bewahren soll. Er verlangt zu diesem Zweck von der Regierung einen Kredit von zehn Millionen Mark. Von diesem Gelde soll Diensthöflichkeit, die sich selbstständig machen wollen, ein kleines Kapital zu niedrigem Zinsfuß abgegeben werden. Der Wohlthat, mit Staatshilfe zu Eigentümern gemacht zu werden, sollen

jedoch nur die Mitglieder des christlichen Bauernvereins teilhaftig werden. Der landwirtschaftliche Bezirksausschuß in Würzburg verworft jedoch dieses Mittel und hat dafür ein anderes ausgedacht, von dem er sich großen Erfolg verspricht. Er will die Diensthöflichkeit durch eine Prämie fesseln, ähnlich wie man beim Militär die Unteroffiziere durch eine Prämie festzuhalten sucht. Der 15 Jahre „treu und fleißig“ gedient hat, soll 1000 M. bekommen. Die Mittel sollen durch Beiträge aufgebracht werden, wozu die Diensthöflichkeit zwei Drittel, die Diensthöflichkeit ein Drittel leisten sollen. Auf einen Dienstherrn kämen nach dem gemachten Vorschlag pro Jahr und Diensthöflichkeit 44,44 Pf. Zunächst will man die übrigen landwirtschaftlichen Organisationen der drei Franken zu diesem Vorschlag sich äußern lassen.

Vielleicht raten die Herren bei der Gelegenheit auch das Mittel: Aufhebung aller Ausnahmegeetze gegen die ländlichen Arbeiter und das Gefinde sowie: Sicherung eines Koalitionsrechts. Oder, um an die oben mitgeteilten Vorschläge anzuknüpfen: wie wäre es mit einer Enteignung der jetzt so notleidenden Bauern und der Verpfändung des neuen Besitzes, das dreifache an Lohn und „Prämien“ zu zahlen, das da vorgeschlagen wird — müssen dann Herr Heim und die Mitglieder des christlichen Bauernvereins sich nicht um die lodenden Gefindebestellungen reihen, wenn sie selbst ihre Ratsschlüsse als im Interesse des Gefindes liegend erachten?

Bierbozott und gute Sitte.

In Eifenach wütete, wie in vielen anderen Orten, im August vorigen Jahres der Bierkrieg, im Verlauf dessen 78 Gastwirte den Forderungen der Arbeiter nachgaben, während 8 bei den erhöhten Preisen blieben. Diese 8 Gastwirte wollten nun eine einseitige Verfügung gegen das Gewerkschaftslokal, vertreten durch dessen Vorsitzenden und 16 Gewerkschaftsvorständen, erwidern dahingehend, daß die Beklagten bei Geldstrafe von 500 M. in jedem einzelnen Falle zu unterlassen haben: in öffentlichen Räumlichkeiten zur Vermeidung gewisser Gastwirtschaften aufzufordern, Verzeichnisse der Wirte, die die Forderungen erfüllt oder nicht erfüllt haben, in den Zeitungen, durch Plakate oder in Versammlungen zu veröffentlichen. Die erste Instanz gab auch dem Antrage statt. Es sei den Arbeitern und auch ihren Organisationen zwar nicht das Recht abzuspüren, in einen Kampf zur Herabsetzung von Preisen für Genußmittel einzutreten, aber in diesem Falle sei die Wahl der Mittel verwerflich und den guten Sitten widersprechend gewesen. Die Gastwirte seien „auf das empfindlichste vor der breiten Öffentlichkeit bloßgestellt, um nicht zu sagen, geädert worden.“ Dem stünden sie wehr- und machtlos gegenüber. Die zweite Instanz hob diese Entscheidung auf, indem sie das Hauptgewicht darauf legte, ob der Kampf berechtigt gewesen sei, und da wurde nachgewiesen, daß die Wirte durch die Biersteuer sich einen Extragewinn sichern wollten. Endgültig wies nun das Reichsgericht am Montag die Klage ab. Der Bozott verjährt also nicht gegen die guten Sitten.

Sensationelle Gelegenheit

Table listing carpet prices for different rooms: Saal-Teppiche, Salon-Teppiche, Speisezimmer-Teppiche, Herrenzimmer-Teppiche, Sofa-Teppiche, Bett-Teppiche.

Außerdem empfehle ca. 300 kleine, mittlere u. große Teppiche in echten Perser, handgekn. Smyrna, Prima Velour, Brüssel, Axminster, Tarnay und Tapestry, welche durch den Umbau und Umzug nach der 1. Etage etwas gelitten haben.

jetzt ca. 40% billiger

Erstklassiges Spezial-Teppichhaus B. Hurwitz

Rotes Schloß, An der Stechbahn 1-2, vis-a-vis dem National-Denkmal. Parterre und 1. Etage.

ca. 430 qm großer Teppichsaal.

Phänomen Cigaretten advertisement with logo and text: „Rauchen Sie Phänomen Cigaretten! Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.“

Zahnärztliche Klinik

SW., Belle-Alliancestraße 106 I. und N., Brunnenstraße 155 I. gegenüber Bärenhaus Bankort. am Kofenthaler Tor. Zahnziehen unentgeltlich. Bei Anst. Säbner u. Stompen m. d. Unkosten berechnet. Geöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr.



Beachten Sie gefälligst nachstehende

Weihnachts-Prämien

- Rockbügel u. Hosenstrecker 50 Pf.
Fantasie-Westen für Herren 2.25 M.
Herren-Hosen 5.50 M.
Schlafrocke 12.90 M.

Gratis-Zugaben: Ewige Kalender, Taschen-Poeten, Taschen-Spiegel, Kinder-Uhren.

BAER SOHN

Spezial-Haus grössten Massstabes

Chausseestrasse 29-30 • Brückenstrasse 11.

Grosse Frankfurterstrasse 20.



Der Kenner raucht No. 61 hochfeine 6 Pf. Cigarre vorzüglicher würziger Geschmack J. NEUMANN Cigarren-Fabriken - 150 Filialen.

Berliner Arbeitsstätten-Lotterie advertisement with prize amounts: 10000, 5000, 1000.

Möbel- und Polsterwaren. Solide Preise. Teilzahlung gestattet. Fr. F. Burgemeister, Berlin O., Tuchstraße 28.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18

Unser

Veteranenstr. 1-2

Grosser Weihnachts-Verkauf

extra preiswerter Geschenkartikel in 5 Serien

à 75 Pf. 1.75 2.75 4.75 6.75 dauert bis Sonnabend, den 7. Dezember cr.

Während dieser Tage verabfolgen wir doppelte Rabattmarken*

* Bis auf einige Artikel

23. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Dezember 1907, vormittags.
Wer die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
25 232 640 70 505 [3000] 25 1307 229 79 404 31 2157
829 67 904 3035 75 510 62 715 511 412 91 5153 69 95
429 501 901 741 85 888 6118 69 787 491 905 7141 510 84
506 [3000] 5181 487 360 708 370 43 2004 [3000] 506 485 517
607 814 42

554 500 [3000] 589 14008 [3000] 589 98 885 71 225 608
91 819 877
150 998 336 74 90 297 527 620 150 870 151078 207
400 180 900 [3000] 152881 278 950 153195 156 [3000] 157
61 292 500 114 [3000] 802 154088 50 111 36 337 804 344
80 155 006 292 448 [1000] 808 232 46 32 158134 891 88
428 448 987 804 582 159181 27 23 445
180043 [3000] 861 491 [3000] 861 1000 [3000] 861 50 809
161006 150 539 528 [3000] 724 507 37 508 54 [3000] 162112
641 811 18 84 183064 174 229 79 505 778 [3000] 164300
165281 450 80 841 83 85 989 82 168001 410 [3000] 685
[3000] 75 870 736 989 167015 [3000] 878 168108 324 468
548 95 870 26 29 819 65 801 24 169303 540 119 28 86 843
170044 50 122 42 376 685 171014 60 85 170 265
825 60 821 94 77 849 95 172006 224 809 494 400 [3000]
94 806 173124 45 296 481 726 808 174008 294 440 265
671 701 914 175200 [3000] 289 402 552 [3000] 176301 82
440 [3000] 805 13000 [3000] 177000 818 74 17 305 178391
450 736 179142 402 [3000] 99 593 947
180000 41 110 85 348 340 421 41 [3000] 326 410
72 773 810 12 [3000] 85 299 181041 48 79 418 37 79
807 768 79 80 999 [3000] 182000 909 286 500 537
[3000] 816 60 [3000] 183129 24 41 220 461 571 184189
405 681 880 185001 12 29 81 20 789 439 501 848
[3000] 329 186006 307 451 612 225 187009 110 [3000]
755 [3000] 437 78 188003 72 14 261 607 815 78 222
189001 [3000] 155 85 274 95 80 510 83
190000 299 410 23 [3000] 628 49 43 711 880 223
[3000] 14 14003 200 260 875 271 192143 414 [3000] 22
215 61 748 99 193181 280 273 433 881 641 79 22 140001
819 81 400 80 201 [3000] 824 21 59 [3000] 72 18 190283
413 800 603 812 80 207 45 69 191004 208 19 19099
90 202 603 [3000] 207 86 198489 112 624 199063 254
603 788
200001 70 461 720 65 75 201204 481 709 202022
71 204 204004 909 914 204022 42 122 [3000] 258 23
[3000] 704 200001 919 [3000] 210 82 492 504 701 45 49
62 89 500 510 205010 108 [3000] 213 [3000] 870 214 894
780 914 81 207116 [3000] 573 820 43 85 801 20 208506
221 418 28 [3000] 578 824 780 914 20 209000 46 469 343
210110 307 745 810 54 904 9 211014 245 65 802
78 430 640 320 26 31 61 [3000] 702 84 964 212481 289
206 149 640 [3000] 591 815 [3000] 213022 243 795 885
990 [3000] 41 89 214108 281 28 87 318 28 [3000] 418
418 254 215363 [3000] 85 [3000] 401 57 72 74 324 500
216000 67 645 82 720 [3000] 860 217005 31 120 23 261
[3000] 680 232 941 218127 61 450 76 506 219077 161
290 67 800 803 954
220029 211 541 221488 90 813 989 74 222004 23
161 240 66 62 246 400 [3000] 758 79 843 86 223014 21 216 77
270 418 85 543 48 [3000] 628 789 71 89 981 [3000] 224007
87 266 320 180 828 [3000] 321 72 225000 [3000] 18 485
288 226071 488 510 808 84 [3000] 119 866 [3000] 911
227210 40 489 810 [3000] 56 621 828 87 841 78 82
228001 30 281 289 347 748 92 229074 644 [3000] 708
604 303
230124 87 309 400 1 98 443 704 852 231125 843
492 901 914 232180 249 39 242 430 222 846 [3000]
233070 182 240 85 [3000] 511 80 233400 500 508 367
234001 81 81 234 201 81 455 511 35 26 891 844 [3000]
28 236002 108 284 875 408 92 613 55 96 718 94 827 28
[3000] 247004 207 720 238004 213 27 308 418
237 33 89 825 67 730 [3000] 267 [3000] 263 239028 28
487 643 80 740 941
238040 141 643 [3000] 48 [3000] 844 241004 128
97 891 91 242071 73 138 [3000] 237 62 63 96 841 82
[3000] 402 354 78 100 [3000] 905 243100 426 83 28 897
008 244006 [3000] 64 226 280 471 35 301 636 866 31
[3000] 245200 415 511 708 516 266 246026 [3000] 79
849 900 247223 [3000] 21 [3000] 461 582 248008 167
54 749 812 87 [3000] 912 249071 483 50 494 732 264 [3000]
250000 251008 46 190 33 270 314 458 810 92
300 080 512 67 254118 296 445 764 832 255101 68
345 578 726 33 256094 448 282 353 613 773 561 257019
132 354 308 51 261 601 710 89 78 [3000] 255070 173
209 [3000] 300 471 78 204 [3000] 718 805 42 259008 [3000]
230 329 404 269 884 90 [3000]
260004 269 261007 88 214 617 [3000] 23 737 262008
215 000 123 263000 230 612 700 40 806 [3000] 214 40
264008 152 247 330 29 [3000] 530 21 642 712 57 83
265002 48 374 465 271 147 54 57 [3000] 266047 126
267 397 789 895 267100 45 74 787 514 268004 43 207
[3000] 487 744 268011 309 749 [3000]
270180 81 116 978 271216 40 228 36 804 617 909
97 272102 [3000] 260 43 575 733 79 880 273016 76
163 902 [3000] 484 71 501 509 274070 126 280 421 574 614
702 800 [3000] 222 275108 32 417 565 781 [3000] 276217
76 324 26 508 748 96 277308 67 64 794 819 40 44
[3000] 282 278029 318 443 783 279074 220 83 821 15
280000 80 89 733 [3000] 881 906 [3000] 281122 74
288 282154 144 518 [3000] 607 731 24 860 890 28 23283
808 355 512 35 89 745 849 812 50 84 284000 89 59 223
481 57 519 633 75 81 285019 71 713 818 821 [3000]
28 30 751 47 [3000] 286001 81 961 847 [3000] 489
[3000] 57 723 67 70 870 287000 118 22 318 74 549
775 77 958 41 86903 [3000]
Im Gewinnrade verbleiben: 1 Prämie von 500 000 M.,
3 Gewinne à 15 000, 5 à 10 000, 15 à 5 000, 150 à 3 000,
283 à 2 000, 404 à 800.

23. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Dezember 1907, nachmittags.
Wer die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
125 218 [3000] 29 691 [3000] 743 [3000] 75 302 85 1089
87 190 288 81 364 73 687 31 755 54 84 991 [3000] 2004
158 85 882 880 811 872 3000 [3000] 485 715 4013 95 110
278 307 43 484 586 899 817 5002 43 270 32 347 84 132 299
6146 260 300 [3000] 604 7073 421 280 505 [3000] 668 73
815 8000 709 31 50 [3000] 252 241 207 683 22 [3000] 73
9102 38 121 288 442 329 190 34
10218 21 458 090 [3000] 129 [3000] 11177 996 [3000]
671 880 37 79 973 1255 418 724 48 13040 70 93 281
84 41 585 619 818 48 975 14008 114 294 310 685 85 808 83
311 [3000] 62 150001 26 119 251 [3000] 294 281 50 710 844
931 16121 [3000] 72 258 80 [3000] 494 81 895 731 17400
[3000] 150 227 319 82 440 80 881 748 49 877 182021 113
258 89 86 428 209 809 85 84 784 71 [3000] 800 967 19100
[3000] 292 455 80 619 118 78 [3000] 448 307
20300 77 732 436 539 678 21061 69 179 385 45 814
85 828 917 22200 219 [3000] 470 80 532 873 873
23025 121 232 72 422 567 77 718 24187 77 209 344 [3000]
45 732 500 25005 53 200 [3000] 75 278 488 817 26200 481
281 [3000] 27123 604 28 711 25165 281 736 811 293074
[3000] 325 494 600 50 78 805 87 [3000] 877
30195 54 309 655 60 784 65 [3000] 893 31023 287 269
210 807 [3000] 81 [3000] 81 990 32818 845 78 15 88011
218 81 [3000] 704 [3000] 90 815 84947 70 450 [3000] 23 83
423 752 822 35181 271 678 744 117 23 511 26232 [3000]
450 [3000] 85 71 [3000] 696 37148 486 467 747 64
38415 500 7 28 678 190 [3000] 39009 158 211 96 [3000]
482 319 85 [3000]
40201 77 471 821 823 81095 284 270 263 471 60
231 34 219 914 42293 234 258 413 26 521 813 43100 281
441 71 780 800 [3000] 812 81 46748 528 12 586 45440 670
46308 158 482 511 [3000] 690 3 47000 [3000] 111 205 409
601 42 48000 118 87 200 842 828 44084 211 841 [3000] 87
50154 281 581 582 442 785 835 [3000] 31009 312 [3000]
86 822 705 55 840 541 52881 828 26 710 53202 [3000]
700 70 500 817 26 54200 188 27 237 [3000] 581 55301
[3000] 58 29 231 [3000] 43 383 111 800 47 82 58328 284 83
65 313 [3000] 418 85 124 522 310 48 [3000] 57109 608 600
701 825 55043 28 74 74 [3000] 256 790 80 377 59118 272
626 715 29 23
50129 219 66 70 319 443 [3000] 518 [3000] 62 863 377
611 53 61811 73 822 622 [3000] 609 897 700 81 81 553
63224 33 299 548 730 64037 186 310 484 353 91 746
66500 85 141 31 [3000] 78 200 396 66127 [3000] 48 488
[3000] 537 783 58 67234 321 60 535 45 607 63823 417
236 32 87 602 784 450 69100 141 241 304 28 484 880 89 298 89
70402 284 580 401 414 75 783 549 71070 415 750
[3000] 41 827 45 29 206 40 72111 318 610 60 362 655 80
[3000] 738 358 73303 12 210 635 78 969 74102 [3000] 481
[3000] 360 824 59 69 734 40 332 54 [3000] 533 75011 326
228 134 783 70723 [3000] 145 307 349 710 55 804 84 [3000]
866 77198 211 631 78262 1 496 571 81 833 43 796 [3000]
805 77988 478 89 50 [3000] 252 897 8
80348 183 221 479 [3000] 32 304 884 22 81699 124
282 82022 259 154 885 832147 418 745 266 81 51 [3000]
984 84071 [3000] 985 [3000] 804 814 29 85042 50 [3000]
130 87 [3000] 282 606 958 86924 114 27 251 436 732 39
610 [3000] 87235 505 501 866 875 85350 386 421 500 23
79 625 749 229 29135 21 294 401 215 74 71 690 39 903 9
22 48 [10 000] 73 [3000]
90106 81 24 235 [3000] 219 [3000] 809 62 841 91888
466 43 62 534 510 215 25 92617 46 141 281 323 59 602
784 225 70 535 93102 214 53 478 [3000] 814 981 94341
[3000] 125 35 293 356 414 39 613 36 719 959 95555 125 87
800 733 55 858 810 21 65 96012 128 [3000] 242 92 97178
526 675 842 49 813 31 98173 233 593 881 906 85 99215
100076 113 71 215 95 225 412 36 84 [3000] 391
612 [3000] 13 [3000] 663 101067 [3000] 58 74 356 350 [3000]
446 55 678 31 618 950 102052 500 299 481 894 90 745
23 840 950 103248 [3000] 512 17 297 [3000] 685 [3000] 725
98 820 104100 222 479 519 21 749 883 [3000] 105497
130 90 237 43 650 220 59 106793 130 232 407 25 864
745 844 [3000] 107189 458 [3000] 500 [3000] 621 [3000]
29 49 785 21 232 108223 [3000] 89 435 30 82 109105
231 276 514 788 803 28 73 82 900
110181 811 96 546 710 854 94 [3000] 111024 192
[3000] 847 790 873 112070 190 539 97 [3000] 234 90 457
841 885 113500 708 820 989 [3000] 114510 152 230 811
61 115004 125 474 559 698 116189 308 56 282 968 680
25 [3000] 794 500 117001 130 294 341 456 679 [3000]
118125 53 417 625 730 829 825 [3000] 119323 61 30
[3000] 708 410 940
120011 37 107 278 534 65 [3000] 68 625 [3000] 58 720
65 974 90 121076 66 373 85 681 730 810 810 85
122140 204 315 17 47 438 [3000] 818 63 87 [3000] 783
827 880 69 28 123004 120 494 682 882 124157 247 79
248 84 418 79 615 125057 000 [3000] 744 84 125055 402
[3000] 530 615 13 127088 134 20 235 489 492 507 45 288
73 954 70 128300 141 402 622 82 [3000] 67 730 832 68
588 95 129130 57 277 424 600 718 794
130244 307 405 70 320 600 80 844 131239 486
132085 227 70 392 405 40 501 881 802 823 35 133135
[3000] 285 [3000] 468 768 821 134000 144 498 822 789
135087 808 67 136129 87 671 803 298 137000 106 47

23. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Dezember 1907, nachmittags.
Wer die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
75 273 280 584 606 68 83 746 882 135161 484 629 139081
[3000] 87 135 200 30 548 [3000] 67 877 84 721 925 [3000]
140070 136 53 375 506 96 975 84 141000 122 [3000]
47 89 973 407 562 142001 3 [3000] 29 54 388 588 848
907 143498 360 544 76 661 144000 233 37 509 287
600 [3000] 145006 [3000] 97 517 628 75 603 803 88
146200 141 500 219 138 840 147411 97 [3000] 807
[3000] 228 148170 270 289 651 149019 29 100 301 28
900 745 824 41 23 543
150090 152 28 225 255 464 26 87 549 638 725 [3000]
151055 [3000] 50 225 227 713 [3000] 301 49 152170 37
505 [3000] 875 153005 112 49 225 77 229 609 154038
[3000] 120 805 486 624 [3000] 24 66 786 [3000] 807 [3000]
945 62 155054 106 320 435 249 626 327 [3000] 156119
248 473 573 849 157481 285 283 411 509 30 656 92 79
158145 300 578 778 159071 803 962
160119 217 24 80 [3000] 844 78 133 35 800 [3000] 968
161017 812 25 62 402 162025 28 188 457 309 163043
80 183 223 568 164119 724 824 25 165086 [3000]
166143 370 310 724 900 [10 000] 167412 208 300 303
47 168005 305 520 656 810 10 49 527 169277 [3000]
170003 642 21 [3000] 319 979 171048 117 [3000] 23
590 843 62 72 710 854 172103 203 88 497 65 [3000] 315
173000 216 377 225 64 144001 90 900 175012 340 37
370 511 65 908 900 176000 216 377 400 4 12 79 569
177011 100 500 70 28 67 884 361 178008 468 558 607
730 845 370 [3000] 179023 102 369
180122 278 492 588 30 [3000] 909 904 181008 440
608 61 182000 172 372 383 183003 219 20 310 808 709
909 53 184000 360 659 712 185011 58 131 310 477 28
450 430 61 717 881 186014 122 307 28 606 324 83 187128
189000 188999 11 21 45 40 387 483 70 96 739 [3000] 827
189881 988 133 61 82 850
190003 104 41 [3000] 577 475 478 505 696 [3000] 89
70 191004 88 [3000] 510 549 28 192000 279 [3000]
282 81 641 [3000] 738 800 36 49 193102 224 304 [3000]
97 37 30 554 744 66 646 56 194010 375 532 97
[3000] 804 195002 36 778 [3000] 215 896 423 630 732
196000 300 710 532 197002 289 [3000] 396 [3000] 239 [3000]
418 35 [3000] 605 739 19 [3000] 101 [3000] 412 [3000] 616
841 24 232 199287 289 [10 000] 423 602 38 774 800
200412 418 890 222 201070 39 237 31 24 16 258
482 907 719 928 79 202000 129 78 99 207 14 81 97 109
203000 389 111 29 204002 344 756 947 205001 63
408 909 791 206014 173 222 [3000] 97 208 506 417 99
[3000] 818 [3000] 633 87 [3000] 207129 65 328 51 573 845
98 947 [3000] 84 208003 588 308 209025 283 [10 000]
643 438 728 [3000] 806 940 36
210108 211 370 922 85 211170 306 6